

Türkei im Umbruch?

Aufsätze zur Lage in einem Land
zwischen Repression und Widerstand

Herausgegeben von Özlem Alev Demirel MdEP



Türkei im Umbruch?

Aufsätze zur Lage in einem Land
zwischen Repression und Widerstand

Herausgegeben von Özlem Alev Demirel MdEP

Satz und Layout:

Gravity Grafik, Köln
thegravity.de

Fotos:

Umschlag: Evren Kalinbacak, iStock

Herausgeberin und verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Özlem Alev Demirel MdEP

Europäisches Parlament

ASP 02G351, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel

Tel.: +32 228 45589

E-Mail: oezlem.demirel@europarl.europa.eu

www.oezlem-alev-demirel.de

www.guengl.eu



Inhalt

Vorwort	8
<i>Özlem Alev Demirel</i>	
Die EU-Türkei-Beziehungen	11
<i>Sinan Birdal</i>	
Mittelmachtambitionen in einer posthegemonialen Welt	23
<i>Gökhan Durmuş</i>	
Kurzer Blick auf die Situation der Presse in der Türkei	36
<i>Yusuf Karataş</i>	
Die nationale und internationale Bedeutung der kurdischen Frage	41
<i>Ercüment Akdeniz</i>	
Die Türkei im Fokus von Migration und Flucht	51
<i>Bülent Falakaoğlu</i>	
Die türkische Wirtschaft: Viele Unwägbarkeiten und tiefe soziale Probleme	57

Seyit Aslan

**Die Situation der Gewerkschafts-
und Arbeiterbewegung in der Türkei** 65

Dr. Murat Özveri

Arbeitsmorde, Abfindungen und Recht 75

Gülşah Kaya

**Der Umbau der Justiz in der Türkei
und die Rechtsanwälte** 82

Özer Akdemir

**Die Entwicklung und aktuelle Situation
des ökologischen Kampfes in der Türkei** 91

Sevda Karaca

**Frauen in der Türkei der AKP-Ära:
Keine Gleichberechtigung, viel Gewalt, großer Kampf!** 98

Hakkı Özdal

Die ‚kulturelle Macht‘ Erdoğans und die Machtkultur 113

Prof. Dr. Taner Timur

**Die Strömung „Türkisch-Islamische Synthese“
in der türkischen Politik** 119

Tonguç Karahan

Der Versuch, in Europa eine "Klein-Türkei" aufzubauen 125

Die Autor*innen 134

Vorwort

Liebe Leser*innen,

in der europäischen Öffentlichkeit wurde über kein Land so viel diskutiert und berichtet wie über die Türkei. Und das hat seinen Grund: Der Autokrat Erdogan und die AKP-geführte Regierung haben die Türkei zu einem Land der Unruhe, der Ungewissheit, der Widersprüche und der Hiobsbotschaften gemacht.

Nahezu alles, was in der Türkei passiert, wird mit Erdogan in Verbindung gebracht. Kein Wunder angesichts seines autokratischen Wirkens.

Doch eine eindimensionale Betrachtung der Frage von Meinungsfreiheit und Menschenrechten in der Türkei könnte den Blick einengen.

Die strukturellen Defizite der türkischen Wirtschaft, die Situation der Frauen, Arbeiter*innen, der in der Türkei lebenden Migrant*innen, der Flüchtlinge und der Kultur werden oftmals zu wenig betrachtet, beschrieben und analysiert. Auch bleiben die unterschiedlichsten Kämpfe – zum Beispiel der Umwelt- oder der Gewerkschaftsbewegung – in der europäischen Debatte zumeist unsichtbar. Aber es gibt sie – diejenigen, die für eine friedliche, demokratische und soziale Zukunft der Türkei kämpfen.

Diese Veröffentlichung soll einen Beitrag dazu leisten, den Blick auf die Türkei zu erweitern. Die Türkei ist ein Land im Umbruch. Ein Land zwischen Repression und Widerstand. Ein Land voller widersprüchlicher Entwicklungen in der Innen- und Außenpolitik. Ein Land in dem tagtäglich etwas Neues mit großer Reichweite passieren kann oder gar passiert. Ein Land voller Zäsuren.

In einer Aufsatzsammlung über die Türkei tagesaktuell zu bleiben, ist schwer. Während die enthaltenen Beiträge zur Jahreswende 2020/2021 geschrieben wurden, startete das Regime im März dieses Jahres eine neue Verfolgungswelle gegen Oppositionelle, zeitgleich geht der Westen wieder stärker auf die Türkei zu. So rückte die EU gemeinsam mit der Biden Administration von den angekündigten Sanktionen gegenüber der Türkei, wegen des Streits um die Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer, wieder ab. Die türkische Lira fiel weiter, der Leitzins stieg an und in einer Nacht und Nebel Aktion trat der türkische Präsident per Dekret aus der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen aus. Am Tag zuvor wurde vom Obersten Staatsanwalt ein Verbotsverfahren gegen die zweitgrößte Oppositionspartei, HDP, eingeleitet. Auch wenn diese besorgniserregende Eskalationsstufe nicht unmittelbar in das Buch einfließen konnte, so sind die im Buch veröffentlichten Artikel dennoch brandaktuell, denn sie helfen, die tagespolitischen Auseinandersetzungen grundsätzlicher zu erfassen und ich verstehe dieses Buch auch als einen Beitrag, die so dringend notwendige Solidaritätsarbeit mit der Demokratiebewegung in der Türkei mit Leben und mit Argumenten zu füllen.

Mein Dank gilt der Expertise der Autor*innen der Buchbeiträge und der Föderation Demokratischer Arbeitervereine DIDF, die diese Kontakte vermittelt hat.

Özlem Alev Demirel MdEP

Die EU-Türkei-Beziehung Der Schein der Werte

Özlem Alev Demirel

Im Jahre 2020 war der Satz „Wir müssen unsere Beziehung zur Türkei neu definieren“ ebenso oft zu hören wie der, dass die Türkei „ein strategischer Partner und wichtiger Nachbar der EU“ sei.

Ein wirklicher Bruch in der Beziehung zwischen der EU und der Türkei oder eine grundlegende Neuausrichtung dieser Beziehung ist bisher nicht wahrzunehmen. Dennoch ist es ein offenes Geheimnis, dass insbesondere die außenpolitischen und militärischen Manöver der AKP/MHP-Koalition, in der EU und in ihren Mitgliedstaaten für Unmut sorgen, denn diese Manöver betreffen die EU-Mitgliedstaaten, deren Handlungsfelder und geostrategischen Interessen.

Keine nachbarschaftliche Beziehung wurde im Zeitraum 2019/2020 im EU-Parlament und auf EU-Gipfeln so häufig diskutiert, wie die Entscheidungen der „Palast-Regierung“¹ in Ankara. Es stellt sich also die Frage, wie eine mögliche Neudefinition der Beziehung zur Türkei aussehen könnte und wann sie überhaupt kommen würde.

Doch zunächst ein Blick auf die Lage:

Die EU-Mitgliedschaft der Türkei

Die EU-Türkei-Beziehungen können nicht losgelöst von der Beziehung der EU zu den Vereinigten Staaten betrachtet werden. In diesem Be-

¹ „Saray hükümeti“ wird aktuell in der Türkei kritisch gebraucht, um die sich deutlich zeigende Ein-Mann-Herrschaft des Präsidenten Erdogan aus dem Präsidentenpalast zu unterstreichen

ziehungsgeflecht spielte die Türkei immer eine wichtige Rolle für die Wirtschaftsbeziehungen und die Außenpolitik der EU und der USA mit Blick auf den Balkan, den Nahen Osten und den Kaukasus. Ihre historische Rolle in diesen Regionen – auch mit Blick auf die Turkvölker –, ihre geografische Lage als Türöffner zum Nahen Osten und ihre ökonomische und politische Bedeutung als eines der entwickeltesten Länder dieser Region prägen die Türkei als Regionalmacht. Und diese Regionalmacht ist wichtig für die geopolitischen Anliegen der EU und der USA.

Bis zum politischen Richtungswechsel der Erdogan-Regierung in den Jahren 2012 und 2013 wurde die EU-Mitgliedschaft der Türkei von allen Seiten vorangetrieben. Danach standen lediglich die USA und Großbritannien noch auf dem Gaspedal, während beispielsweise Deutschland und Frankreich eher verhalten agierten.

Das Besondere an der Türkei war immer eine intensive wirtschaftliche Verflechtung mit der EU einerseits, und eine starke sicherheitspolitische militärische und administrative Abhängigkeit von den USA andererseits. Abgesehen von rechten und kulturalistischen Argumentationen (Morgenland/Abendland) stellte sich deshalb für die EU die wichtige Frage, ob sie einen von den USA derart abhängigen Staat als Mitglied überhaupt wollte. Die Schwierigkeiten und Risiken, die sich aus dieser Besonderheit des Landes für die EU ergaben, versuchte sie sukzessiv zu überwinden, indem sie einerseits die wirtschaftliche Verflechtung intensiv vorantrieb und andererseits über die Kopenhagener Kriterien (Rechtsstaatlichkeit, Reformen im Staatsaufbau etc.) die staatlichen Strukturen EU-konform umzuwandeln versuchte.

Die Folgen des Gezi-Park-Aufstands 2013, des Putschversuchs im Jahre 2016 und die Wahl von Trump später im selben Jahr haben diesen Entwicklungsweg verbaut. Es entstand eine ganz neue Situation für die EU.

Heute liegen bis auf Weiteres alle Beitrittsverhandlungen auf Eis und keiner der Beteiligten glaubt mehr ernsthaft an eine EU-Mitgliedschaft der Türkei. Vielmehr werden, unter Hinweis auf ihre strategische Rolle, wieder alte Begriffe wie die „privilegierte Partnerschaft“ ins

Gespräch gebracht. Derzeit wird auch darüber diskutiert, ob und wie die Zollunion fortbestehen und gegebenenfalls weiter modernisiert werden soll.

Flüchtlingspakt

Der EU-Flüchtlingspakt mit der Türkei nimmt heute eine wichtige Rolle in der Beziehung zwischen den beiden Partnern ein. Wenn es in der Berichterstattung um die grundlegenden Beziehungen mit der Türkei geht, dann ist immer auch von Geflüchteten die Rede. Insbesondere zur Begründung der deutschen Position, sowie der Haltung von Kanzlerin Merkel als Person, wird das Festhalten an diesem Deal als entscheidendes Motiv angeführt. Dabei ist der Flüchtlingspakt stark umstritten, sowohl bei Kritiker*innen der Türkeipolitik als auch bei Flüchtlingsinitiativen und Menschenrechtsorganisationen.

Darüber hinaus kritisiert auch die demokratische Opposition in der Türkei den Flüchtlingspakt, weil die EU-Staatschefs und vor allem Frau Merkel mit diesem Deal die AKP-Regierung gestärkt haben. Diese hatte nämlich im Sommer 2015 ihre alleinige Regierungsmehrheit verloren und erhielt für den Deal indirekte Wahlkampfunterstützung. In Erinnerung sind die Bilder, wie Angela Merkel noch im Wahlkampf in die Türkei reiste und sich mit Erdogan in seinem Präsidentenpalast auf goldenen Thronen sitzend ablichten ließ.

Zum Hintergrund der Kritik am Flüchtlingspakt: Während bereits die rechtliche Konstruktion der „sicheren Drittstaaten“ fragwürdig ist, so ist doch insbesondere auch zweifelhaft, ob die Türkei unter der Erdogan-Administration ein sicherer Staat ist. Geflüchtete Syrer*innen erhalten nicht die aus der Genfer Flüchtlingskonvention hervorgehenden Rechte, sondern werden mit einem zeitlich begrenzten, mageren Schutzstatus abgespeist. Zudem häufen sich Berichte, dass die Türkei inzwischen auch nach Syrien abschiebt. Auch für türkische Staatsbürger*innen verschärft sich die Menschenrechtslage seit dem gescheiterten Putsch 2016. Die Zahl der Asylanträge von Türk*innen in der EU steigt.

Ziel des Abkommens ist, dass Syrer*innen in der Türkei bleiben und nicht die Überfahrt nach Griechenland bzw. in die EU antreten. Dafür solle die Türkei die Grenzen besser kontrollieren, heißt es. Syrische Geflüchtete, die es von der Türkei aus auf die griechischen Ägäis-Inseln schaffen und dort kein Asyl bekommen, muss die Türkei zurücknehmen. Für jeden zurückgeschickten Geflüchteten nimmt die EU einen anderen Geflüchteten aus der Türkei auf. Außerdem gibt die EU der Türkei Geld für die syrischen Geflüchteten auf ihrem Staatsgebiet, insgesamt sechs Milliarden Euro. Anders als von Erdogan gewünscht, geht das meiste Geld aber nicht mehr an die türkische Regierung, sondern an Hilfsorganisationen.

Auch wegen dieses Streitpunktes und der Zurückhaltung eines Teils der Hilfsgelder benutzt die Erdogan-Administration die Geflüchteten als Druckmittel und hat beispielsweise Ende Februar/Anfang März 2020 mehr oder weniger unverhohlen die Grenzen ein Stück weit geöffnet und die Schutz suchenden Menschen in Richtung EU gelenkt.

Griechenland und die EU auf der einen und die Türkei auf der anderen Seite erheben schwere Vorwürfe gegeneinander. Der EU werden unrechtmäßiges Zurückdrängen von Geflüchteten an der Grenze (Push-Back) vorgeworfen und der türkischen Seite die Grenzöffnung und Erpressungsversuche. Der Flüchtlingssituation in der Türkei widmet sich ein gesonderter Beitrag in diesem Buch. Der zutreffende Vorwurf der Push-Backs zeigt aber bereits, dass die Missachtung von Rechten der Geflüchteten im östlichen Mittelmeer nicht einseitig der Erdogan-Regierung zugeschrieben werden kann.

Die militarisierte Außenpolitik der Türkei

Syrien, Libyen, östliches Mittelmeer, Berg-Karabach und zuletzt Zypern – in zahlreichen Auseinandersetzungen hat das Vorgehen der Erdogan-Administration zu Unmut bei der EU geführt. In keinem dieser Konflikte haben die EU und die internationale Gemeinschaft (also die UN) bisher etwas Wesentliches zu einer Lösung beigetragen. Dieses Vakuum konnte die Erdogan-Administration für ihr Handeln, bis hin zu militärischen Eingriffen, zu Nutze machen.

Schon 2019 zeichnete sich ab, dass die Erdogan-Administration eine aggressivere, militarisierte Außenpolitik verfolgen würde. Denn erstens wurde bereits zu diesem Zeitpunkt deutlich, dass die wirtschaftliche und politische Krise in der Türkei sich zuspitzen und die Erdogan-Regierung noch abhängiger von ihrem ultranationalistischen Koalitionspartner MHP werden würde. Sie nutzte daher die militärische Stärke des Landes dazu, die „nationale Einheit“ zu beschwören. Durch einen nationalistischen Diskurs versuchte sie, die Opposition zu spalten und so die eigene Macht zu stabilisieren. Zweitens zeichnete sich ab, dass die Erdogan-Regierung sich durch ihr Handeln außenpolitisch so stark isolieren würde, dass sie einen harten Kurs einschlagen musste, um überhaupt noch als Verhandlungspartner mit am Tisch sitzen zu können.

Am deutlichsten zeigte sich dies in ihrem aggressiven Vorgehen im Konflikt um die Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer. Auch der Eingriff im Libyen-Konflikt steht in enger Verbindung mit diesen Gasvorkommen.

Krieg und eine militarisierte Außenpolitik sind aber nicht akzeptabel. Dies gilt für die Türkei ebenso, wie für die USA und Russland oder für Deutschland und Frankreich, also auch für die EU und die NATO. Denn wenn man die andauernden Konflikte sowie ihre Ursachen betrachtet, dann sieht man, dass viele Mächte ihre Finger im Spiel haben.

Schlussfolgerungen der EU – was sein müsste und was ist

Es ist überfällig: Waffenexporte aus EU-Ländern in die Türkei müssen endlich verboten werden. Doch alle Aufrufe an Rat und Kommission zu einer konsequenteren Haltung gegenüber dem autokratischen Regime in der Türkei verhallen bislang wirkungslos. Es drohen allenfalls kleinere Sanktionen – und diese nicht etwa für die Missachtung der Menschenrechte und den Bruch des Völkerrechts – sondern für die Missachtung geostrategischer Interessen von EU-Ländern und für Alleingänge der Erdogan-Regierung und die damit einhergehende Insubordination.

Es liegt auf der Hand: Die EU spielt ein doppeltes Spiel. Einerseits steht eine mit der zukünftigen US-Regierung koordinierte ‚Zähmung‘ des Erdogan-Regimes als einer der ersten Kristallisationspunkte einer

erneuerten transatlantischen Zusammenarbeit auf der Agenda. Andererseits aber soll Erdogan weder als NATO-Partner, noch als Helfer bei der ‚EU-Flüchtlingsabwehr‘ vergrault werden. Damit dürfte ein Waffenembargo für die EU-Strateg*innen ausscheiden. Doch wer zu Recht die militarisierte Außenpolitik eines anderen Staates anprangert, darf diese nicht durch eigene Waffenlieferungen erst ermöglichen.

Der Oktobergipfel – ein Wendepunkt?

Noch auf dem im Oktober 2020 abgehaltenen Gipfel des Rates wurde in den Schlussfolgerungen festgehalten:

„Die EU hat ein strategisches Interesse an einem stabilen und sicheren Umfeld im östlichen Mittelmeerraum und an der Entwicklung einer kooperativen und für beide Seiten nutzbringenden Beziehung zur Türkei. In diesem Zusammenhang ist es unbedingt erforderlich, den Dialog in gutem Glauben fortzusetzen und von einseitigen Maßnahmen abzusehen, die den Interessen der EU zuwiderlaufen und gegen das Völkerrecht und die Hoheitsrechte von EU-Mitgliedstaaten verstoßen.“²

Zur zeitlichen Einordnung dieser bedeutenden Passagen muss festgehalten werden, dass nur einige Tage zuvor erneut dutzende Oppositionelle in der Türkei verhaftet worden waren. Doch weder im Ratsbeschluss vom Oktober, noch im Ratsbeschluss von Dezember 2020 finden sich entscheidende Passagen zur Menschenrechtssituation in der Türkei. Die Aussetzung elementarer Grundrechte, wie auch Repressionen gegen Oppositionelle und Andersdenkende sind anscheinend keine leitenden Motive für Schlussfolgerungen eines EU-Gipfeltreffens.

Vielmehr sind es die außenpolitischen Manöver der Erdogan-Administration und das verstärkt militärische Vorgehen der türkischen Re-

² https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/10/01/european-council-conclusions-on-external-relations-1-october-2020/?fbclid=IwAR2Wjp_PujE9__ihf2xyebEXGWnllLkwAt-BIYjJsAz0KCvX89Ag9cgnf0E

gierung, die die Staatschefs dazu bewogen, symbolische Maßnahmen gegenüber der AKP-Regierung anzudrohen oder zu beschließen.

Nach einem völkerrechtswidrigen Einmarsch der türkischen Armee in Nord-Syrien 2019, der insbesondere die syrisch-demokratischen Kräfte (SDF)³ im Visier hatte, intervenierte Ankara auf Gesuch der Sarraj-Regierung Anfang 2020 militärisch in Libyen und versuchte hier durch einen Vertrag mit dem anerkannten Machthaber Libyens Fakten zu schaffen, um sich einen Anteil an den Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer zu sichern. In der Folge provozierte er mit Gasbohrungen und einem aggressiven Vorgehen gegenüber Griechenland und anderen EU-Mitgliedstaaten, die der Türkei keine Bohrrechte oder Zugang zum Erdgas gewähren wollen. Zeitgleich bestärkte er die aserbaidshanische Regierung darin, den Konflikt um Berg-Karabach militärisch zu lösen, mit der Folge, dass am 27. September 2020 eine von Baku organisierte Offensive startete, die der Beginn eines etwa sechs Wochen andauernden blutigen Kriegs mit mehreren tausend Toten war.

Doch noch vor dem Oktober-Gipfel schickte Präsident Erdogan einen Brief an die hohen Vertreter, in dem er erneut verdeutlichte, dass er ein durchaus pragmatischer Ansprechpartner für die EU bleiben wolle. Er bat darum, von Entscheidungen abzusehen, die der Beziehung schaden könnten und unterstrich dabei, dass die Türkei immer „dialogbereit“ sei und für eine „Zusammenarbeit“ zur Verfügung stehe. Ganz besonders hob er den Flüchtlingspakt hervor und schrieb, dass es sowohl gemeinsame Interessen im „Kampf gegen Terrorismus“ und „illegale Migration“, als auch gemeinsame wirtschaftliche und energiepolitische Interessen gebe.⁴

Die Türkei, ein strategischer Partner

Die strategische Bedeutung der Türkei für die herrschende Politik in der EU liegt auf der Hand: Denn die Türkei ist zum einen NATO-Mitglied

³ Die tragenden Kräfte in der Region Rojava

⁴ <https://www.dw.com/tr/erdo%C4%9Fandan-zirve-%C3%B6nncesi-ab-liderlerine-mektup/a-55102100>

und zum anderen ein sehr wichtiger Markt für europäische Waren und als Regionalmacht von wichtiger Bedeutung. Nicht zuletzt ist sie auch ein großer Abnehmer europäischer Waffen oder Waffensysteme – insbesondere deutscher.

Hinzu kommt auch der Flüchtlingspakt, der für die falsche Abschottungspolitik der EU essentiell ist, nicht zu vergessen auch die geografische Lage der Türkei, die für Lieferketten in den Nahen, Mittleren und Fernen Osten eine bedeutende Rolle spielt.

Eine Europäische Union, die ökonomische Macht bleiben und eine politisch gewichtige Rolle in der Welt einnehmen möchte, begründet daraus ihr Interesse an einer „strategischen Partnerschaft“ mit der Türkei.⁵ Langfristig werden dem gewichtigeren Bündnisinteresse auch die unterschiedlichen strategischen und ökonomischen Interessen Frankreichs und Deutschlands, die es mit Blick auf die EU-Türkei-Beziehung gibt, nicht im Wege stehen.

So scheint klar, dass die Beziehungen der EU zur Türkei immer von den eigenen Interessen der EU und ihrer Mitgliedsländer getragen sein werden. Solange ein Präsident der Türkei diesen Interessen nicht fundamental im Wege steht, wird die EU ihre Beziehung zur Türkei weiter pflegen. Sowohl die EU-Staatschef*innen als auch die EU-Administration spekulieren dabei darauf, dass Machthaber irgendwann abtreten, während die zentrale geografische und strategische Bedeutung der Türkei langfristig weiter besteht. So klar und so zynisch orientiert sich die europäische Außenpolitik alleine an den eigenen Interessen von Profit und Macht.

Leider verdeutlicht das Beispiel Türkei, was Menschenrechte, Pressefreiheit und Zivilgesellschaft der EU bedeuten: Es sind Werte, die man für sich deklariert. In außenpolitischen Beziehungen werden diese auch sehr schnell hervorgekramt, wenn sie wirtschaftlichen oder geopolitischen Zwecken nicht im Wege stehen oder gar als Mittel zur Erreichung dieser gebraucht werden. Wenn sie den eigenen Interessen aber entgegenstehen, drückt man schnell ein Auge zu.

⁵ Dies spiegelt nicht meine politische Haltung wieder, sondern beschreibt die gegenwärtige Lage und herrschende Politik der EU

So kann man den Umgang der EU mit der Erdogan-Administration treffend mit „Zuckerbrot und Peitsche“ beschreiben.

Mehr „Peitsche“

Betrachtet man das Beziehungsgeflecht zur Türkei 2020, so sieht man, dass die EU hauptsächlich damit beschäftigt war, die zentrifugalen Tendenzen der Erdogan-Administration in der Innen- und vor allem in der Außenpolitik zu entschärfen. Es ging darum Schaden abzuwenden und Möglichkeiten auszuloten, um in einzelnen Punkten weiter zusammenarbeiten zu können. Von einer Vertiefung der Beziehungen kann derweil nicht mehr gesprochen werden. Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit verläuft derzeit eher stagnierend und nicht in Richtung einer Erweiterung oder Vertiefung.

Mit den Schlussfolgerungen und Beschlüssen des Rates von Dezember 2020 zeichnet sich für 2021 ab, dass in naher Zukunft wohl ein kleines bisschen mehr „Peitsche“ in den EU-Türkei-Beziehung zur Anwendung kommen wird.

So beschloss der Rat restriktive Maßnahmen angesichts der nicht genehmen Bohrtätigkeit der Türkei im östlichen Mittelmeer und beauftragte den Hohen Vertreter Joseph Borrell und die Kommission, bis März 2021 einen „Bericht über den aktuellen Stand hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sowie der Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Türkei und über Instrumente und Optionen für das weitere Vorgehen, einschließlich der Ausweitung des Geltungsbereichs des oben genannten Beschlusses“⁶, zur Beratung vorzulegen.

Bereits vor dem Dezember-Gipfel schrieb der Hohe Vertreter Joseph Borrell:

„Die EU und die USA haben ein gemeinsames strategisches Interesse an einem stabilen und sicheren östlichen Mittelmeerraum. Wir sollten einen koordinierten Ansatz in unseren Beziehungen zur Türkei anstreben, auch durch die Bewältigung aktueller Herausforderungen.“

⁶ <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2020/12/10-11/>

So ist das wichtigste Ergebnis des EU-Gipfels im Dezember 2020 wohl die politische Absichtserklärung, die Türkeibeziehungen im Jahr 2021 in Abstimmung mit den USA zu definieren und zu koordinieren.

Unter Trump hatte die US-Administration die Regierung in Ankara mehrfach vor dem Erwerb und Einsatz des russischen Raketenabwehrsystems S 400 gewarnt. Das Pentagon und auch die Nato kritisierten, dass dieses Vorgehen nicht mit den Verpflichtungen der Türkei als NATO-Partnerin vereinbar sei. Im Dezember 2020 haben die USA daher Sanktionen beschlossen.

Nach den „Entgleisungen“ in den transatlantischen Beziehungen zwischen der EU und den USA während der Trump-Regierung, sieht die EU nun die Möglichkeit, gemeinsam mit der neugewählten Biden-Regierung die Türkei auf den „richtigen Pfad“ zu bringen, sollte der türkische Machthaber mit seinen außenpolitischen Manövern weiter den (Kapital-) Interessen der EU oder der USA im Wege stehen.

Es wird sich noch zeigen müssen, wie genau die EU und die Biden-Administration sich in den kommenden Jahren einigen werden – natürlich nicht nur, aber eben auch, im Hinblick auf die Türkei.

Auf jeden Fall wird die EU bei einem gemeinsamen Vorgehen mit den USA bestrebt sein, vor allem diejenigen Kräfte in der Türkei zu schwächen, die einen eurasischen Ansatz in der Außenpolitik verfolgen.⁷ In der Innenpolitik wird man versuchen, vor allem jene Kräfte zu stärken, die zurück zum parlamentarischen System wollen und für Rechtsstaatlichkeit und unabhängige Institutionen stehen, soweit dies für Investitionen unabdingbar ist. Dies sind Aspekte, die auch für die neue Regierung in Washington wichtig sind. Alles andere – die Rolle der Türkei in der Nato, in der Region, auf dem Balkan, ihr Verhältnis zu China, Russland, Iran und Israel etc. – muss noch in einem größeren Kontext mit den USA verhandelt werden. Denn auch die Beziehungen zwischen den USA und der EU haben sich massiv gewandelt. Deshalb wird es

⁷ Also Jenen Kräften, die die bisherige Kompatibilität der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik mit den (Kapital)Interessen der EU nicht beachten bzw. aus Sicht der Vereinigten Staaten die (Kapital)Interessen der USA

nicht einfach ein „zurück zum Status Quo ante“ geben. Das scheint bei den Seiten klar zu sein.

So könnte man auch sagen, dass die EU-Türkei-Beziehungen bis vor einigen Jahren ein integraler wenn auch widersprüchlicher Aspekt der EU-USA-Beziehung waren. Das Erdogan-Regime und vier Jahre Trump haben zum Ergebnis, dass diese Beziehungen ein noch ungelöstes Problem darstellen. Jetzt müssen die Beziehungen zur Türkei neu geordnet werden, und sie könnten zu einem ersten Schwerpunkt für eine erneuerte transatlantische Zusammenarbeit werden.

Und da die Erdogan-Administration inzwischen wohl auch den Ernst der Lage begriffen hat, glänzte der Präsident zum Jahreswechsel mehrmals mit Botschaften in Richtung EU. So kündigte er Reformen im Justizwesen an und unterstrich, dass er den Platz der Türkei an der Seite der EU sehe. Seither gibt es auch wieder Austausch über die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei. An Transparenz über die Verhandlungen und deren Inhalt mangelt es jedoch.

Derzeit deutet manches daraufhin, dass die türkische Regierung Gesetzesänderungen vornehmen könnte, die ausländischen Investitionen mehr Sicherheit geben sollen. Für diese soll das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit gelten. Denn Investitionen braucht die Türkei ganz dringend, um den weiteren Fall der türkischen Währung LIRA zu stoppen und die Wirtschaftskrise einzudämmen. Kommt die Erdogan-Administration aus der Wirtschaftskrise nicht heraus, so wird sie auch ihre eigene Krise nicht bewältigen können.

Erdogans Botschaft an die EU ist klar: Ich habe verstanden worum es euch geht, wenn ihr von Demokratie und Menschenrechten spricht – nämlich um Wirtschaftsbeziehungen. Und daran habe ich auch ein starkes Interesse. Parallel zu dieser Message an die EU geht er aber immer härter gegen die Opposition vor, auch Übergriffe von paramilitärischen Einheiten häufen sich, wie der Fall Gökhan Günes andeutet.⁸

⁸ Der Fall Günes ist ein junger Bauarbeiter aus Istanbul und Mitglied einer linken Partei in der Türkei. Er wurde von unbekannten, die sich „die Unsichtbaren“ nennen, im Januar 2021 entführt, 6 Tage gefangen gehalten und gefoltert. Mehrmals soll Gökhan Günes während der Folter auch das

In dieser Auseinandersetzung im Jahr 2021 bleibt also die zentrale Frage in den EU-Türkei-Beziehung: Worum geht es der EU? Werden nach wenigen Vorzeigereformen die ökonomischen und geostrategischen Interessen der EU den Ausschlag geben oder wird man tatsächlich Position beziehen für Völkerrecht, Demokratie und Menschenrechte?

Die Mehrheit der europäischen Bevölkerung glaubt an diese Werte und hängt daran. Ohne sich naive Illusionen von der herrschenden Politik der EU, auch mit Blick auf ihre Türkei-Politik, zu machen, liegt es auch an der Bevölkerung und den progressiven Kräften, hier den Druck auf die europäischen Regierungen und die Institutionen der EU zu erhöhen, damit sie als selbsterklärte Bewahrer dieser Werte ihren vielen Sonntagsreden auch (außen)politische Taten folgen lassen.

Angebot gemacht worden sein, mit den „Unsichtbaren“ zu kooperieren

Mittelmachtambitionen in einer posthegemonialen Welt

Sinan Birdal

Gehen die Türkei und der Westen getrennte Wege? Die Beziehungen der Türkei zu ihren westlichen Verbündeten sind seit mehr als einem Jahrzehnt ein umstrittenes Thema. Nach einer Reihe von türkischen Initiativen – erinnert sei in diesem Zusammenhang u.a. an den Auftritt von Recep Tayyip Erdogans 2009 in Davos, als er den damaligen israelischen Präsidenten Shimon Peres scharf kritisierte oder an die Unterstützung für die Hamas und die Hisbollah sowie an die Annäherung an den Iran – traten Expert*innen und Wissenschaftler*innen eine Diskussion über eine „Achsenverschiebung“ in der türkischen Außenpolitik los. Trotz vieler Meinungsverschiedenheiten wurde die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und dem Westen jedoch in vielen Bereichen, vor allem beim Umgang mit der syrischen Flüchtlingskrise fortgesetzt. Die jüngsten Debatten über die türkische Außenpolitik sind also auf der Grundlage dieser Konflikte und Zusammenarbeit einzuordnen.

Herausforderungen des Transatlantizismus

Die Westbindung der Türkei wurde erstmals in Frage gestellt, als der Kalte Krieg zu Ende ging. Würde die Türkei nach dem Zerfall der Sowjetunion eine Rolle – und wenn ja, welche – im westlichen Bündnis übernehmen? Oral Sander, der sich der türkischen Diplomatiegeschichte

verschrieben hatte, versicherte zu seinen Lebzeiten seinen Leser*innen, die Westorientierung sei ein konstantes Merkmal der türkischen Außenpolitik und könne nicht durch Variablen wie Sicherheitsfragen oder Bedrohungsszenarien erklärt werden. Für ihn kennzeichneten drei Hauptfaktoren die Westbindung der Türkei: Zunächst sei das Erbe des Republikgründers Mustafa Kemal Atatürk der bestimmende Faktor. Als zweiten Faktor betrachtete er die geografische Lage der Türkei, ihr Platz im internationalen System und das Unsicherheitsgefühl, das durch diese Faktoren bedingt werde. Den dritten Faktor bildeten die wirtschaftlichen Präferenzen, die durch die ersten beiden Faktoren geprägt würden.¹

Diese Faktoren wurden jedoch schon bald nach Sanders Tod im Jahr 1995 auf die Probe gestellt. Die Kommunalwahlen von 1994, bei denen Erdogan zum Oberbürgermeister von Istanbul gewählt wurde, prägten den Aufstieg der islamistischen Wohlfahrtspartei. Zwei Jahre später im Jahre 1996 ging sie aus den Parlamentswahlen als stärkste Kraft heraus, und ihr Vorsitzender Necmettin Erbakan wurde zum Ministerpräsidenten gewählt.

Eine islamistische Außenpolitik?

Erbakans geopolitische Vision war eine Welt, die einerseits in einen kolonisierenden Westen und andererseits in einen postkolonialen Hort des Islam unterteilt war. Darin wurde die Aufteilung des klassischen islamischen Völkerrechts zwischen dem Hort des Friedens (Dar al Islam) und dem Hort des Krieges (Dar al Harb) mit der postkolonialen Idee von einer Nachkriegsentwicklung zusammengeführt. Demzufolge hatte es die westliche Zivilisation nur auf Macht und Stärke abgesehen, während die islamische Zivilisation für eine „Gerechte Ordnung“ eintrat. Dieser geopolitische Diskurs war ein Spiegelbild des islamistischen Programms im eigenen Land.

¹ Oral Sander, „Türkiye’nin Dış Politikasında Sürekliliğin Nedenleri,” in Türkiye’nin Dış Politikası [Der Grund der Kontinuität in der türkischen Außenpolitik, zitiert in „Außenpolitik der Türkei“], Melek Fırat, Ankara, İmge Yayınları, 1998, pp. 69-71.

Die „Gerechte Ordnung“ war das ideologische Programm der Wohlfahrtspartei, die die Interessen des kleinen und mittleren Kapitals in der Türkei vertrat. Erbakan selbst hatte die politische Bühne 1970 als Präsident der Union der Kammern der Türkei betreten, einer Organisation, die hauptsächlich aus kleinen und mittleren Kapitalisten bestand. Ein Jahr später gründete die Großbourgeoisie den Türkischen Industriellen- und Unternehmerverband (TÜSİAD), um sich von den kleinen und mittleren Kapitalisten abzugrenzen. Diese repräsentative Spaltung zwischen den beiden Fraktionen des Kapitals, also einerseits den Befürwortern des entwicklungsorientierten Imports und andererseits den Anhängern des Substitutionsmodells, war auch die Geburtsstunde des gegenwärtigen Islamismus in der Türkei. Nach dem Start der exportorientierten Wachstumsstrategie, die 1980 durch das IWF-Strukturanpassungsprogramm eingeleitet wurde, und der darauffolgenden Liberalisierung des Handels und Finanzwesens, verschärfte sich diese Spaltung. Das Programm der Gerechten Ordnung setzte sich unter den neuen wirtschaftlichen und geopolitischen Bedingungen gegen das Monopol der TÜSİAD durch und vertrat die Interessen des kleinen und mittleren Kapitals.

Die Gründung der Developing 8 (D-8) im Jahre 1997 war ein viel beachteter Schritt der „Gerechten Ordnung“. Der Gruppe gehörten neben der Türkei auch Bangladesch, Ägypten, Nigeria, Indonesien, Iran, Malaysia und Pakistan an. Allerdings ließ sich der Traum von der Vereinigung islamischer Staaten nicht in die Tat umzusetzen und die Organisation blieb weitgehend ohne Funktion. Auch andere außenpolitische Initiativen erwiesen sich als vergeblich und kontraproduktiv. Erbakans Staatsbesuche, die ihn nicht in die westlichen Hauptstädte, sondern nach Pakistan, Iran und Libyen führten, wurden als wichtiges außenpolitisches Zeichen gedeutet. Allerdings blieben sie lediglich symbolische Gesten und damit ohne Erfolg. Vielmehr beteuerte die Wohlfahrtspartei, dass die „Gerechte Ordnung“ die geopolitische Ausrichtung der Türkei nicht radikal verändern und die bestehenden Bündnisse respektieren würde.

Ungeachtet ihrer feurigen Anti-Establishment-Rhetorik setzte die Erbakan-Regierung die traditionelle westlich orientierte türkische Außenpolitik fort. Dies brachte die türkischen Streitkräfte nicht davon ab, am 28. Februar 1997 ein Memorandum herauszugeben, das schließlich zum Sturz Erbakans führte. Der Name der militärischen Einheit, die hinter dem Memorandum stand, erinnert an die Kontroversen um Erbakans Geopolitik: die „Arbeitsgruppe Westen“ (Batı Çalışma Grubu). So legitimierte das Militär sein Eingreifen in die Politik durch seine westliche und sogenannte „säkularistische“ Haltung. Die Entmachtung der Wohlfahrtspartei und das Aufzwingen der militärischen Vormundschaft leiteten eine neue Zeit ein, die von einer instabilen Dreiparteien-Koalition, einer Wirtschaftskrise und einem zunehmenden Autoritarismus gekennzeichnet war.

Als die Anschläge vom 11. September 2001 die USA trafen, steckte die Türkei inmitten einer schweren Wirtschaftskrise, die durch eine Verfassungskrise zwischen Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer und Premierminister Bülent Ecevit ausgelöst worden war. Zudem hatten die USA beschlossen, in den Krieg gegen den Irak zu treten. Auch dadurch wurde der Druck auf die Koalitionsregierung erhöht, die schließlich von ihrem ultranationalistischen Partner MHP zu vorgezogenen Parlamentswahlen gezwungen wurde. Die Wahlen im November 2002 brachten die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) an die Macht.

Der diskrete Charme der muslimischen Bourgeoisie

Damit erhielt die AKP unter der Führung Erdogans, der durch Gerichtsbeschluss mit einem Politikverbot belegt worden war, die Gelegenheit zu einer konservativ-liberalen Umgestaltung der islamistischen Bewegung. Als es der AKP-Führung nicht gelang, Erbakan zu entmachten, beschloss sie die Gründung einer neuen Partei. Der Eindruck von einer proeuropäischen Partei war beabsichtigt. Die AKP hatte zwei bedeutende Chancen, ihr Verhältnis zum Westen neu zu gestalten: Zum einen hatten ihre Vorgänger bereits eine Finanzreform gestartet, die unter der Regie des IWF lief. Zum anderen drängte die Bush-Administration auch die

Türkei zur Beteiligung am Krieg im Nahen Osten. Allerdings verweigerte das türkische Parlament trotz Erdogans Unterstützung das Mandat für eine Beteiligung an den Kriegsplänen Bushs. Das war eine Steilvorlage für die AKP, die sich ihrerseits als loyaler transatlantischer Verbündeter präsentieren konnte. Bei den westlichen Verbündeten entstand ein gewandeltes Türkei-Bild: Die traditionellen transatlantischen Verbündeten, die türkische Zivil- und Militärbükratie und die sogenannten „säkularen Eliten“ galten nunmehr als Hindernis für die Demokratisierung, während die „auf Linie gebrachten“ Islamisten zum neuen Partner auserkoren wurden. In der ersten Dekade des neuen Jahrtausends stützten sich westliche Medien und die Wissenschaft bei ihrer Analyse auf die konventionelle Vorstellung, in der Türkei sei ein Konflikt zwischen „autoritären Säkularisten“ und „demokratischen Muslimen“ im Gange.

Die vorherrschende Meinung, die der AKP in den ersten zehn Jahren die Unterstützung einbrachte, beruhte auf der These, die Partei repräsentiere die entstehenden neuen Mittelschichten. Webers These von der protestantischen Ethik wurde recycelt und dazu verwendet, die Vorstellung von einer neuen gläubigen bürgerlichen Instanz zu etablieren, die angeblich den Weg für freie Märkte und liberale Demokratie ebnen würde. Der Konflikt zwischen der religiösen Bourgeoisie und der säkularen Staatsbürokratie würde unweigerlich und endgültig zur Demokratie führen. Der feierliche Ton dieses mechanischen Paradigmas sollte sich jedoch bald in bittere Enttäuschung verwandeln. Schließlich wurde die Vorstellung von dieser Dualität gänzlich aufgegeben. Während man den Aufstieg der AKP mit soziologischen Mustern von einer neuen Mittelschicht erklärte, wurden die neuen politischen Machtverhältnisse den vermeintlich persönlichen Motiven ihres Anführers zugeschrieben.

Eine neue Rolle in einer neuen Partnerschaft?

Nach dem Verfassungsreferendum am 12. September 2010, das Erdogans Sieg über das säkulare Establishment besiegelte, verschlechterten sich die Beziehungen der AKP zum Westen. Erdogan hatte inzwischen die Kontrolle über das Militär und die Justiz übernommen, so dass er nun

nicht mehr so stark auf die politische Unterstützung des Westens angewiesen war, der seinerseits in vielen politischen und wirtschaftlichen Fragen keine einheitliche Haltung hatte. Die AKP sollte den Riss im transatlantischen Bündnis und den Aufstieg Russlands und Chinas zur Wahrung der eigenen Interessen nutzen.

Am 21. September 2010 berichtete der inzwischen verstorbene türkische Journalist Mehmet Ali Birand von einem Treffen von zwanzig Experten der CIA, des NSC und aus der Wissenschaft über die Ausrichtung der türkischen Politik unter der AKP.² Birands Quellen zufolge stellten die Experten zwar übereinstimmend einen Wandel in den türkisch-amerikanischen Beziehungen fest, konnten sich jedoch bei der Frage nicht einigen, wie der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan einzuschätzen sei. Einige hielten Erdogan für einen reinen Pragmatiker, während andere argumentierten, seine türkische Politik würde zunehmend von einer islamistischen Ideologie durchdrungen. Der erfahrene Journalist klang Ende Dezember viel optimistischer, als er von einem weiteren Treffen berichtete, das von der American Peace Institution organisiert wurde.

Laut Birand unterschied sich der Ton des Treffens im Dezember stark von ähnlichen früheren Treffen. Er fasste die wichtigsten Schlussfolgerungen des Treffens zusammen: Die Türkei hatte eine unabhängigere und wichtigere Rolle in der Region und die Mehrheit der politischen Kreise in den USA war nicht bereit, diese Tatsache zu akzeptieren. Die US-Regierung hatte die AKP nicht aufgegeben. Trotz der zu erwartenden Meinungsverschiedenheiten hoffte sie langfristig auf einen Konsens. Washington erkannte trotz der seiner starken Bedenken das Bedürfnis der Türkei an, ihre Beziehungen zum Iran, zur Hamas, zur Hisbollah, zum Sudan und zu Syrien neu aufzubauen. Das Konzept der „strategischen Partnerschaft“ entpuppte sich als überholt und die türkisch-amerikanischen Beziehungen bedurften eines neuen Konzepts. Die neue türkische Außenpolitik sollte man nicht als eine Achsenverschiebung definieren, sondern als Suche nach einem neuen Platz und einem neuen

² Mehmet Ali Birand, „Ne Dersek Diyelim, Dünya Eksen Kaymasına İnaniyor,” [Was wir auch immer sagen, die Welt glaubt an eine Achsenverschiebung] Milliyet vom 21. September 2010.

Ansatz in der Weltpolitik beschreiben. Allerdings sollte Ankara dies seinen Verbündeten auch besser vermitteln und seine Haltung gegenüber dem Iran und Israel überdenken. Im Gegenzug sollten die USA die Türkei besser über ihre Politik informieren.³ Etwa zur gleichen Zeit veröffentlichte die Tageszeitung Hürriyet ein Interview mit Präsident Obama, in dem er trotz einiger Meinungsverschiedenheiten sein Vertrauen in die türkisch-amerikanischen Beziehungen bekräftigte.

Die Öffnungen der AKP

Das strategische Konzept der AKP stand unter dem Motto „Null Probleme mit den Nachbarn“. Es beruhte auf der Annahme, dass die Weltpolitik von der Unipolarität zur Multipolarität übergeht. Um eine globale Akteurin zu werden, die keine Abstriche bei ihren Verpflichtungen gegenüber der transatlantischen Allianz macht, sollte die Türkei ihr regionales Gewicht einsetzen. Ein wichtiges Element dieser Strategie war die Aufnahme von Friedensgesprächen mit der PKK. Ein Bündnis mit den Kurden würde einen ersten und grundlegenden Schritt dieser Strategie bedeuten. D.h. der globale Aufstieg der Türkei wäre nur mit der regionalen Kooperation der Kurden möglich. Die Veränderungen in der Außenpolitik wie auch in der Kurdenpolitik bezeichnete man als „Öffnungen“ (açılım). Beide Öffnungen wurden als Bruch mit dem traditionellen Kemalismus dargestellt. Dabei waren beide Wege zuvor vom Kemalismus erprobt und verworfen worden. Das Problem der türkischen Außenpolitik lag nach Meinung des Außenministers Ahmet Davutoğlu in der Identitätskrise, die durch die kemalistischen Reformen und die verwestlichten republikanischen Eliten aufgezwungen worden sei. Mangels Selbstvertrauen in die eigene Identität waren die verwestlichten Eliten zur Passivität verurteilt worden. Nun werde die AKP endlich der Nation ihre Identität zurückgeben und zu einer aktiven Außenpolitik mit einem größeren Selbstbewusstsein übergehen.⁴

³ Mehmet Ali Birand, „Türk-ABD İlişkilerinde Yeni Bir Tango Başlıyor...“ [In den türkisch-amerikanischen Beziehungen beginnt die Ära eines neuen Flirts...] Milliyet vom 24. Dezember 2010.

⁴ Mehmet Sinan Birdal, „The Davutoğlu Doctrine: The Populist Construction of the Strategic Subject,“

Arabische Aufstände und Gezi-Proteste

Das Vertrauen der muslimischen Bourgeoisie wurde durch eine Reihe von Straßenprotesten erschüttert – zunächst in Nordafrika und am Golf und danach in sämtlichen Städten der Türkei. Infolge der arabischen Aufstände in den Jahren 2011-2012 war die Umsetzung der „Null-Probleme-Politik“ kaum mehr möglich. Erdogans erste Reaktion war, die Rolle eines Vermittlers zwischen den amtierenden Regierungen und den Demonstranten zu übernehmen. Er wandte sich an seinen Freund Bashar al-Assad, um ihn für eine politische Lösung zu gewinnen. Erdogans frühere Annäherung an Assad (und sein Eifer, als Vermittler zwischen Syrien und Israel aufzutreten) war einer der Gründe, warum man von einer „Achsenverschiebung“ sprach. Erdogan und Assad hielten gemeinsame Kabinettsitzungen ab und führten den visafreien Reiseverkehr zwischen beiden Ländern ein. Die türkisch-syrische Annäherung, das Vorzeigemodell der AKP-„Öffnung“, verwandelte sich jedoch in eine Feindschaft zwischen den beiden Regimen auf ganzer Linie, als Erdogan eine beispiellose Unterstützung für die Militarisierung der syrischen Opposition zeigte. Was war der Auslöser dieser totalen Umkehr?

Die NATO-Intervention in Libyen veränderte die politische Landschaft, in der sich die AKP mit ihrer Außenpolitik bewegt hatte. Zunächst sprach sich Ministerpräsident Erdogan vehement gegen eine NATO-Intervention in Libyen aus. Als klar wurde, dass die NATO-Truppen auch ohne die Türkei einmarschieren würden, drohte Erdogan zunächst mit einem Veto in der NATO, um sich schließlich doch an der Militärintervention zu beteiligen. Angesichts der amerikanischen Bereitschaft, ihren langjährigen Verbündeten in Ägypten fallen zu lassen und in Libyen zu intervenieren, gingen die türkischen Politiker davon aus, dass eine amerikanische Intervention auch in Syrien unmittelbar bevorstünde. So hatte das Paradigma von einer aktiven Außenpolitik

in Turkey Reframed: Constituting Neoliberal Hegemony, Ahmet Bekmen, İsmet Akça and Barış Alp Özden (eds.), London, Pluto Press, 2014, pp. 92-106. [„Die Davutoğlu-Doktrin: Die Populistische Konstruktion des strategischen Subjekts“, Neugestaltung in der Türkei: Neoliberal Hegemonyayı Oluşturmak, Ahmet Bekmen, İsmet Akça ve Barış Alp Özden (Herausgeber)]

wieder einmal die Türkei dazu gezwungen, in Syrien zu intervenieren, um nicht von weiteren Entscheidungen ausgeschlossen zu werden, wie es ihr im Irak nach dem Zweiten Golfkrieg passiert war.

Dass die Muslimbruderschaft bei den arabischen Aufständen mitmachte, gab auch der AKP einen neuen Impuls, sich als Modell einer muslimischen Demokratie zu inszenieren. Dabei waren Erdogans Vorträge über die Zusammenführung von Islam und Säkularismus in Tunesien und Ägypten nicht auf Gegenliebe gestoßen. Zwei aufeinanderfolgende einschlägige Ereignisse fügten dieser Strategie einen irreparablen Schaden zu: die Gezi-Park-Proteste in der Türkei und eine weitere Protestwelle in Ägypten im Frühjahr bzw. Sommer 2013, die schließlich mit dem Putsch endete. Es dürfte nicht überraschen, dass diese beiden historischen Ereignisse nach Ansicht von Erdogan zwei Seiten einer Medaille darstellten. Er sah darin eine Verschwörung gegen seine Regierung und nahm in der Innen- und Außenpolitik tiefgreifende Veränderungen vor.

Der Putsch in Ägypten riss nicht nur in Ägypten, sondern auch in Syrien und Libyen tiefe Gräben zwischen der Türkei und Saudi-Arabien (und dessen Partner VAE). Allmählich bewegte sich die Türkei auf andere Regionalmächte, nämlich auf den Iran und Russland, zu. Währenddessen versetzten die Gezi-Aufstände in der Türkei ihren Beziehungen zum Westen einen schweren Schlag. Ihre westlichen Verbündeten mussten überrascht und verunsichert feststellen, dass die gesellschaftliche Opposition gegen Erdogans muslimische Demokratie nicht nur aus dem elitären säkularistischen Establishment besteht. Nur zwei Wochen vor den Protesten hatte Hannes Swoboda, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, sein Treffen mit Kemal Kılıçdaroğlu, dem Vorsitzenden der größten Oppositionspartei CHP, abgesagt, weil dieser Erdogan kritisiert und mit Assad verglichen hatte. Auch die Haltung der Obama-Regierung gegenüber Kılıçdaroğlu war nicht anders. Erdogans Druckmittel gegenüber den westlichen Verbündeten in Syrien war groß genug, um jede inländische Opposition diplomatisch zu isolieren.

Die kurdische Frage und Syrien

Die Gezi-Park-Proteste stellen die größte soziale Protestbewegung in der Geschichte der Republik dar. Nach Angaben des Innenministers Muammer Güler fanden sechs Tage lang Proteste in 67 Städten des Landes statt.⁵ Sie trotzten der in Analysen der türkischen Politik vorherrschenden „säkularistisch-religiösen Dualität“ und veränderten die internationale öffentliche Meinung. Viel wichtiger war jedoch, dass sie der Opposition, vor allem der kurdischen Bewegung, neue Möglichkeiten eröffneten. Die Gründung der HDP repräsentierte die Bereitschaft der kurdischen Bewegung, eine landesweite (und nicht nur eine regionale) Massenpartei zu werden. Die Popularität des HDP-Chefs Selahattin Demirtaş und der Wahlsieg am 7. Juni 2015 waren ein Zeichen für gewaltige Veränderungen in der türkischen Politik. Zum ersten Mal trat die HDP als Partei (und nicht mit Einzelkandidaten) zu den Parlamentswahlen an und erreichte mehr als 10 Prozent der landesweiten Stimmen. Die HDP war nun die drittgrößte Partei im Parlament.

Währenddessen wurden die kurdischen Kämpfer in Syrien in ihrem Kampf gegen den IS anscheinend sowohl von Russland als auch von der westlichen Welt unterstützt. Das Auftauchen des IS im Irak und in Syrien hat nicht nur die westlichen Regierungen alarmiert und den russischen und iranischen Einfluss in der Region gestärkt, sondern auch die Kurden ins Rampenlicht gerückt. Der gleichzeitige Aufstieg der kurdischen Bewegung in der Türkei und in Syrien veranlasste die türkischen Entscheidungsträger*innen, die „kurdische Öffnung“ abrupt zu beenden. Bereits seit den Gezi-Protesten hatte Erdogan mit seinem einstigen Verbündeten, der Gülen-Bewegung, gebrochen, die eine der Hauptsäulen der Beziehungen zum Westen war. Erdogan krepelte nun seine Bündnisse um und umarmte die ultranationalistische MHP und andere (pro-russische, pro-chinesische) Nationalisten. Während er die Öffnungspolitik endgültig ad acta legte, setzte Erdogan auf einen entscheidenden

⁵ „Gezi parkı eylemleri: Olaylar sırasında neler oldu, protestolarda neler yaşandı?“ [Gezi-Park-Proteste: was sich dort ereignete und während der Proteste passierte] BBC News Türkisch, 30. Mai 2018.

Faktor in seinen Beziehungen zum Westen: die syrische Flüchtlingskrise.

Der Putschversuch und das Präsidialsystem

Die Beendigung der „Öffnungen“ läutete eine neue Ära in der türkischen Politik ein: Innenpolitisch entwickelte sich das Regime zu einem Präsidialsystem ohne Gewaltenteilung. International setzte es immer stärker auf Russland, den Iran und China. Obwohl sie in einem blutigen Bürgerkrieg in Syrien gegnerische Parteien unterstützten, gingen die Türkei und Russland eine Zusammenarbeit ein, um zu einflussreichen Akteuren in Syrien zu werden. Die Zusammenarbeit mit Russland ermöglichte es der Türkei, in kurdischen Gebieten zu intervenieren und eine „Sicherheitszone“ zu errichten. So konnte sie auch den so genannten „kurdischen Korridor“ verhindern, der sich vom Iran bis zum Mittelmeer erstrecken sollte. Diese Strategie bildete die Grundlage für Erdogans neue Koalition mit der MHP sowie der zivilen und militärischen Bürokratie. Und schließlich wurde mithilfe dieses Bündnisses das neue Präsidialsystem eingeführt.

Der Putschversuch vom 15. Juli 2016 war in dieser Hinsicht ein Wendepunkt. Vor dem 15. Juli berichteten Zeitungen, dass der Generalstabschef und das Außenministerium Vorbehalte gegen eine militärische Intervention in Syrien hätten. Nach einer massiven Säuberung in den Reihen der Bürokratie nach dem 15. Juli wurden diese Vorbehalte beseitigt und der Weg nach Syrien freigeräumt. Mit Ausnahme der HDP erteilten die Parteien im Parlament auf Antrag von Erdogan der türkischen Armee das Mandat für die Syrien-Einsätze. So isolierte Erdogan mit einem Schachzug nicht nur die HDP, sondern neutralisierte auch die Hauptopposition, die CHP.

Erdogans Manöver war nur durch einen Balanceakt zwischen den USA und Russland möglich gewesen. Da Russland die Hälfte des syrischen Luftraums kontrollierte, war jede militärische Operation ohne russische Unterstützung zu riskant. Die andere Hälfte des Luftraums stand unter der Kontrolle der USA, die in ihrem Kampf gegen den IS

mit den Kurden eng zusammenarbeiteten. So musste Erdogan diese beiden konkurrierenden Großmächte zum türkischen Einmarsch in Syrien überreden. Die „Eurasisten“, denen man vor nicht einmal einem Jahrzehnt noch vorgeworfen hatte, einen Putsch gegen die AKP geplant zu haben, wurden in Erdogans neuer Koalition willkommen geheißen und ersetzten die Gülenisten als neue Partner. Im Gegensatz zu den Gülenisten, die enge Beziehungen zur westlichen Allianz unterhielten, halfen die „Eurasisten“ Erdogan, die Beziehungen zu Russland, Iran und China zu kitten. Dies bedeutete jedoch nicht, dass der Transatlantizismus ad acta gelegt wurde. Ganz im Gegenteil versicherte Erdogan den USA, nicht die Kurden, sondern die Türkei sei ihr offizieller und langjähriger Verbündete in der Region und nur sie könne eine wichtige Rolle im Kampf gegen den IS übernehmen. Durch die Wahl Trumps und den Machtwechsel im Weißen Haus stieß das Angebot Erdogans auf Zustimmung.

Sicherungsstrategie und -taktik

Viele verfolgten die strategischen und taktischen Manöver Erdogans in den letzten zwei Jahrzehnten mit Bewunderung und ließen dabei die Strukturen außer Acht, die diese Manöver erst möglich machten. Erdogans wesentliche politische Leistung besteht darin, einen neuen Machtblock zu schmieden, der die beiden Fraktionen des Kapitals versöhnt und die prekäre Stadtbevölkerung in der Welt nach dem Kalten Krieg befriedet. Die drei von Sander⁶ genannten Bedingungen haben sich grundlegend geändert: das kemalistische Erbe, das internationale System und die lokalen ökonomischen Interessengruppen. Erdogan hat keine neue große Strategie für die Türkei definiert, sondern eher die Sicherungsstrategie für eine Mittelmacht in der Welt nach dem Kalten Krieg umgesetzt. So verfolgt die Türkei unter Erdogan weiterhin eine Politik, die auf vielfältige außenpolitische Alternativen setzt, um sich

⁶ Mehmet Sinan Birdal, „Die Sicherungsstrategie in der Außenpolitik“ Heinrich Böll Stiftung Perspectives, Ausgabe 7, Januar 2014, S. 52-57. erhältlich unter: <https://tr.boell.org/en/2014/06/16/hedging-strategy-foreign-policy-publikationen>.

gegen eine eventuelle Verschlechterung der Beziehungen zu den USA (und der EU) abzusichern. Der Einfluss in Syrien und Libyen bietet dem Regime in der Türkei die Möglichkeit, mit seinen westlichen Verbündeten zu verhandeln und die inländische Opposition zu isolieren. In dieser Hinsicht stellt Erdogans strategischer Ansatz eher eine Kontinuität als einen Bruch mit der türkischen Außenpolitik der 1990er Jahre dar.

Ein Blick auf die Situation der Presse in der Türkei

Gökhan Durmuş

Die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei wird immer wieder von Journalist*innen, deren Gewerkschaften und Berufsverbänden und auch von Oppositionspolitiker*innen thematisiert. Dabei wurde nie definiert, welche Grenzen man in der Türkei der Pressefreiheit gesetzt hat. Die heutige Situation der Medien ist allerdings vollständig auf eine Politik zurückzuführen, die die AKP seit Beginn ihrer Regierungszeit im Jahre 2002 und später ab 2006 im Bereich der Medien verfolgt.

In seiner Zeit als Istanbuler OB war der heutige Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan bekannt für seinen harschen Umgang mit der Kritik in den Medien. So ließ er keine Gelegenheit aus, um die Medien unter seine Kontrolle zu stellen. Die Besitzverhältnisse der Medien erfuhren eine tiefgreifende Umstrukturierung sowie eine Monopolisierung. So versuchte er ihm nahestehende Unternehmer*innen zum Kauf von Zeitungen und Fernsehsendern zu bewegen und gewährte ihnen finanzielle Erleichterungen (Kredite von staatlichen Banken, Vergabe von öffentlichen Aufträgen etc.).

Ab 2010 wurden die Repressionen gegen Journalist*innen verstärkt. Mithilfe von Medien, die seinem damaligen Weggefährten Fethullah Gülen bzw. dessen Gemeinde gehörten, wurden Komplote gegen Journalist*innen organisiert. Durch die jahrelangen Ergenekon- und KCK-Prozesse¹

¹ Ergenekon

wurden Dutzende Journalist*innen ihrer Freiheit beraubt und mit dem „Terrorismus“-Vorwurf verleumdet. Diese Attacken auf das Ansehen von Medienschaffenden halten auch heute noch an.

Der Interessenskonflikt mit Fethullah Gülen und der anschließende Bruch sowie der darauf folgende Putschversuch boten Erdogan die Möglichkeit, exakt die Bedingungen zu schaffen, die er angestrebt hatte. Im politischen Sinne wurde die ganze Macht in die Hände eines Alleinherrschers übergeben. Auf den Putschversuch folgten Operationen gegen oppositionelle Kräfte, wovon Medien und Medienschaffenden nicht ausgenommen wurden. Erneut wurden Dutzende Journalist*innen ins Gefängnis gesteckt.

Medienhäuser, die weiterhin versuchten, ihrer journalistischen Arbeit nachzugehen, wurden entweder aufgekauft oder geschlossen. Aydın Doğan, der Herausgeber der Zeitung „Hürriyet“, die man gerne als Flaggschiff der Medien betitelte, sah sich gezwungen, aufgrund des finanziellen Drucks und der Drohungen seitens der Regierung seine Zeitung und seinen Fernsehsender an einen regierungsnahen Unternehmer zu verkaufen.

So schaffte es die Regierung, die Medien mithilfe von genehmen Medienzaren zu 90 Prozent unter ihre eigene Kontrolle zu bringen und ihren Einfluss auszubauen. Nach diesen Veränderungen im Medienbereich verloren Hunderte Journalist*innen ihre Arbeit und mussten sich neu orientieren. Das rasante Wachstum von Online-Medien haben wir also auch diesen arbeitslosen Journalist*innen zu verdanken, die ein neues Betätigungsfeld für sich erschließen mussten. Mit ihren neuen Nachrichtenkanälen versuchten sie auch, das Recht der Bevölkerung auf Informationen zu verteidigen.

Die Regierungsseite war allerdings diesen wahren und qualitativ hochwertigen Nachrichten gegenüber feindselig eingestellt und versuchte unablässig, diese neuen Informationsquellen zu schließen. Oft belegte man sie mit rechtswidrigen Verboten, Zugangssperren und Strafen. Um die Verbreitung von Online-Nachrichten zu verhindern, wurde der Rat für Informationstechnologie und Telekommunikation ins Leben

gerufen. Unerwünschte Nachrichten und Inhalte wurden zensiert, Zugänge gesperrt und Nachrichtenportale verboten.

In den letzten zwei Jahren stieg die Nutzung von sozialen Medien rasant an. Ebenso wie die Bürger versuchten auch die Journalist*innen, ihre Nachrichten über ihre Social-Media-Accounts zu verbreiten. Der große Einfluss der sozialen Medien und der darin verbreiteten Nachrichten veranlasste die Regierung auch in diesem Bereich zu Einschränkungen. Die jüngsten Neuregelungen, die man mit einer „Verpflichtung internationaler Unternehmen zur Benennung von Ansprechpartner*innen in der Türkei“ begründet hat, bilden in Wirklichkeit die rechtliche Grundlage für eine Zensur von Social-Media-Accounts. Mit der jetzt eingeführten „Sperrung des Zugangs zu früheren Inhalten“ versucht man, den Zugang zu Informationen über die Machenschaften der Regierung in der Vergangenheit zu verhindern bzw. diese aus dem medialen Gedächtnis zu löschen. So soll beispielsweise der Zugang von Videos, die die innige Freundschaft zum jetzigen Erzfeind und früheren Partner FETÖ zeigen, gesperrt bzw. diese Videos gelöscht und aus dem gesellschaftlichen Gedächtnis getilgt werden.

Auch die Repressionen von Medien, die noch zu den nicht kontrollierten 10-Prozent zählen, werden ununterbrochen fortgesetzt. Der Werberat (BIK), der mit dem Ziel ins Leben gerufen wurde, öffentliche Werbeanzeigen gerecht zu vergeben und somit den politischen und wirtschaftlichen Druck auf Medien zu verhindern, wird genau für das Gegenteil eingesetzt. Zunächst wurde ihm die Autonomie entzogen und er wurde zu einer Art Privatkanzlei des Staatspräsidenten umfunktioniert. Er zeichnete verantwortlich für zahlreiche haltlose und rechtswidrige Strafen gegen oppositionelle Medien, die jetzt auch mit finanziellem Druck auf Regierungslinie gebracht werden sollen. So schaltet der BIK seit über einem Jahr mit haltlosen und rechtswidrigen Begründungen keine öffentlichen Anzeigen in den Tageszeitungen „Evrensel“ und „BirGün“. Darüber hinaus versucht man Medienangehörige und Zeitungen, die lediglich ihren wahren journalistischen Aufgaben nachgehen wollen, mit unzähligen Ermittlungs- und Strafverfahren einzuschüchtern.

Die Zahl von gegen Journalist*innen und sogar gegen „einfache“ Bürger eingeleiteten Verleumdungsverfahren bricht historische Rekorde. Gegenstand dieser Verfahren war zunächst nur die angebliche Verleumdung von Recep Tayyip Erdogan. Inzwischen geht es auch vermehrt um die Verfolgung von Beleidigung seiner Entourage. Der Bevölkerung, Journalist*innen und Politiker*innen ist es nicht mehr möglich, den Staatspräsidenten oder Personen in seinem Umfeld zu kritisieren. So wurde z. B. ein Journalist, der über einen nicht genehmigten Bauauftrag des Leiters der Präsidialen Kommunikationsbehörde berichtete, vor Gericht gestellt und der Online-Zugang zum genannten Bericht gesperrt.

Die Gerichte sind mit Verfahren gegen Journalist*innen überhäuft, denen man nichts weiter als journalistische Tätigkeit vorwirft. Diese Überlastung der Gerichte liefert einen Beleg dafür, dass die Justiz längst die Unparteilichkeit verloren hat. Aktuell sind 72 Medienschaffende wegen ihrer Berichterstattung inhaftiert.

Die Medien haben die Aufgabe, der Bevölkerung Zugang zur Wahrheit und zu Informationen bereitzustellen. In dieser Rolle sind sie ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie. Dass sie diese Funktion auch in der Türkei erfüllen, kann man kaum behaupten. Die politische Polarisierung der Gesellschaft wirkt sich auch auf die Medienschaffenden aus. Inzwischen haben so genannte „Journalist*innen“ die Bühne betreten, die nicht die Interessen der Bevölkerung vertreten, sondern ihren Auftrag darin sehen, Ausführungsorgan der Regierung zu sein und ihre Kolleg*innen zu denunzieren. Es gibt kaum eine nicht zensierte Nachricht. Und wegen der steigenden Repressionen ist auch die Autozensur inzwischen ein starker Faktor, der die freie Ausübung des Journalistenberufs verhindert.

Inzwischen sieht man es als etwas Normales an, dass die von der Regierung kontrollierten Zeitungen täglich mit denselben Headlines erscheinen, als wären sie in einer einzigen Zentrale erstellt worden.

Der relativ niedrige gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Medienbranche gibt auch zu bedenken. In der Medienbranche sind 25.000 Mitarbeiter*innen beschäftigt und die Zahl der Arbeitslosen beträgt

10.000. Die Journalist*innen sind gezwungen, als freie und nichtversicherte Mitarbeiter*innen Beschäftigungsverhältnisse zu Niedriglöhnen zu akzeptieren. Auch die Spaltung der Journalistenverbände erschwert die Probleme im Journalistenberuf.

Es gibt auch Bestrebungen, dieses dunkle Bild aufzuhellen und die gewerkschaftliche Organisation der Journalist*innen voranzutreiben und dem Beruf des Medienschaffenden wieder das Ansehen zu verleihen, das er verdient. Zu keiner Zeit war es in unserem Land möglich, die Journalist*innen gänzlich zum Verstummen zu bringen. Es besteht kein Zweifel daran, dass der Journalismus, der bereits vor über einem Jahrhundert die Ära der Unterdrückung unter dem Sultan Abdulhamid II. überstanden hat, auch die heutigen Schwierigkeiten überwinden wird.

Die nationale und internationale Bedeutung der kurdischen Frage

Yusuf Karataş

Die kurdische Frage dreht sich zugleich um die Frage, ob die Existenz der Kurd*innen als Nation und ihre national-demokratischen Rechte anerkannt werden. Der Aufbau des republikanischen Regimes entlang den Interessen der türkischen Bourgeoisie als „Nationalstaat“ bildete zugleich die Grundlage dafür, dass die Existenz der Kurd*innen als Nation seit der Gründung der Republik im Oktober 1923 geleugnet wurde. Auf dieser Grundlage stand auch die assimilatorische Politik, die sie zu Türk*innen machen sollte. Diese Politik beruhte zugleich auf der gewaltsamen Unterdrückung ihrer national-demokratischen Kämpfe. Ihren konkreten Ausdruck fand die Politik in der Definition der Staatsbürgerschaft, die auf „Türkentum“ beruhte. Nach diesem Verständnis galt „jede/r, der/die eine staatsbürgerschaftliche Beziehung zum Staat hat, als Türke/in.“

Ob es um die repressive Innenpolitik oder die expansionistischen Ziele der Außenpolitik geht – für die heutige Ein-Mann-Herrschaft in der Türkei, die repressive-faschistoide Züge trägt, spielte die kurdische Frage stets eine wichtige Rolle. In diesem Sinne ist auch die Lösung der kurdischen Frage mit dem Kampf um Demokratie in der Türkei und um Frieden im Nahen Osten eng verknüpft.

Kurzer Exkurs zum historischen Hintergrund der kurdischen Frage

Im Vergleich zu den christlichen Völkern, die kommerzielle, politische und kulturelle Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern in Europa hatten, setzte der Nationalisierungsprozess bei den türkischen, arabischen und kurdischen Völkern innerhalb des Osmanischen Reiches später ein. Der Grund dafür lag zum einen in der religiösen Staatsstruktur (Kalifat) und zum anderen darin, dass diese Völker in Regionen lebten, wo der Kapitalismus mit Verzögerung Einzug gehalten hatte. So setzte der Nationalisierungsprozess bei Kurd*innen, die zu den in Obermesopotamien lebenden Völkern gehörten, erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein. Die erste kurdisch-sprachige Zeitung (Kurdistan), die ein wichtiger Katalysator und Symbol dieses Prozesses war, konnte erst 1898 herausgebracht werden. Erst ab Anfang der 1900er Jahre und insbesondere mit Beginn der 2. Verfassungsperiode im Jahr 1908 konnten als Folge der kurdischen Nationalisierung erste politische Parteien, Organisationen und Vereine gegründet werden.

Gegen Ende des Osmanischen Reiches kam das Komitee für Einheit und Fortschritt (Jungtürken) an die Macht. Diese Bewegung des türkischen Kleinbürgertums sorgte dafür, dass sich der türkische Nationalismus im Unterschied zu den anderen nationalen Bewegungen nicht für eine Abspaltung vom Staat, sondern für dessen Umwandlung starkmachte. Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Imperialistischen Verteilungskrieg an der Seite Deutschlands konnte diese nicht abgeschlossene Umwandlung mit dem Befreiungskrieg und der anschließenden Republikgründung zum Abschluss gebracht werden.

Auch wenn nach der Republikgründung die Politik eines „Nationalstaats“ verfolgt wurde, welche die Türk*innen als die einzige Nation anerkannte, hatte man die Kurd*innen während des „Befreiungskriegs“ (1919-1923) als eine der beiden Gründernationen anerkannt. So hatte Mustafa Kemal¹ noch wenige Monate vor der Republikgründung davon

¹ Anm. d. Übers.: Atatürk

gesprochen, den kurdischen Völkern Autonomie zu gewähren. İsmet İnönü fuhr am 23. Juli 1923 als Vertreter von Türk*innen und Kurd*innen nach Lausanne, wo der Vertrag unterzeichnet wurde, der als Gründungsvertrag der Republik gilt. Weil allerdings die türkische Bourgeoisie ihre Herrschaft nicht mit anderen teilen wollte, wurde das republikanische Regime im Oktober 1923 als türkischer Nationalstaat installiert. Nach der Gründung der Republik kam es zu relativ schwachen und vereinzelten Aufständen von Kurd*innen für nationale Rechte. Diese wurden jedoch gewaltsam niedergeschlagen. Mit dem „Gesetz zur Sicherung der Öffentlichen Ruhe“ rief man den Ausnahmezustand aus und schuf Sondergerichte. Mit dem Gesetz zur Zwangsumsiedlung wurden die Kurd*innen aus ihrer Heimat vertrieben. Ein weiteres Gesetz verbot alle Sprachen außer Türkisch. Somit wurden die Unterdrückung und Assimilation nachhaltig verfestigt.

Im Rahmen gesellschaftlicher Bewegungen, die in den 1960er Jahren weltweit und auch in der Türkei einen Höhenflug erlebten, erfuhr auch die kurdische Nationalbewegung eine Wiederbelebung und wurde nach dem faschistischen Militärputsch vom 12. September 1980 zu einer bewaffneten Bewegung. Der nach 1984 entstandenen bewaffneten kurdischen Opposition, die der ehemalige türkische Minister- und Staatspräsident Süleyman Demirel als „der letzte kurdische Aufstand“ bezeichnet hatte, entgegnete der Staat wie in den ersten Jahren der Republik mit Gewalt und Unterdrückung. Allerdings förderte die Politik von Gewalt und Repression das Nationalbewusstsein der Kurd*innen und beschleunigte ihre Vereinigung hinter der nationalen Bewegung. In den 1990er Jahren eskalierte der Konflikt und staatliche Kräfte verübten mit ihren Konterguerilla-Methoden Tausende von extralegalen Hinrichtungen bzw. so genannten „ungeklärten Mordfällen“. Die kurdische Bewegung unternahm in diesen Jahren mehrere Anläufe, um einen Waffenstillstand zu erreichen. Mehrmals erklärte sie einseitig Feuerpausen. 1999 wurde der PKK-Anführer Öcalan im Rahmen der Nahost-Gleichung der USA gefasst und in die Türkei gebracht. Auch seine Appelle nach einer friedlichen Lösung blieben unbeantwortet.

In dieser Zeit wurde die kurdische Frage von den USA und den kapitalistischen Staaten in Europa in ihren Beziehungen zur Türkei immer wieder als Verhandlungsmasse eingesetzt. Die USA zogen in ihren Nahost-Plänen immer wieder die PKK-Karte und die EU brachte die Frage der „Demokratisierung“ ins Spiel, um im „EU-Integrationsprozess“ Druck auf die Türkei auszuüben.

Die kurdische Frage in der AKP-Erdogan-Ära

Im Jahre 2002 hatte die AKP die Parlamentswahlen für sich entschieden. Es war eine Zeit, in der bewaffnete Auseinandersetzungen ausgeblieben waren, weil die PKK nach der Inhaftierung Öcalans 1999 einseitig den „Waffenstillstand“ erklärt hatte. Allerdings nutzten die AKP und Erdogan die Situation nicht für die Suche nach einer demokratisch-friedlichen Lösung. Vielmehr wollte er die Frage aussitzen. Als er auf seiner Russlandreise von einem aus der Türkei stammenden kurdischen Arbeiter nach seinen Plänen in der kurdischen Frage gefragt wurde, lautete die Antwort Erdogans: „Wenn Sie sich keine Gedanken darüber machen, gibt es auch keine kurdische Frage.“ Allerdings kündigte die PKK am 1. Juni 2004 den fünf Jahre anhaltenden Waffenstillstand auf. So war es Erdogan nicht mehr möglich, das Problem auszusitzen oder nicht daran zu denken.

2003 wurde nach dem US-Einmarsch in den Irak die Autonome Region Kurdistan (ARKI) ausgerufen, was den Prozess der weiteren Verknüpfung der kurdischen Frage mit den Entwicklungen im Nahen Osten beschleunigte. Am 1. März 2003 lehnte das türkische Parlament einen Antrag der Regierung ab, den USA bei ihrer Intervention im Irak das türkische Territorium zu öffnen, was zu Spannungen in den türkisch-amerikanischen Beziehungen führte. Die USA verfolgten angesichts der neu entstandenen Bedingungen in der Region das Ziel, die Türkei und die ARKI im eigenen Interesse einander anzunähern. Für die Umsetzung dieses Plans hatte man in der kurdischen Frage einen zweipoligen Plan geschmiedet. Einerseits sollte im Rahmen der weiterentwickelten Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der ARKI

eine Politik verfolgt werden, mit der man in der kurdischen Frage Erwartungen wecken konnte. Andererseits sollten Schritte zur Vernichtung der PKK und von legalen kurdischen politischen Kräften unternommen werden, damit der türkische Staat bei dieser Lösung die Fäden in den Händen hält. Dieser Prozess, den man als „Öffnung“ bezeichnete, wurde zunächst weiterverfolgt und endete mit der Offenlegung der Geheimverhandlungen zwischen dem türkischen Geheimdienst MIT und der PKK. Verantwortlich für dieses Leak war die Koalitionspartnerin Gülen-Gemeinde, die 2011 von den in Oslo geführten Gesprächen berichtete. Mit diesem Coup hatte sie die Übernahme der Führung durch den MIT geplant.

Die Intervention der AKP-Erdogan-Regierung in Syrien und deren Folgen in der kurdischen Frage

Die AKP-Erdogan-Regierung, die bei der Intervention in Libyen Gastgeberin für das NATO-Hauptquartier war, versuchte auch in Syrien eine führende Rolle zu spielen. Dabei verfolgte sie das Ziel, in den früheren Einflussgebieten des Osmanischen Reichs wieder das Sagen zu haben und bei den Verteilungskämpfen im Nahen Osten ein großes Stück vom Kuchen abzubekommen. Diese Politik, die man auch als „Neoosmanismus“ bezeichnet, erhielt durch eine subtile Rhetorik (führende AKP-Politiker*innen stießen einen Diskurs über das Freitagsgebet in der Umayyaden-Moschee in Damaskus an) auch den Touch eines Konfessionskonflikts (Die Intervention wurde unterschwellig als eine Bewegung der Muslimbrüderschaft gegen Assad dargestellt, der der islamischen Konfession Alevitentum angehört). Im Zuge dieser Politik kamen aus allen Ländern der Welt dschihadistische Milizen nach Syrien und standen im Kampf gegen das syrische Regime an vorderster Front.

Eine weitere wichtige Folge der Interventionspolitik in Syrien waren die autonomen Kantone der Kurd*innen im syrischen Norden, die sie im Sommer 2012 infolge der Entwicklungen und damit wechselnden Gleichgewichte errichtet hatten. So platzte der Traum Erdogans, der in spätestens sechs Monaten die syrische Führung stürzen und zum Frei-

tagsgebet in die Umayyaden-Moschee einziehen wollte. Den neu entstandenen Konstellationen entsprechend sah er sich gezwungen, ab Januar 2013 auf der Gefängnisinsel Imrali die Gespräche mit Öcalan wieder aufzunehmen.

Die Erdogan-Regierung verfolgte in diesem Prozess, dem man den Namen „Lösungsprozess“ gegeben hatte, hauptsächlich zwei Ziele: Erstens wollte er die kurdische Bewegung durch die Anerkennung einiger Individualrechte auf seine Seite ziehen, um die Unterstützung der Kurd*innen für die Verwirklichung seines Traums vom Präsidialsystem zu bekommen.

Zweitens wollte er die kurdische Bewegung in Syrien, die eine Öcalan-treue Linie verfolgt, mit den von ihm unterstützten radikal-islamistischen Kräften zusammenbringen, um so die syrische Führung zu stürzen und selbst zu einer regionalen Führungsmacht zu werden.

Allerdings führten die Gespräche mit Öcalan zu Ergebnissen, die im völligen Gegensatz zu den Erwartungen von AKP und Erdogan standen.

Einerseits ermöglichte diese Zeit der Waffenruhen der kurdischen Bewegung ihre Anerkennung als legitime Ansprechpartnerin und ihre Stärkung auf der politischen Bühne. Der Co-Vorsitzende der HDP, Selahattin Demirtaş, hatte die Haltung seiner Partei bei der Parlamentswahl vom 7. Juni 2015, zu der sie als Bündnis mit anderen demokratischen Kräften angetreten war, mit einem Satz auf den Punkt gebracht: „Wir werden deine Wahl zum Präsidenten verhindern!“ So musste Erdogan seinen Traum aufgeben und die AKP verlor bei der Wahl die absolute Mehrheit.

Andererseits wurde mit der Unterstützung der internationalen, von den USA angeführten Koalition gegen den IS die Belagerung des Kantons Kobanê durch den radikal-islamistischen IS zurückgeschlagen. Diesen hatte man unterstützt, um die von den syrischen Kurd*innen de facto errichteten „autonomen Kantone“ auszuradieren.

Beide Ziele, die Erdogan bei den Verhandlungen mit Öcalan verfolgt hatte, konnten nicht erreicht werden. So beendete er den Verhandlungsprozess und gab wieder den Weg frei für den bewaffneten Konflikt.

In dieser Zeit beschloss die PKK, den Krieg in die Städte zu tragen,

um die „Autonomie de facto zu verwirklichen“. Mit ihrer Entscheidung machte sie es wiederum der Erdogan-Regierung leicht, die demokratisch-legale kurdische Bewegung aufzulösen. Kurdische Kommunen wurden unter Zwangsverwaltung gestellt, Tausende kurdische Politiker*innen, darunter Parteivorsitzende, Abgeordnete und Bürgermeister*innen wurden verhaftet.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, den diese „in die Städte getragenen Kriege“ offenlegten, bestand in der Haltung der EU, die ihre „demokratischen Kriterien“ änderte und ihren politischen Kalkulationen anpasste. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zeigte sich bei der Anwendung seiner „Grundsätze zur Verteidigung des Menschenlebens und der Grundrechte und -freiheiten“ scheinheilig. Die EU, die je nach Interessenslage Druck auf die Führung der Türkei ausübt, um die „Demokratisierung“ des Landes voranzutreiben, spielte angesichts der Menschenrechtsverletzungen und der Ermordung von Hunderten von Menschen, darunter viele Ältere und Kinder, die berühmten drei Affen. Schließlich wollte Bundeskanzlerin Merkel den Flüchtlingsdeal mit Erdogan nicht gefährden und verhindern, dass er das Thema Flüchtlinge als Trumpf ausspielt. In offensichtlichen Fällen begnügte sie sich damit, ihre „tiefe Besorgnis“ auszusprechen. Appelle an den EGMR zur Rettung von tausenden Zivilisten in Kellerräumen wurden einfach übergangen. Somit machte sich die EU zur Komplizin bei tausenden Morden an Zivilisten.

Die Partnerschaft der Gülenisten, die in den Jahren 2002-2013 an der AKP-Regierung Erdogans beteiligt waren, endete mit dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 (fortan nannte man sie nur noch Fethullahistische Terrororganisation, FETÖ). Damit wurde die Grundlage für den Ausnahmezustand errichtet, unter dem Erdogan die seit langem ersehnten Voraussetzungen schuf, um den Weg in das Präsidialregime einzuschlagen. Der Ausnahmezustand, den man unter dem Vorwand der Verfolgung von Putschisten verhängte, diente vor allem als Legitimation einer breit angelegten Verfolgung der kurdischen Bewegung und jeglicher Opposition.

In dieser Zeit startete die Erdogan-Führung unter dem Namen „Schutzschild Euphrat“ eine vermeintlich gegen den IS gerichtete Militäroperation, mit der sie in Wahrheit die syrischen Kurd*innen bekämpfte. Dabei bediente sie sich des Konflikts zwischen den USA einerseits, die die Kurden unterstützen, und Russland andererseits, das an der Seite des syrischen Regimes stand. Die Einsätze gegen die Kurd*innen in Syrien wurden mit der Operation „Olivenzweig“ in Afrin und mit der Militäroperation „Friedensquell“ östlich des Euphrats fortgesetzt.

Der Ausnahmezustand im Land, mit dem sämtliche demokratischen Rechte ausgesetzt wurden, sowie die gegen die Kurd*innen gerichteten Militäroperationen jenseits der Landesgrenzen schufen die Bedingungen dafür, dass die rechtsgerichtete nationalistische MHP Erdogan in seinen Bestrebungen zur Einführung des Präsidialsystems unterstützte und dass aus der AKP und der MHP die faschistische „Volksallianz“ gegründet wurde. Nach dem Verfassungsreferendum 2017 und den Parlamentswahlen 2018 wurde unter dem Deckmantel eines Präsidialsystems ein repressives, antidemokratisches „Ein-Mann-Regime“ installiert und in einen Verfassungsrahmen gesteckt.

Aktuell setzt die faschistische „Volksallianz“ die Politik einer totalen Offensive fort, um in der Türkei ein faschistisches Regime zu installieren. Zu diesem Zweck wird im Ausland eine Politik verfolgt, die auf Expansion und Kriegstreiberei basiert. Im Inland versucht man sämtliche demokratischen Rechte abzubauen. Die Vernichtung der kurdischen politischen Bewegung ist ebenfalls Teil dieser Bestrebungen.

Vorschläge zur Lösung der kurdischen Frage

Aus Sicht der Erdogan-Regierung stellen die Errungenschaften der Kurd*innen jenseits der Grenzen eine Bedrohung dar. Diese Haltung entspricht ihrer repressiven Kurdenpolitik und ihren Bestrebungen zur Vernichtung der kurdischen politischen Bewegung. Mit ihren Operationen möchte die Erdogan-Regierung diese Gefahr aus der Welt schaffen. So versuchte sie, den Konflikt zwischen den USA und Russland für sich zu nutzen. Sie versuchte die USA, die im eigenen Interesse eine Koope-

ration mit den Kurd*innen eingegangen sind, zur Aufgabe ihrer Zusammenarbeit und ihrer Beziehungen mit den kurdischen Völkern zu bewegen. Andererseits unternahm sie den Versuch, die Bemühungen Russlands um eine politische Lösung zwischen den Kurd*innen in Syrien und der syrischen Regierung zu behindern. Allerdings führten die türkischen Interventionen in Syrien und im Irak nicht zum gewünschten Ergebnis. Ganz im Gegenteil erreichte die Erdogan-Regierung damit lediglich die Ausweitung der Probleme auf ein größeres Gebiet, die Einmischung weiterer Akteur*innen und folglich die Verschärfung der bestehenden Probleme.

Abschließend bleibt festzuhalten: Wie eingangs hervorgehoben, ist in der Gesamtbetrachtung eine Lösung der kurdischen Frage nur möglich, wenn man den Kampf gegen das Ein-Mann-Regime mit seiner faschistoiden Politik im Inland und einer expansionistischen Kriegstreiberei im Ausland verstärkt.

In diesem Sinne brauchen wir für eine demokratisch-friedliche Lösung der kurdischen Frage:

- Ein Ende der grenzüberschreitenden Interventionspolitik und einen Rückzug der Soldat*innen, die im Rahmen der Operationen in Syrien und im Irak stationiert sind.
- Die Zusammenarbeit mit den dschihadistischen Milizen, derer man sich im Interesse dieser Politik bedient und die für sämtliche Völker der Welt eine Bedrohung darstellen, muss sofort beendet werden. Die dschihadistischen Milizen sind zu entwaffnen und vor Gericht zu stellen.
- Die Politik der Unterdrückung und Vernichtung der kurdischen politischen Bewegung muss sofort eingestellt werden. Für die friedliche Lösung der kurdischen Frage muss ein neuer Dialog- und Verhandlungsprozess gestartet werden.

- Die Hürden für eine muttersprachliche Bildung müssen beseitigt werden.
- Menschen, die im Zuge des Konflikts zum Verlassen ihrer Häuser gezwungen wurden und Schäden erlitten haben, müssen entschädigt werden und es muss ihnen auf Wunsch eine Rückkehr ermöglicht werden.
- Die Entscheidung darüber, in welchem legalen Status sie leben möchten, muss im Rahmen eines Referendums den Kurd*innen überlassen werden.
- Sämtliche demokratischen Rechte und Sicherheiten sind mithilfe einer demokratischen Verfassung sicherzustellen, die unter Beteiligung aller Gesellschaftsgruppen ausgearbeitet werden muss.

Die Türkei im Fokus von Migration und Flucht

Ercüment Akdeniz

Nach offiziellen Angaben leben aktuell 3,6 Mio. Geflüchtete aus Syrien in der Türkei. Zählt man die nicht gemeldeten syrischen Geflüchteten mit, liegt ihre Zahl bei ca. vier Mio. Die Zahl der Geflüchteten und Migrant*innen aus anderen Ländern beträgt mindestens eine Million.

Weil die Türkei die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nur mit einem so genannten „geografischen Vorbehalt“ unterzeichnet hat, werden die aus den östlichen Ländern kommenden Migrant*innen nicht als Geflüchtete anerkannt. Die Syrer*innen in der Türkei erhalten daher im Rahmen des „subsidiären Schutzes“ einen unsicheren Aufenthaltsstatus. Allerdings wurde aus der Subsidiarität ein fester Aufenthalt. Durch den Rückzug der UN aus der Türkei wurde die Zuständigkeit vollständig in die Hände der Generaldirektion für Migration beim Innenministerium übertragen, was die Asylverfahren weiter erschwerte. Die Industrieländer der Welt, so auch die EU, sehen die gesamte Türkei als ein Auffanglager für Geflüchtete und versuchen durch Hilfsfonds diese Strategie als „nachhaltig“ festzuschreiben. Dabei widerspricht der aktuelle Zustand sowohl der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als auch dem internationalen Recht. Auch das EU-Türkei-Abkommen über die Rücknahme von Geflüchteten kommt der Abschaffung des Rechts auf Asyl gleich.

Die Ausbeutung der migrantischen Arbeitskraft und Arbeitsmorde¹

Nach Berichten der Versammlung der Arbeitergesundheit und Arbeitssicherheit steigt der Anteil von durch Arbeitsunfälle getöteten Migrant*innen und Geflüchteten an der Gesamtzahl von verstorbenen Migrant*innen und Geflüchteten stetig. Denn durch die informelle Beschäftigung von Migrant*innen und Geflüchteten verdienen sich viele Unternehmen eine goldene Nase.

Seit dem Beginn des Kriegs in Syrien im Jahre 2011 wurden über 500 Geflüchtete bei Arbeitsunfällen getötet. In Ankara und Urfa wurden die Leichen der Opfer von Arbeitsmorden vor Betriebsgeländen bzw. Baustellen abgeladen, damit die Arbeitgeber*innen einer Bestrafung entkamen.

Aktuell ist die überwiegende Mehrheit der geflüchteten Arbeiter*innen in unsicheren Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Das Gesetz, das die Beschäftigung von Ausländer*innen regelt, schließt die rechtlosen Arbeiter*innen von gesicherter Beschäftigung aus und liefert sie der Willkür von Arbeitgeber*innen aus. Und mit dem neuen Gesetz, das die syrischen Arbeiter*innen in der Landwirtschaft von der Beantragung der Arbeitserlaubnis befreit, wurden die letzten Hindernisse vor ihrer informellen Beschäftigung ausgeräumt. Die EU schweigt angesichts dieser Ausbeutung nach Wildwestmanier. Kinder nähen in kleinen Hinterhofwerkstätten in Textilien Etiketten mit der Aufschrift „in der EU produziert“ ein. Selbst wenn die Auftraggeber nicht EU-Unternehmen sind, sorgen Vermittler*innen für derartige Auftragsvergaben an entsprechende Subunternehmen.

Geflüchtete in der Pandemie

Von den UN, aber auch vom türkischen Staat gab es bis dato keine nennenswerten Erklärungen oder Studien zu den Auswirkungen der Pandemie auf das Leben der Geflüchteten. Auch die Medien widmeten sich kaum diesen unsichtbaren Opfern der Pandemie.

¹ Anm. d. Übers.: In der Türkei hat sich die Bezeichnung „Arbeitsmorde“ etabliert. Insbesondere in Gewerkschaftskreisen werden mit dieser Bezeichnung tödliche Arbeitsunfälle beschrieben.

In den meisten Fällen wenden sich Geflüchtete nicht an Krankenhäuser, weil sie eine eventuelle 14-tägige Quarantäne und damit verbunden den Verlust ihrer Arbeit und folglich eine Abschiebung in ihr Land befürchten. Sie werden nach eigenen Angaben vor die Wahl gestellt, „an Corona zu sterben oder zu verhungern“. Ihr ganzes Leben, zu dem sie verurteilt sind, spielt sich zwischen der Wohnung und der Arbeitsstätte ab. Selbst für Lebensmittel können sie immer weniger ausgeben. Hygieneartikel sind für sie genauso unerreichbar wie Baby-nahrung und Windeln. Die Corona-Zeit versuchen sie mit Krediten zu überbrücken.

In der Türkei leiden also knapp fünf Mio. Geflüchtete und Migrant*innen an Hunger und 1,4 Mio. von ihnen wurden Zahlungen aus der Arbeitslosen- und der Sozialversicherung verwehrt, weil 99 Prozent von ihnen nicht versichert waren. Der Arbeiter Ali El Hemdan, der vor einer Polizeikontrolle flüchtete, wurde von Polizisten ermordet. Die Migrant*innen und Geflüchteten wurden also in der Türkei, die durch ihren Einsatz für die EU zu einem „neuen Bangladesch“ oder „neuen China“ wurde, unter den Pandemie-Bedingungen fast völlig unsichtbar.

Die Ereignisse von Pazarkule

Im Februar 2020 wurden bei einem Angriff auf Einheiten der türkischen Armee in Syrien 33 Soldaten getötet. Kurz danach zeigte der türkische Präsident Erdogan auf die Landesgrenzen zur EU und sagte, die Übergänge seien offen und würden niemals wieder geschlossen. Diese Ankündigung führte dazu, dass Tausende von Migrant*innen und Geflüchtete nach Edirne aufbrachen.

Sie machten sich auf den Weg zum Grenzübergang. Im ganzen Land tauchten Schlepper auf und versprachen den Migrant*innen, die ihre Arbeit aufgegeben und ihr ganzes Hab und Gut verkauft hatten, die Einschleusung in die EU. Ihr Ziel war der Grenzübergang „Pazarkule“. Die Tore dort blieben jedoch geschlossen und würden sie niemals durchlassen.

Die Frage, warum man die Geflüchteten an den Grenzübergang verfrachtet hatte, obwohl man wusste, dass die Tore geschlossen bleiben

würden, wurde in den Mainstream-Medien nicht aufgeworfen. Dabei hatte man dieselben Hoffnungen bereits 2015 geweckt und sie beim so genannten Flüchtlingsdeal als Verhandlungsmasse eingesetzt. Allerdings waren die Tore auch damals verschlossen geblieben. Syrische Geflüchtete, die ihre Lehren aus dieser Erfahrung gezogen hatten, stürmten 2020 nicht an den Grenzübergang. Es waren eher die Geflüchteten aus Afghanistan, Pakistan, Bangladesch, dem Irak und afrikanischen Ländern, die dem Aufruf gefolgt waren.

Zu den Geflüchteten, die man unter den Pandemie-Bedingungen dem Ansteckungsrisiko ausgeliefert und der Gewalt der griechischen Sicherheitskräfte ausgesetzt hatte, gehörte auch der Syrer Nader Al-monla. Er ertrank im Fluss Evros, sein Leichnam wurde nicht gefunden. Geflüchtete die im Niemandsland am Grenzübergang ihrer Träume beraubt wurden, steckte man in den Rückführungszentren in eine 14-tägige Quarantäne, ohne sich weiter um sie zu kümmern. Für ihre Rückfahrt wurden keine Busse mehr gechartert, die man für die Hinfahrt noch kostenlos organisiert hatte. In den Verhandlungen zwischen der Türkei und der EU sollten sie zeitweise nicht als Verhandlungsmasse instrumentalisiert werden. Eine Zeit lang wollte man keine Bilder präsentieren, die sie in Pazarkule oder der Ägäis als „Kanonenfutter in einer Schlacht“ zeigten.

Neue Todesroute: Der Van-See

Die Pandemie führte zu einem Rückgang von illegalen Grenzübertritten. Sobald die Maßnahmen gelockert wurden, ging ihre Zahl wieder hoch. Die weltweit drittlängste Mauer steht an der türkischen-syrischen Grenze. Deshalb nutzen immer mehr Geflüchtete die türkisch-iranischen Grenzübergänge in Van. Die Zahl der Berichte von erfrorenen oder im Van-See ertrunkenen Geflüchteten steigt beständig.

Aus einem am 27. Juni gekenterten Boot wurden die Leichen von 61 Geflüchteten geborgen. Die tatsächliche Opferzahl liegt wahrscheinlich viel höher. In einem Bericht des Migrations- und Fluchtbüros der Anwaltskammer Van wird beschrieben, wie die Schlepper die Stadt zu

ihrem Stützpunkt gemacht haben. Die Grenzbeamten werden darin zur Abgabe einer Vermögenserklärung aufgefordert. Der Bericht wirft nicht nur die Frage nach ihrer Rolle, sondern auch nach den Folgen der Schließung des UNHCR-Büros in Van und nicht zuletzt der türkischen Flüchtlingspolitik auf. Und leider stoßen die Toten von Van nicht auf ein so starkes Medieninteresse wie die Toten in der Ägäis oder im Mittelmeer.

Diskriminierung, Rassismus und Gewalt

Leider steht die Türkei bei Gewalttaten und Lynchjustiz gegen Geflüchtete ganz oben auf der Rangliste. In den letzten Jahren kam es zu drei großen Ausbrüchen von Lynchjustiz. 2014 und 2016 wurden nicht nur Einzelpersonen, sondern größere Menschengruppen Opfer von Übergriffen. Zu dem Gewaltausbruch von 2016 kam es, nachdem die Regierung ihre Pläne für die Einbürgerung von Syrer*innen angekündigt hatte. Auch 2019 und 2020 kam es zu einer Welle von Gewalt.

Folgende Aufzählung verdeutlicht das Ausmaß der Gewalt:

15. Juli 2020: Der Syrer Hamza Acan (17), der in Bursa in einer Fladen-Bäckerei arbeitete, sollte bei einem Streit mit einer syrischen Kollegin als Dolmetscher vermitteln. Als er die Händler aufforderte, die Beleidigungen der Frau zu unterlassen, wurde er getötet. Nur einer der vier verhafteten Brüder war volljährig.

26. Juli 2020: In der Stadt Kırıkhan, Provinz Hatay, wurden fünf syrische Schüler angegriffen, als sie einen Vorbereitungskurs verließen. Die Angreifer drohten ihnen mit dem Tod, wenn sie das Land nicht verlassen würden. Die Behandlung des 17-jährigen Enes Hassani, der bei der Attacke eine Hirnblutung erlitt, dauert bis heute an.

26. Juli 2020: Im Istanbuler Bezirk Küçükçekmece wurde der 19-jährige syrische Bauarbeiter von Unbekannten überfallen und erlitt Schnittwunden am Bein. Der Angreifer drohte damit, jeden Syrer abzuschlachten, auf den er trifft.

11. August 2020: In der Stadt Dargeçit, Provinz Mardin, wurde der syrische Arbeiter Muayyid El Milhim (24) bei der Arbeit mit einem Luft-

gewehr erschossen. Der Mörder gab als Grund für seine Tat an, der Syrer habe es wegen Zeitmangels abgelehnt, Parkettverlegearbeiten in seiner Wohnung zu übernehmen.

16. August 2020: Im Istanbuler Bezirk Zeytinburnu schoss ein Betrunkener auf sechs syrische Arbeiter, die sich am Strand entspannen wollten. Der 21-jährige Arbeiter Abdulkadir Davud erlag am Tatort seinen Schussverletzungen.

23. August 2020: In Adana wurde der syrische Geflüchtete Selahattin Elhasan Elcunid (27) von einer Person erschossen, mit der er sich zuvor gestritten hatte.

Eine große Rolle spielt bei diesen Übergriffen die Hatespeech in der Politik und den Medien. Laut Meinungsforschungsinstituten wie KONDA und Istanpol verdrängen Hass und Gewalt die Schuldgefühle, die man bezüglich der Geflüchteten hatte. Wirtschaftskrise und Pandemie und damit einhergehend steigende Arbeitslosigkeit und Armut fördern als weitere sozioökonomische Faktoren diese Entwicklung.

Ausblick in die nahe Zukunft

In der Türkei kommen in den Geflüchtetenfamilien täglich 400 Kinder zur Welt. Die Zahl der in der Türkei geborenen Migrantenkinder liegt inzwischen bei über einer halben Million. Auch wenn die älteren Geflüchteten eine Rückkehr nach Syrien wünschen, ist dies aus Sicht der jüngeren Generation nicht realistisch. Ebenso zwingen Wirtschaftsprobleme viele Familien zu einem Leben in der Türkei. Für viele ist eine Rückkehr erst in Frieden und Sicherheit möglich. Dass die Türkei, aber auch die EU und die UN die Situation als ein „vorübergehendes Problem“ einstufen, erschwert eine dauerhafte Lösung und ebnet den Weg zu Polarisierung, Fremdenfeindlichkeit und gesellschaftlichem Leid.

Die türkische Wirtschaft: Viele Unwägbarkeiten und tiefe soziale Probleme

Bülent Falakaoğlu

Die türkische Wirtschaft war mit optimistischen Erwartungen in das Jahr 2000 gestartet. Man war davon ausgegangen, dass man die Krise der Jahre 2018-19 hinter sich gelassen hätte und dass das neue Jahr Wirtschaftswachstum bringen würde. Türkische Kapitalisten, aber auch internationale Finanzinstitute¹ hatten vielversprechende Erwartungen. So wuchs das Bruttoinlandsprodukt – vom qualitativen Inhalt dieses Wachstums abgesehen² – auch im ersten Viertel dieses Jahres um 4,5 Prozent. Allerdings führte die Pandemie, die vor der Verkündung des Endes der bestehenden Krise einsetzte, zu einem neuerlichen Zusammenbruch. Im zweiten Quartal schrumpfte die Wirtschaft nach offiziellen Berechnungen um 9,91 Prozent³. Allerdings bestehen auch bei diesen Berechnungen Zweifel daran, ob sie den Rückgang im Industrie- und Dienstleistungssektor realistisch wiedergeben. Dabei entsprechen sie dem zweithöchsten Quartalsrückgang in der Geschichte der türkischen Wirtschaft.

¹ <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2019/03/28/world-economic-outlook-april-2019>

² Die festen Kapitalinvestitionen gingen in dieser Zeit um 1,4 Prozent zurück. Das durch kreditfinanzierten Privatkonsum und öffentliche Investitionen erreichte Wachstum wurde als „nicht nachhaltig“ kritisiert.

³ Die Wirtschaft schrumpfte also stärker als in der Krise von 2001. Damals sprach man angesichts eines Wachstumsrückgangs von 9,88 Prozent von einem „Ruin in der Wirtschaft“.

Natürlich ging man von einer pandemiebedingten, starken Rezession aus. Allerdings wäre es irreführend, würde man den derzeitigen Wachstumsrückgang ausschließlich auf die Pandemie zurückführen. Dafür reicht ein kurzer Blick auf die Situation vor dem Ausbruch der Pandemie. Prä-pandemische Gesellschafts- wie Wirtschaftsdaten legten offen, welche Tragödie und schwerwiegenden Probleme im Kapitalismus der Türkei herrschen.

Im Februar 2020, also bevor die Pandemie ihre Auswirkungen zeigte und einige Branchen ihre Aktivitäten einstellen bzw. einschränken mussten, stand rund die Hälfte der Erwerbsfähigen aus diversen Gründen jenseits des Arbeitsmarktes. Die Zahl der Nichterwerbstätigen stieg im Zeitraum August 2018 bis Februar 2020 um 3,5 Mio., und der Anteil der Nichterwerbstätigen in der Erwerbsbevölkerung kletterte von 45 auf 50 Prozent. Nach Ausbruch der Pandemie stieg dieser Anteil weiter an. Insbesondere bei Frauen und Jugendlichen war ein sehr starker Anstieg zu verzeichnen. Bestehende Probleme wie Armut oder Einkommensungleichheit wurden größer.

Wie die Zahlen vor der Pandemie zeigen, gehörte die Türkei zu den Ländern mit der fragilsten Wirtschaft. Wie Abbildung 1 zeigt, war die

Auslandsschulden Anteil an BIP (%)

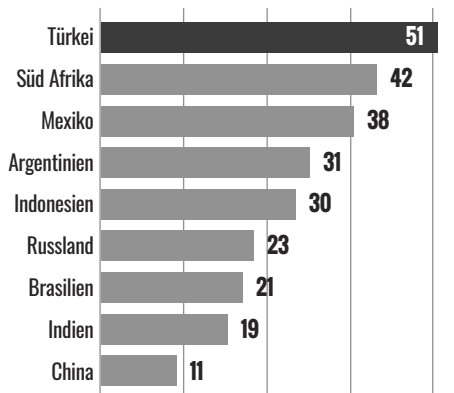


Abb. 1

Türkei eines der Länder, in dem die kurzfristigen Auslandsschulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt am höchsten waren. Dagegen hatte sie im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt die niedrigsten Devisenreserven (s. Abb. 2). Die Devisenreserven der Türkischen Zentralbank reichten nicht aus, um die kurzfristigen Schulden des Landes zu tilgen. Aus die-

sem Grund wurde die Türkei auf der Liste der fünf Länder „mit der fragilsten Wirtschaft“ aufgeführt. Deshalb stuften die Ratingagenturen die Türkei auf das Niveau „nicht kreditwürdig“ herunter.

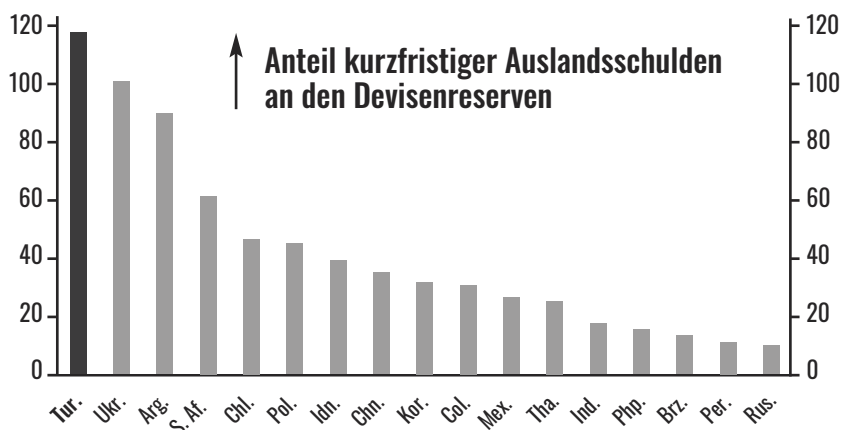


Abb. 2

Beim Ausbruch der Pandemie betrugen die Schulden der Türkei, die sie binnen Jahresfrist zu tilgen hatte, 170 Mrd. US-Dollar und sie verfügte nicht über ausreichende Devisenreserven. Eines der größten Probleme der türkischen Wirtschaft liegt in der hohen Verschuldungsrate des Privatsektors. Auf der Liste der Länder mit der höchsten Verschuldungsrate der Privatwirtschaft teilte sie sich gemeinsam mit Hong Kong und China die ersten drei Plätze. Die Schulden der Unternehmen der Realwirtschaft betrugen 80 Mrd. Dollar, weshalb die Wechselkurschwankungen eine der größten Gefahren für die Privatwirtschaft darstellten. Ihr schlechtes Rating zwang die Türkei zur Aufnahme von Krediten zu überhöhten Zinsen, die teilweise zehn Prozentpunkte über den US-Staatsanleihen lagen. Und dies erschwerte ihre wirtschaftliche Situation zusätzlich.

Der Kampf gegen die aktuelle Pandemie wird, wenn man manchen Kommentator*innen Glauben schenkt, „zu Folgen in der Wirtschaft führen, die etwa so groß wie bei der Krise von 1929 sein dürften“. Und

in diese Pandemie trat die Türkei mit einer fragilen Wirtschaft ein, der sie mit folgenden Maßnahmen begegnete:

- Zur Belebung der Wirtschaft wurden billige Kredite vergeben⁴.
- Unternehmen wurden Fördermittel ausgezahlt.⁵
- Um neue Mittel bereitstellen zu können, nahm man neue Kredite auf und druckte immer wieder frisches Geld nach.⁶
- Maßnahmen und Rhetorik, die man aus dem Ausland kannte, importierte man in die Türkei: Anstelle die auf Devisenmangel zurückzuführenden Probleme zu lösen, erschwerte man den Import, den Devisenhandel und führte neue Kapitalkontrollen ein.⁷
- Der autoritäre Druck auf Arbeiter*innen wurde verstärkt: Man verstärkte die Ausbeutung von nicht organisierten, billigen Arbeitskräften. Ein konkretes Zeichen für die Erhöhung des autoritären Drucks war die Sonderregelung, dass breite Teile der Beschäftigten von den Eindämmungsmaßnahmen gegen das Coronavirus ausgenommen wurden.

Die Maßnahmen zur Überwindung der Krise führten mit der Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen im Juli zu einer Belebung der Wirtschaft. Damit erreichte man im Zeitraum Mai-August rund 75 Prozent des Wirtschaftsniveaus vor dem Ausbruch der Pandemie. Ab September bremste die Erholung jedoch wieder ab und folgende Nebenwirkungen der Maßnahmen traten zutage:

⁴ Wegen des Drucks der Regierung wurde der Negativzins angewendet. Die Staatsbanken verbilligten ihre Verbraucherkredite (z.B. für Kfz, Immobilien, Handels- und andere Ausgaben), um eine auf Konsum fokussierte Wirtschaftsstruktur aufzubauen.

⁵ Im Rahmen der Förderpakete wurde den Unternehmen zur finanziellen Entlastung eine Reihe von Erleichterungen gewährt. Die Steuerschulden wurden aufgeschoben, die Löhne der Beschäftigten aus dem staatlichen Arbeitslosenfonds bezahlt.

⁶ In den ersten sieben Monaten von 2018 betrug die Nettoverschuldung des Fiskus 30 Mrd. TL (Türkische Lira) und stieg in den ersten sieben Monaten dieses Jahres auf 211 Mrd. TL. Mit Ausnahme der einmaligen Einkünfte entstand in den ersten sieben Monaten von 2020 ein Haushaltsloch von 133 Mrd. TL. Aufgrund des fleißig gedruckten Frischgelds stiegen die Ausgaben rasant. Während am 31. Januar des Jahres 155 Mrd. Lira im Umlauf waren, stieg dieser Betrag Ende Juli um 65 Prozent auf 240 Mrd. Lira.

⁷ Die Maßnahmen wurden begleitet von einer protektionistischen und developmentalistischen Propaganda, die den Aufbau eines technologieorientierten Industriesektors, die Förderung von nationaler Produktion etc. versprach.

- Der auf billigen Krediten beruhende Konsum wurde schwächer. Der Automobil- und Immobilienverkauf ging zurück.
- Die quasi „gewaltsam“ heruntergedrückten Zinsen gingen wieder hoch.
- Die Verschuldung schoss durch die Decke. Während der Krise im Jahre 2002 mit ihrem schweren Schlag gegen die türkische Wirtschaft waren die Staats- und Privatschulden im In- und Ausland auf 364,5 Mrd. Lira gestiegen, was der Höhe des Bruttoinlandsprodukts entsprach. Heute haben sie einen Betrag von 6,815 Billionen Lira erreicht. Das entspricht 152,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.
- Die Schaffung von neuen Finanzmitteln durch Geldddrucken, durch Verschuldung und Kreditvergabe erzeugte einen Bumerangeffekt. Die Geldexpansion führte aufgrund der schwachen Wirtschaft nicht zu neuen Investitionen, sondern zu einem Run auf Devisen und somit zum Wertverlust der Lira. Dies wiederum verursachte einen Anstieg der Inflation.
- Neben dem Haushaltsloch kam es auch zu einem Leistungsbilanzdefizit. Um den Wechselkurs kontrollieren zu können, brauchte die Zentralbank ihre Devisenreserven auf. Alle drei Faktoren zusammen führten dazu, dass die Wirtschaftsfragilität weiter zunahm.

Trotz der developmentalistischen Ansprüche wurde die Abhängigkeit vom Ausland größer. Der Export entspricht inzwischen nur 75 Prozent des Importvolumens. 73,8 Prozent des Imports bestehen aus Zwischenzeugnissen. Das wiederum zeigte auf, dass großzügige Geschenke an das Kapital verteilt wurden, ohne ein konkretes Programm zur Wirtschaftsentwicklung aufgelegt zu haben.

Natürlich hat auch das Wachstumsmodell der AKP-Regierung eine die Wirtschaftsprobleme verschärfende Wirkung. In der Türkei wurde in den 2010er Jahren eine Investitions- und Wachstumsstrategie verfolgt, die auf den Bausektor (Mega-Projekte, Struktur und Wohnungsbau etc.) gestützt wurde. So wurde in den sieben Jahren vor der Wirtschaftskrise von 2018 ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts in der Baubranche

erwirtschaftet.⁸ Mit diesem Modell verfolgte die AKP-Regierung das Ziel, Rendite zu erwirtschaften und Mittel für befreundete Kapitalgruppen zu schöpfen. Der belebte Bausektor sollte auch die Zuliefererindustrie und den Arbeitsmarkt anregen. Allerdings sorgte dieses Modell nach einer Weile dafür, dass die Regierung quasi in die Abhängigkeit von der Baubranche rutschte. Diese Abhängigkeit nagte an der Wirtschaft und schließlich stieg die Auslandsverschuldung um das Doppelte des Bruttosozialprodukts. Auch hier betrug der Anteil der Baubranche, die ja kein produzierendes Gewerbe ist, ein Drittel.⁹

Auch die so genannten öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP), bei denen man hohe Gewinne zusicherte, fraßen große Löcher in den Staatshaushalt und lasten als schwere Hypothek auf der Zukunft des Landes. Man geht hier von einem Gesamtvolumen von 153,8 Mrd. US-Dollar aus, das im Rahmen der Zusicherungen für sämtliche Projekte zu zahlen sein wird.¹⁰ Weitere PPP-Projekte mit Gewinnzusicherungen sind in Planung. Im Jahre 2019 betrug das Gesamtsteueraufkommen 673 Mrd. Davon gab die Regierung 20 Mrd. für Projekte mit Gewinnzusagen aus. Allerdings stieg dieser Betrag in diesem Jahr wegen des Kurssturzes der Lira und der ausgebliebenen Nutzung der Anlagen um das Dreifache. Man schätzt, dass in einigen Jahren ein Fünftel des Steueraufkommens für die Projekte mit den Gewinnzusagen ausgegeben wird.

Obwohl diese Abhängigkeit die Krise vertieft, sind in jedem neuen Konjunkturpaket „Fördermaßnahmen für die Baubranche“ vorgesehen. Allerdings führten die zahlreichen „Konjunkturpakete“, die eine durch Staatsverschuldung finanzierte Unterstützung bzw. billige Kredite für

⁸ Im besagten Zeitraum stieg die gesamte Wirtschaftsgröße von 772 auf 851 Mrd. US-Dollar (also um einen Betrag von 78,6 Mrd. US-Dollar). Der Mehrwert, der durch den Bausektor geschaffen wurde, erreichte 73,2 Mrd. US-Dollar (es handelt sich also um einen kumulierten Anstieg von 26,1 Mrd. US-Dollar).

⁹ Im oben genannten Zeitraum, in dem ein Anstieg von 78,6 Mrd. Dollar erreicht wurde, stiegen die Auslandsschulden fast auf das Doppelte und betrugen 146 Mrd. US-Dollar.

¹⁰ Es wurden Einkommenszusicherungen von 81,2 Mrd. US-Dollar für städtische Kliniken, 37,4 Mrd. für diverse Verkehrsprojekte und 35,2 Mrd. für das Atomkraftwerk Akkuyu erteilt.

Kapitalgruppen und die Baubranche vorsahen, bei jeder Krise zum gleichen Ergebnis: Auf jedes Paket folgten eine vorübergehende Beruhigung und die Vertagung der Probleme. Auch die Maßnahmen mit dem Ziel, den Wertverlust der türkischen Lira aufzuschieben, führen jedes Mal zu Zinserhöhungen. Die aufeinander folgenden Konjunkturpakete dienen lediglich dazu, künftigen Konsum zeitlich vorzuziehen und künftige Einkommen zu belasten. Es bereitet also künftige Krisen vor.

Die türkische Wirtschaft ist allerdings am Ende dieser „Verschiebung der Lasten“ angekommen. Der Schmutz lässt sich nicht mehr unter den Teppich kehren. Die Regierung ist heute gezwungen, die Ausweitung der Kredite abzubremsen. Raten werden heruntergefahren, Zinsen erhöht. Wenn es keine neuen Kredite mehr gibt, werden die aufgeschobenen Probleme schmerzlich zum Tragen kommen.

Auch dem Realsektor steht eine schwierige Zeit bevor. Als die erste Welle der Pandemie über das Land hereinbrach, wurden Steuern gestundet, die heute gezahlt werden müssen. Auch die ersten Raten der bei der Krise von 2018 vergebenen Kredite, die in den ersten zwei Jahren noch nicht fällig wurden, müssen inzwischen zurückgezahlt werden. Inzwischen werden wieder Forderungen nach einer erneuten Stundung laut. Die anstehenden Verpflichtungen werden unumgänglich dazu führen, dass das Loch im Haushalt von 2020 größer wird. Damit verbunden ist ein bevorstehender Anstieg der öffentlichen Verschuldung, der eine Zinserhöhung zur Folge haben wird. Die Antwort der Türkei auf den Zusammenbruch von 2020 verursachte ein finanzielles Ungleichgewicht und bereitete auch den Boden für eine neue Finanzkrise.

Gesellschaftliche Risiken und Probleme werden ebenfalls größer. Die Arbeitslosigkeit ist inzwischen zu einem permanenten und von der Wirtschaftsleistung unabhängigen Problem herangewachsen. Die Arbeitslosenquote zeigt seit 2015 einen chronischen Anstieg und stieg von 10-11 Prozent zu Beginn der 2010er Jahre auf 13-14 Prozent vor der Pandemie. Wenn man Arbeitslose ohne Aussicht auf Beschäftigung, Saisonarbeiter*innen und kurzfristig Beschäftigte berücksichtigt, ergibt sich eine tatsächlich viel höhere Arbeitslosenquote. Bei der Jugend-

arbeitslosigkeit gehört die Türkei mit einer Quote von 25 Prozent weltweit zu den fünf Ländern mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit.¹¹

Die Armut nimmt zu, die Anzahl der Selbstmorde, die auf Verschuldung und Armut zurückzuführen sind, steigt immer weiter. Während die Lohnungleichheit steigt, geht die Geburtenrate aufgrund der Wirtschaftsprobleme zurück. Die Lasten, die man der Gesellschaft aufbürdet, werden immer schwerer. Die Interventionen in den Devisenmarkt wie beispielsweise die Umschichtung der Schulden auf die Staatskasse verschaffen zwar den verschuldeten Unternehmen eine Atempause, führen jedoch lediglich zu einer Vergesellschaftung der wirtschaftlichen Risiken von Unternehmen.

Die Krise der türkischen Wirtschaft wird, abgesehen von den obligatorischen Gesetzen des kapitalistischen Geschehens, von zwei Faktoren getrieben: zum einen die Abhängigkeit vom Ausland im Bereich der Industrie, des Marktes und der Finanzen, zum anderen das Regierungshandeln, das auch permanenten Krieg und Spannungen vorsieht. Aufgrund der Probleme, die das Wirtschaftsmodell der Türkei und ihr Krisenmanagement hervorrufen, werden sich länger anhaltende und tiefgreifendere Krisen und sich wiederholende Erholungsphasen stets abwechseln. Alles deutet darauf hin, dass der teure und seit langem anhaltende Teufelskreis von Auf- und Abschwung in nächster Zukunft nicht durchbrochen wird!

¹¹ Die Jugendarbeitslosigkeit lag nach offiziellen Angaben in den letzten fünf Jahren zwischen 21 und 29 Prozent und stieg während der Pandemie weiter an. Hier ist eine berechnete Durchschnittsrate von 25 Prozent angegeben.

Die Situation der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung

Wie sich Privatisierungen und Leiharbeit auf Gewerkschaften auswirken

Seyit Aslan

Die Gewerkschaftsbewegung in der Türkei erlebt derzeit die „schwächste Phase“ der letzten 20 Jahre. Einer der wichtigsten Gründe dafür liegt in dem Prozess der Privatisierung und des Einsatzes von Subunternehmen, der Anfang der 1990er Jahre begann. Mehrheitlich wurden die öffentlichen Produktionsbetriebe an den Privatsektor bzw. an internationale Konzerne verkauft. Als erstes wurden in diesen Betrieben die Gewerkschaftsvertretungen aufgelöst und ein Prozess der Entgewerkschaftlichung eingeleitet. Nicht verkaufte Betriebe wurden geschlossen, damit sie nicht in Konkurrenz mit dem Privatsektor treten konnten. So blieben nur wenige Betriebe in öffentlicher Hand. Und in den verbliebenen Unternehmen wurde die Zahl der Beschäftigten, die hauptsächlich Angestellte von Subunternehmen waren, auf ein Minimum reduziert. Infolge der jahrelang anhaltenden Privatisierung verloren schließlich die Gewerkschaften Hunderttausende Mitglieder. Da sie die von ihnen hinterlassene Lücke nicht durch Neumitglieder füllten konnten, fiel die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Zuge dieses erdrutschartigen Mitgliederverlusts unter das Niveau von vor 40 Jahren, obwohl im gleichen Zeitraum die Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahl stieg.

Arbeitsbedingungen von Arbeiter*innen

Nach offiziellen Angaben beträgt heute die Zahl der Arbeitnehmer*innen 14.251.655. Berücksichtigt man die informell Beschäftigten und die beschäftigten Geflüchteten, so kann man von über 30 Mio. Arbeitnehmer*innen ausgehen. Die informell Beschäftigten haben keinerlei soziale Absicherung und dürfen nicht einmal Gewerkschaften beitreten. Obwohl die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit bei 7,5 Stunden pro Tag liegt, müssen diese Arbeiter*innen täglich bis zu 10-14 Stunden arbeiten. Trotz dieser langen Arbeitszeiten sind die Löhne sehr niedrig, wobei der Verdienst von gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen etwas höher ausfällt. Das monatliche Einkommen von Arbeiter*innen, die in keiner Gewerkschaft sind, liegt bei durchschnittlich 2.400-2.600 Lira, also umgerechnet unter 300 Euro. Schwere Arbeitsbedingungen sowie Sklaverei und Zwangsarbeit wurden inzwischen zur Regel. Mit neuen Arbeitsmodellen und Leistungskriterien werden Arbeiter*innen in ein Wettrennen geschickt und die Produktion um ein Vielfaches gesteigert. Es gibt kaum Betriebe, in denen die Arbeitsbedingungen nicht gesundheitsschädigend wären. Die Betriebshallen werden nicht ausreichend gelüftet, Kantinen und Sanitäranlagen nicht entsprechend gereinigt. Für die Verpflegung der Beschäftigten werden nur wenig nahrhafte und billige Speisen bereitgestellt. Für den Shuttleservice setzen die Unternehmen aus Kostengründen veraltete und überfüllte Fahrzeuge ein. Rechnet man die An- und Abreise hinzu, steigt die tägliche Arbeitszeit auf 12-16 Stunden. Niedriglöhne und schwere Arbeitsbedingungen führen zu psychischen und physischen Krankheiten.

Das Gewerkschaftsrecht

Historisch gesehen gab es in der Türkei niemals ein demokratisches Gesetz, das tatsächlich gewerkschaftliche Rechte und Freiheiten, inklusive des Rechts auf Tarifverhandlungen und Streik, sicherstellte. Die bis dahin erkämpften Rechte wurden nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 im Wesentlichen abgeschafft. Das Gewerkschaftsgesetz mit der Nummer 2821 sowie das Streik- und Tarifgesetz mit der Nummer

2822, welche unter der Militärführung verabschiedet wurden, schränkten erkämpfte Rechte der Arbeiter*innen in hohem Maße ein. Um als Tarifpartner anerkannt zu werden, mussten die Gewerkschaften beispielsweise 10 Prozent der Beschäftigten in einer Branche organisieren, und darüber hinaus in über 40 Prozent der Unternehmen und in über 40 Prozent der Betriebe¹ Vertretungen haben. So wurde ihnen die Interessensvertretung de facto unmöglich gemacht.

Auch wenn diese Gesetze in der AKP-Ära teilweise geändert worden sind, geht das Verbot von gewerkschaftlicher Organisation weiter. Vor allem die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist staatlich stark reglementiert. Um einer Gewerkschaft beizutreten, muss sich jeder Beschäftigte auf der Webseite des Ministeriums registrieren lassen, wobei die Arbeiter*innen die Auswahl aus einer der auf der Website vorgegebenen Gewerkschaften haben. Darüber hinaus gelten die landesweiten Vorgaben bezüglich der Organisationsquote in den jeweiligen Branchen und Betrieben weiter. Wenn alles glatt läuft und sie keine weiteren Hürden zu überwinden haben, müssen die Arbeiter*innen mindestens ein Jahr Gewerkschaftsmitglied sein, um in den Genuss von Tarifverträgen zu kommen. Wenn eine der Tarifparteien gerichtlich gegen einen abgeschlossenen Tarifvertrag vorgeht, kann es bis zu sechs Jahre dauern, bis ein gerichtsfester Vertrag steht. Dies wiederum kommt einem praktischen Verbot von Tarifabschlüssen gleich. In dieser Zeit können gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte entlassen, zum Austritt aus der Gewerkschaft gezwungen oder ihre Gewerkschaft aus dem Betrieb verbannt werden. Das Recht auf freie Gewerkschaftswahl existiert de facto nicht. Jeder Beschäftigte, der sich gewerkschaftlich engagieren möchte, muss mit seiner Entlassung rechnen. Insbesondere in den letzten 20 Jahren kam es in den Betrieben, deren Beschäftigte sich gewerkschaftlich organisierten, immer wieder zu Massenentlassungen. Davon zeugen auch die zahlreichen Kämpfe in einzelnen Be-

¹ Anm. d. Übers.: Laut dieser Unterscheidung haben Unternehmen Niederlassungen bzw. Betriebsstätten in mehreren Städten. Betriebe dagegen sind einzelne Unternehmen ohne weitere Niederlassungen.

trieben, bei denen nichts weiter als die Zulassung von Gewerkschaften und die Wiedereinstellung von entlassenen Arbeiter*innen gefordert wurden.

Gespaltene gewerkschaftliche Strukturen

Ein Grund für die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung liegt sicherlich in ihren gespaltenen und zerstückelten Strukturen. Derzeit gibt es drei Gewerkschaftsdachverbände (DİSK, Türk-İş, Hak-İş) und Dutzende von unabhängigen Gewerkschaften. Der DİSK (Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften) gehören 22 Einzelgewerkschaften an. Unter dem Dachverband Hak-İş (Bund der türkischen Realgewerkschaften) sind 21 und unter Türk-İş (Dachverband der Türkischen Industriegewerkschaften) 34 Gewerkschaften zusammengeschlossen. Nach Angaben des Arbeitsministeriums hat die Türk-İş 1.021.952, die Hak-İş 687.790 und die DİSK 190.559 Mitglieder. 45.754 Arbeiter*innen sind in unabhängigen Gewerkschaften organisiert. Während 8 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder tarifvertragliche Rechte in Anspruch nehmen können, haben 5,66 Prozent keine Rechte. Das liegt daran, dass die Gewerkschaften in vielen Fällen die erforderlichen Organisationsquoten nicht erreichen. In den letzten 15 Jahren konnte die Hak-İş den größten Mitgliederzuwachs verzeichnen. Der Grund dafür lag in der unmittelbaren Unterstützung der AKP-Regierung, die die Arbeiter*innen durch Repressionen zur Mitgliedschaft in der Hak-İş zwang. So wurden die Beschäftigten im öffentlichen Dienst durch Druck von Ministern, Staatssekretären, Vorgesetzten, Direktoren, Kommunalverwaltungen und durch politischen Druck zum Eintritt in die Hak-İş gezwungen. Es trifft zwar teilweise auch auf Türk-İş zu, allerdings kann man sagen, dass die Hak-İş zum Hinterhof der AKP-Regierung bzw. zu ihrem trojanischen Pferd in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gemacht wurde. Türk-İş und Hak-İş unterstützen die Politik der AKP größtenteils und machen auch keinen Hehl daraus.

Die Gewerkschaftsbürokratie

Die Gewerkschaftsbürokratie stellt eines der grundlegenden Probleme der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbewegung dar. Während die Gesetze die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter*innen erschweren, schaffen sie auf der anderen Seite für die Gewerkschaftsführungen zahlreiche Privilegien. Deren Löhne und Arbeitsbedingungen stehen außerhalb jeglicher Kontrolle. Gewerkschaftliche Demokratie stellt die Ausnahme dar. Die Betriebsrät*innen werden nicht gewählt, sondern ernannt. Dabei stimmen die Gewerkschaftszentren nur der Ernennung von Gewerkschafter*innen zu, die sie als unkritisch und arbeitgeberfreundlich einstufen. Die Wahl von Delegierten der Ortsverbände ist eher eine Alibiveranstaltung, weil auf den Gewerkschaftstagen nicht die eigentlichen Fragen der Arbeiter*innen erörtert und gelöst werden. Oppositionelle Beschäftigte und Gewerkschaftsmitglieder werden bestraft, indem man sie entlässt oder an einen anderen Arbeitsplatz versetzt. In den meisten Gewerkschaften erhalten hochrangige Funktionäre astronomisch hohe Gehälter, die die Schere zwischen ihnen und ihren Mitgliedern weiter öffnet. Die Gewerkschaftsbürokratie stellt sich an die Seite des Staats, der Regierung und des Kapitals. Eine Kontrolle der Gewerkschaftsführungen durch die Mitglieder ist kaum zugelassen. Auch die wenigen Möglichkeiten, die die Gewerkschaftstage in diesem Zusammenhang bieten, sind sehr begrenzt, weil die Gewerkschaften den demokratischen Prozess überwiegend unterdrücken. Eine Kontaktaufnahme zur Führung ist für die meisten einfachen Gewerkschaftsmitglieder kaum möglich. Sie werden bei laufenden Tarifverhandlungen nicht informiert oder einbezogen. Tarifverträge werden ohne Mitgliederabstimmung abgeschlossen.

Auf der anderen Seite werden Religionsgemeinden und Sekten vom Staat und teilweise auch von Gewerkschaftsführungen darin bestärkt, die Beschäftigten zu organisieren. Ziel ihrer Anstrengungen ist, dass die Arbeiter*innen sich ihrem Schicksal ergeben und von Arbeitskämpfen absehen. Diese Sekten treiben ihr Unwesen vor allem in großen Betrieben wie beispielsweise bei Renault, Tofaş, Bosch und Tüpraş.

Pandemie, Krise und Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote hat inzwischen das höchste Niveau der letzten 20 Jahren erreicht. Die Pandemie und die bereits bestehende Krise führten dazu, dass die Arbeitslosigkeit zu einem chronischen Problem wurde. Nach Angaben des türkischen Statistikamtes Tür ging die Zahl der Erwerbstätigen im letzten Jahr um 2,742 Millionen von 32.426.000 auf 29.684.000 zurück. Hinzu kommen noch 3,5 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.

In der Pandemie wurden 1,8 Millionen Beschäftigte in unbezahlten Urlaub geschickt und erhalten einen Monatslohn von 1.168 Lira (umgerechnet 130 €, Stand Ende 2020). 3,5 Millionen Arbeiter*innen wurden in Kurzarbeit geschickt und erlitten einen Einkommensverlust von 40 %. Nach offiziellen Angaben sind beim Arbeitsministerium 14.251.655 Menschen als erwerbstätig gemeldet. Danach ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 45 %. Dabei hat man in der Türkei kein Vertrauen in offizielle Statistiken und orientiert sich eher an den Angaben unabhängiger Institute, nach denen die Arbeitslosenzahl 12 Mio. beträgt. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 35 %.

In der Pandemie wurden die Arbeitsbedingungen der Arbeiter*innen weiter erschwert. In vielen Betrieben werden die erforderlichen Maßnahmen nicht getroffen. Deshalb ist COVID-19 unter Arbeiter*innen stark verbreitet. In den letzten Monaten kam es zu einer verstärkten Rücknahme der erkämpften Rechten. So wurden die Arbeitsgesetze weiter flexibilisiert. Das Recht auf Abfindung wurde ausgehöhlt und die eingezahlten Beträge an einen staatlichen Fonds übertragen. Wochenarbeitszeiten wurden ausgedehnt und die Pflicht zum Nachholen von krankheitsbedingten Fehlzeiten eingeführt. Unbezahlter Urlaub, niedrige Kurzarbeiterlöhne und Massenentlassungen sind weiter an der Tagesordnung. Von diesen Problemen sind Arbeiterinnen stärker betroffen, da die Arbeitslosigkeit in erster Linie Frauen trifft.

Streikverbote

Streik ist die wichtigste Waffe, mit der die Arbeiter*innen ihre Forde-

rungen durchsetzen können. Wenn wir uns die Entwicklung der Streikverbote in der Türkei ansehen, bietet sich uns folgendes Bild: in den Jahren 2001-2015 ging die Zahl der Streiks im Vergleich zum Zeitraum 1985-2000 um 85 % zurück. In der Regierungszeit der AKP wurden unzählige Streiks verboten und somit das Streikrecht faktisch abgeschafft. In den Jahren 2002-2019 wurden insgesamt 16 Streiks verboten. Damit wurde 200.000 Arbeiter*innen das Streikrecht verwehrt. Sieben davon wurden in der Zeit des Ausnahmezustands verboten. Mit dem Verbot von Streiks wird das Recht der Arbeiter*innen auf Tarifverhandlungen vollständig ausgehebelt. Die AKP handelt nach dem Motto: „Mit uns gibt es keine Streiks und keine Arbeitskämpfe.“ Sie zeigt damit, dass sie den Interessen des Kapitals dient. Oberverwaltungsgerichte und der Kassationsgerichtshof wurden inzwischen quasi zu Notariaten umfunktioniert, deren einziger Auftrag die Bestätigung von Streikverboten ist. So kam es in den letzten Jahren zu keiner einzigen Gerichtsentscheidung, mit der ein Streikverbot der Regierung aufgehoben wurde.

Geflüchtete als Beschäftigte

Die Arbeiter*innen mit Fluchterfahrung sind Teil der Arbeiterklasse der Türkei, wobei sie jedoch mit größeren Problemen konfrontiert sind. Insbesondere in den letzten sechs Jahren seit Ausbruch des Kriegs in Syrien flüchteten Millionen Menschen aus Syrien in die Türkei. Sie arbeiten hier in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Im Vergleich zu ihren türkischen Kolleg*innen müssen sie gefährlichere und schwerere Arbeiten übernehmen. Viele von ihnen übernachten in den Betriebsstätten. In vielen Fällen werden sie um ihren Lohn betrogen, weil sie ohne Arbeitsvertrag und somit ohne Sozialversicherung und Rechtsansprüche beschäftigt sind. Die Regierung fördert diesen Zustand, weil sie der Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals alles andere untergeordnet hat. Im Vergleich zu ihren türkischen Kolleg*innen ist der Anteil der syrischen Arbeiter*innen an tödlichen Arbeitsunfällen viel höher, ihr Lohn jedoch niedriger. Sie werden als potenzielle Bedrohung angesehen und sind somit einem Leben in Angst und Diskriminierung ausgesetzt.

Der Trend zum Kampf

In der Türkei haben die Arbeiter*innen und Lohnarbeiter*innen in ihrer Geschichte viele wichtige Arbeitskämpfe geführt. Bei ihren Kämpfen um wirtschaftliche, soziale und demokratische Rechte und Freiheiten konnten sie viel Erfahrung sammeln. Bis zum Ausbruch der Pandemie hatten sie sich mit ihren Widerständen vor allem gegen Entlassungen, Privatisierungen, für einen höheren Mindestlohn, für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, gegen längere Wochenarbeitszeiten, für die Entlohnung von Überstunden, gegen prekäre Arbeit, für sichere Arbeitsverträge, gegen schlechte Arbeitsbedingungen und gegen so genannte Arbeitsmorde, also Arbeitsunfälle mit Todesfolge, etc. eingesetzt. Ab Beginn der Wirtschaftskrise von 2018 standen diese Forderungen bei den Arbeitskämpfen in der Textil-, Metall-, Automobil-, Nahrungsmittel- und Chemieindustrie sowie im Bau-, Energie, Gesundheits- und Dienstleistungssektor im Vordergrund. An diesen Kämpfen beteiligten sich Hunderttausende Arbeiter*innen.

Obwohl sie mehrheitlich ähnliche und teilweise dieselben Ziele verfolgten, konnten diese Widerstandsbewegungen nicht branchenübergreifend zusammengeführt werden und blieben in den meisten Fällen innerhalb der Grenzen einzelner Betriebe. In der Metallindustrie gab es die meisten Arbeitskämpfe mit den höchsten Teilnehmerzahlen. So gab es in dieser Branche in den Jahren 2018/19 in der Metallbranche zwei Tarifrunden und die Metallarbeiter*innen forderten höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Sie erfuhren am eigenen Leibe, dass sie ihre Forderungen nicht durchsetzen können, wenn sie sich nicht selbst dafür einsetzen. Trotzdem blieben die Arbeiter*innen, die den Kampf nicht der Gewerkschaftsbürokratie überlassen wollten, leider in der Minderheit.

Weitere Beispiele für Arbeitskämpfe in dieser Zeit sind die Arbeiterwiderstände auf der Baustelle des neuen Istanbuler Flughafens, bei Flormar, Tariş, Tüpraş, İzban und İzenerji.

In diesen Betrieben hing der Erfolg des Kampfes davon ab, wie gut die Arbeiter*innen in den einzelnen Betrieben organisiert waren. In

Betrieben bzw. landesweiten Unternehmen, in denen sie sich hinter kämpferischen Persönlichkeiten und Gewerkschaftsvertreter*innen zusammengeslossen hatten, war ihr Zusammenhalt der Schlüssel zu erfolgreichen Kämpfen.

Ab Mitte März 2020 verfolgte die Ein-Mann-Herrschaft eine Politik, die auf die so genannte Herdenimmunität unter den Arbeiter*innen abzielte. Deshalb wurden die oben aufgezählten Forderungen um die Forderung nach Arbeits- und Lebensbedingungen ergänzt, die die Gesundheit nicht bedrohen. Sie forderten die Aussetzung der Produktion bei hohen Infektionszahlen, das Verbot von Kündigungen, die Ausgabe von kostenlosen Schutzmasken in den Betrieben, eine Ausweitung der Testungen und kostenlose Gesundheitsdienste.

Der von der AKP-Regierung einberufene Wissenschaftsrat, der unter der Führung des Gesundheitsministers lediglich eine beratende Funktion hat, appellierte zwar an die Bevölkerung, zu Hause zu bleiben. Allerdings musste nach Ansicht der Regierung die Produktion um jeden Preis weitergehen. Diese Politik führte in vielen Städten zu erheblichen Protesten. In dutzenden Betrieben konnten die Beschäftigten mit ihrem Protest einen Produktionsstopp erwirken und ihr Recht auf bezahlten Urlaub durchsetzen.

Gemeinsamer Nenner dieser Kämpfe war die Voraussetzung, dass sie sich hauptsächlich auf den jeweiligen Betrieb konzentrierten und der Erfolg war auch abhängig vom Organisationsgrad der Belegschaft innerhalb der Betriebsgrenzen. Im Juni 2020 begann die „neue Normalität“ und in den Sommermonaten starteten die Erdogan-Regierung und die hinter ihr stehenden Kapitalisten eine neue Welle von Angriffen gegen die erkämpften Rechte. Dabei ging es um die Abschaffung der Abfindungen. Zu diesem Zweck wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das auch ein ergänzendes Rentensystem und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für einige Branchen vorsah. Diese Bedrohung der erkämpften Rechte entfachte erste Funken eines starken Widerstands und die Regierung sah sich gezwungen, ihre Pläne zu verschieben, um einen Flächenbrand zu verhindern.

Fazit

In der Regierungszeit der AKP ging die gewerkschaftliche Organisation zurück. Die Arbeiter*innen wurden ärmer, die Arbeitslosigkeit stieg. Das nationale Pro-Kopf-Einkommen nahm ab, die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle stieg um ein Vielfaches und die Arbeitsbedingungen wurden schwerer. In den letzten 18 Jahren gelang es der AKP aus konjunkturellen Gründen, die Zustimmung der Arbeiter*innen zu erhalten. Zu diesem Zweck machte sie sich immer wieder die kurdische Frage, die Syrien-Politik und den Traum von einem neoosmanischen Reich zu Nutzen. Ihr vorgegaukelter Antiimperialismus und das Versprechen, das Land in die Liste der reichsten zehn Länder zu führen, sollten Illusionen wecken und die Arbeiter*innen von Protesten abhalten. Ihr standen alle Mittel des Staates zur Verfügung, um neue Wahlbündnisse zu schmieden, die Schwächen der Arbeiter*innen für sich zu nutzen und die Bevölkerung mithilfe einer Goebbelschen Propaganda auf die eigene Seite zu ziehen. Heute ist sie jedoch an einem Punkt angelangt, an dem sich die ersten größeren Risse und Verwerfungen auftun. Die Arbeiter*innen hinterfragen die Politik der AKP immer stärker. Ihre Unterstützer*innen und Wähler*innen unter den Arbeiter*innen gehen heute nicht mehr so unkritisch mit ihrer Politik um.

Inzwischen gibt es auch lokale Kampfbündnisse und Zusammenschlüsse, in denen die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Gewerkschaftsdachverbänden keine Rolle spielt. Das konkrete Beispiel dafür ist der Zusammenschluss der Bezirksverbände von Arbeitergewerkschaften in Istanbul. In den Arbeiterstädten Gebze, Kocaeli, Eskişehir, İzmir, Lüleburgaz u.v.m. kommen lokale Gewerkschaftsorganisationen zusammen. Diese Tendenz zum gemeinsamen Widerstand macht sich immer mehr bemerkbar und weist der Arbeiterbewegung den Weg.

Arbeitsmorde, Abfindungen und geltendes Recht

Dr. Murat Özveri

Die Rechtsvorschriften im Bereich Arbeitsgesundheit und -sicherheit in der Türkei sind weit davon entfernt, ausreichenden Schutz vor Arbeitsmorden¹ zu bieten. Sicherlich stellen mangelhafte Vorschriften ein wichtiges Problem dar. In unserem Land kommt allerdings hinzu, dass selbst die unzulänglichen, gesetzlichen Maßnahmen nur auf dem Papier bestehen, was das Problem weiter verschärft. Dennoch dürfen diese Mängel nicht dazu führen, dass trotz aller Hindernisse das bestehende Recht gegen Arbeitsmorde effektiv angewendet wird.

1. Die Haftung der Arbeitgeber

Was die Verantwortlichkeit der Arbeitgeber bei Arbeitsmorden betrifft, so hat sich die Türkei im Bereich der rechtlichen Verantwortung für eine Entschädigung nach Schuldprinzip entschieden. Der Arbeitgeber haftet also in den Grenzen seiner Verantwortlichkeit und der juristische Begriff der Aufteilung der Gesamtschuld wird dem Ermessen von Gutachter*innen überlassen. Die Richter*innen orientieren sich bei der Festlegung der Entschädigungshöhe an der von den Gutachter*innen beschlossenen Aufteilung der Gesamtschuld. Der Auftrag an die Gut-

¹ Anm. d. Übers.: In der Türkei hat sich die Bezeichnung „Arbeitsmorde“ etabliert. Insbesondere in Gewerkschaftskreisen wird damit der Begriff tödlicher Arbeitsunfall ersetzt-.)

achter*innen, nämlich die Ausarbeitung von Faktoren, die zu dem Unfall geführt haben, wurde immer mehr ausgeweitet und umfasst heute die Entscheidungskompetenz über die Haftungsquoten der jeweiligen Partei. Die Funktion der Richter*innen besteht lediglich darin, die Entschädigungshöhe zu beschließen, die anhand der von den Gutachter*innen festgestellten Haftungsquote berechnet wird.

Bei der Feststellung der Verantwortlichkeit des Arbeitgebers versteckt man sich hinter dem Persönlichkeitsprinzip und die Grenze der Strafbarkeit bleibt hauptsächlich an rangniederen Manager*innen (als Vertreter*innen des Arbeitgebers) hängen. Bei Arbeitsmorden gelten dieselben Strafrechtsvorschriften wie bei Fahrlässigkeit. So blieben die tatsächlichen Verantwortlichen von Arbeitsmorden in der über 80-jährigen Rechtsprechung von abschreckenden Strafen verschont.

2. Der Staat kommt seinen Verpflichtungen aus internationalen Verträgen und der Verfassung nicht nach

Bei der Aufzählung der Hauptaufgaben des Staates werden im Artikel 5 der Verfassung u.a. die „Beseitigung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hindernissen, die die Grundrechte und -freiheiten von Menschen einschränken und die nicht im Einklang mit den Grundsätzen des sozialen Rechtsstaats und des Rechts stehen, sowie die Schaffung von für die materielle und geistige Entfaltung des Menschen notwendigen Bedingungen“ genannt. In der Begründung von Artikel 5 heißt es: „Der Staat wird die Lebensbestrebungen des Menschen erleichtern. Er wird für das Individuum ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Das ist die Aufgabe des Sozialstaats.“ Artikel 2 der Verfassung bezeichnet den Staat als „Sozialstaat“ und sieht Bestimmungen vor, die eine Reihe von sozialen Rechten sicherstellen.

Verfassungsvorschriften, die den Staat zum Ergreifen von Maßnahmen verpflichtet, als „programmatische Vorschriften“ zu begreifen, widerspricht dem Geist von sozialen Rechten. Mit diesen Bestimmungen verpflichtet sich der Staat, die Inanspruchnahme sozialer Rechte zu gewährleisten. D.h. die Verpflichtung des Staates hat zwei Aspekte: erstens

die Gewährung von sozialen Rechten; zweitens die Ermöglichung der gleichberechtigten Inanspruchnahme dieser Rechte durch alle Bürger*innen. Ein Staat, der ein in der Verfassung verankertes soziales Recht – aus welchen Gründen auch immer – nicht gewährt oder dessen gleichberechtigte und effektive Inanspruchnahme nicht gewährleistet, wird zur Rechenschaft gezogen, weil er einem oder beiden Aspekten seiner oben genannten Verpflichtungen nicht nachgekommen ist.

Um dies anhand eines konkreten Beispiels zu verdeutlichen: Der Staat kam bei der Ausarbeitung der Bestimmungen im Bereich des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz seinen Verpflichtungen nicht nach. Im Gesetz mit der Nummer 6331 über Arbeiter*innengesundheit und Arbeitssicherheit schreibt er nicht den Einsatz von externen Betriebsinspektor*innen in ausreichender Anzahl vor. So sorgte er beispielsweise in Soma² neben seinen allgemeinen Pflichten nicht dafür, dass ein/e Ingenieur*in als technische/r Begleiter*in benannt wird und diese/r alle zwei Wochen notariell beurkundete Aufzeichnungen führt.

Für die Arbeitsgesundheitsexpert*innen und die Betriebsärzt*innen, die die Verantwortung für die betriebsinterne Aufsicht haben, sowie für Betriebsrät*innen, die für die Maßnahmen zur Arbeitsgesundheit und -sicherheit verantwortlich sind, schuf der Staat nicht die Sicherheiten, wozu er laut ILO-Übereinkommen Nr. 161 verpflichtet ist.³ Dabei ist die Türkei gemäß Artikel 10 des Übereinkommens dazu verpflichtet, den für die Maßnahmen zur Arbeitsgesundheit und -sicherheit verantwortlichen Betriebsrät*innen die Möglichkeit einzuräumen, „fachlich völlig unabhängig zu sein“. Die Verpflichtungen des Staates sind nicht auf diese Einzelfälle beschränkt. Der Staat hat den Auftrag, soziale

² Anm. d. Übers.: Stadt in der Westtürkei, wo bei einem Grubenunglück am 13. Mai 2014 301 Bergleute starben

³ Die Türkei ratifizierte das ILO-Übereinkommen 161 über die betriebsärztlichen Dienste mit dem Gesetz Nr. 5039 vom 07.01.2004, welches am 13.01.2004 unter der Nummer 25345 im Türkischen Gesetzesblatt veröffentlicht wurde. Nach Artikel 10 des ILO-Übereinkommens Nr. 161 hat „das Personal, das betriebsärztliche Dienste leistet, hinsichtlich der in Artikel 5 aufgeführten Aufgaben von den Arbeitgebern, den Arbeitnehmern und ihren Vertretern, soweit solche vorhanden sind, fachlich völlig unabhängig zu sein.“

Rechte durchzusetzen. Er ist verantwortlich dafür, dass die für die Inanspruchnahme dieser Rechte erforderlichen Voraussetzungen gegeben sind.⁴

Abfindungen: Was, warum und wie? Was tun?

Der Finanzminister Berat Albayrak gab am 10.04.2019 bekannt, dass im Rahmen eines neuen Konjunkturpakets eine Reform der Abfindungen geplant sei, die die Gründung eines neuen Entlassungsentschädigungsfonds vorsehe. Dieser neue Fonds werde in die Individualrentenversicherung integriert.

Nach der Ankündigung Albayraks wurde eine Debatte über die Anwendung des südkoreanischen Abfindungsmodells entfacht.

Südkorea änderte 2005 sein Abfindungsmodell. Danach wurde die Abfindung an die Arbeiter*innen erst nach Beginn ihrer Rente ausbezahlt. Mit anderen Worten wurde in Südkorea im Jahr 2005 die Auszahlung von Abfindungen eingestellt. Das neu eingeführte System sieht vor, dass Beschäftigte, die seit mindestens einem Jahr wöchentlich 15 Stunden in einem Betrieb arbeiten, einen Rentenplan aufstellen müssen. Mit den Rentenbeiträgen, die der Arbeitgeber jedes Jahr in den Fonds einzahlt, muss eine jährliche Rente in Höhe eines Bruttomonatslohns sichergestellt sein. Darüber hinaus bleibt es den Arbeiter*innen überlassen, freiwillig Beiträge in einen Individualrentenfonds einzuzahlen, um ihre Rentenansprüche zu erhöhen.

In diesem System haben die Arbeiter*innen nur dann Anspruch auf die Auszahlung einer Abfindung zusätzlich zu ihrer Rente, wenn sie mit dem Geld eine Wohnung erwerben wollen oder einen längeren stationären Krankenhausaufenthalt finanzieren müssen.

Wer nicht diese Ausnahmen geltend macht, bekommt nach dem südkoreanischen Modell die Abfindung in Form einer zusätzlichen Rente.

⁴ Zu der Verantwortlichkeit des Staates in Bezug auf die sozialen Rechte, s. auch: Murat Özveri, Prozessuale Durchsetzung von sozialen Rechten im türkischen Recht“ III. Internationales Symposium über Soziale Rechte, Resolutionen, Herausgegeben von Petrol İş 116, 2011, s. 139, auch im Internet unter der Adresse <http://www.sosyalhaklar.net/2011/bildiri/ozveri.pdf>

Das ist auch der springende Punkt bei der geplanten Reform:

- Südkorea ist unter den OECD-Staaten das Land mit der höchsten Altersarmut. Es führt die Liste der Länder mit der höchsten Armutsquote bei über 65-Jährigen an.
- In Südkorea beträgt das Verhältnis der Ausgaben für die Pensionen der öffentlichen Bediensteten drei Prozent des Bruttosozialprodukts. Damit liegt es bei den OECD-Staaten an vorletzter Stelle.

Beide Zahlen zeigen, dass die Renten in Südkorea sehr niedrig sind und die Rentner*innen mit großen Problemen zu kämpfen haben. Die südkoreanische Regierung erhöht mit ihrem Modell nicht die Renten, sondern zahlt den Rentner*innen die Zusatzbeiträge zurück, die sie während ihrer Beschäftigung eingezahlt haben. D.h. die südkoreanische Regierung versucht die Altersarmut, die auf die niedrigen Renten zurückzuführen ist, durch neue Lasten auszugleichen, die sie ebenfalls den Beschäftigten aufbürdet.

Die Beschlagnahme der Abfindungen durch den Staat – das ist der Kern des südkoreanischen Modells.

Die Anwendung des südkoreanischen Modells in der Türkei

Durch das Gesetz mit der Nummer 5510 wurde in der Türkei 2008 das Renteneintrittsalter angehoben. Die bei der Berechnung der Rentenhöhe berücksichtigten Indizes sowie der Anteil der eingezahlten Beiträge wurden dabei reduziert, so dass im Rahmen der Neuregelung die Renten um ca. 30 Prozent zurückgingen.

Die AKP-Regierung ist vor die Wahl gestellt: Entweder erhöht sie die Renten, d.h. ein Teil der Finanzmittel wird nicht dem Kapital, sondern den Armen zur Verfügung gestellt. Oder aber die sie lässt wie in Südkorea die Arbeiter*innen für die Kosten der Neuregelung aufkommen.

Welchen Weg die AKP-Regierung einschlagen wird, geht aus dem 11. Entwicklungsplan hervor:

- Artikel 271 des 11. Entwicklungsplans lautet: „Um die Renteneinkünfte der Menschen zu erhöhen, wird die Beteiligung an verschie-

denen Rentensystemen gefördert, die über die öffentliche Rentenversicherung hinausgehen.”

- Artikel 271, Abs. 1 des 11. Entwicklungsplans lautet: „Der Umfang von ergänzenden Rentenversicherungen wird erweitert. Rentenversicherungen mit Bezug zu einzelnen Branchen, Berufszweigen und Berufen werden gestärkt.”

D.h. der 11. Entwicklungsplan sieht vor, dass der Staat die Renten nicht erhöhen, sondern zusätzliche Rentensysteme fördern wird, die die Beschäftigten mit ihren Beiträgen finanzieren müssen. Die niedrigen Renten werden aus zusätzlichen Mitteln erhöht, die der Staat den Beschäftigten aus der Tasche zieht. Das soll auf folgende Weise ermöglicht werden:

- Im Kapitel 2.1.2 mit der Überschrift „Inlandsersparnisse“ heißt es im Artikel 223, Abs. 3 des 11. Entwicklungsplans: „Die obligatorische Mitgliedschaft in der individuellen Rentenversicherung wird neu geregelt. Dabei werden die Verbleibdauer sowie das Fondsvolumen erhöht. Zusätzlich wird ein Fonds integriert, der sich auf individuelle Mitgliedschaften stützt und aus den Abfindungen finanziert wird.”

Es liegt auf der Hand: Mit dem 11. Entwicklungsplan soll das südkoreanische Modell auch in der Türkei angewendet werden. D.h. die Armut, die auf niedrige Renten zurückzuführen ist, soll durch die Beschlagnahme der Abfindungen der Beschäftigten bekämpft werden. Die Kosten der Armut sollen also wieder die Armen tragen.

- Artikel 568 des 11. Entwicklungsplans lautet: „Die Reform der Abfindungen wird umgesetzt”,
- Artikel 568, Abs. 1 des 11. Entwicklungsplans lautet: „Die Reform der Abfindungen wird durch den Konsens der Sozialpartner umgesetzt.”

Werden die Sozialpartner die Kosten der Armut, die auf die niedrigen Renten zurückzuführen ist, ihren Verursachern in Rechnung stellen, oder werden sie auf das Recht auf Abfindungszahlung verzichten, um die Altersarmut zu bekämpfen? Wird sich die Arbeitervertretung mit

den im südkoreanischen Modell vorgesehenen Zusicherungen zufriedengeben, werden sie die Abfindungen opfern, um die durch die niedrigen Renten verursachten Verluste wettzumachen und die Altersarmut zu bekämpfen?

Die Regierung will unter dem Vorwand der Einführung des südkoreanischen Modells die Abfindungen der Arbeiter*innen beschlagnahmen.

Südkorea schlug seinerzeit durch die Einführung des Modells zwei Fliegen mit einer Klappe. Einerseits wurden die Abfindungen einbehalten und mit diesen zusätzlichen Mitteln ein zweites Rentensystem finanziert. Auf der anderen Seite wurden die in dem Zusatzfonds gesammelten Gelder dem Kapital zur freien Verwendung zur Verfügung gestellt. Auch die AKP-Regierung möchte mit den Geldern aus dem Abfindungsfonds die Inlandsschulden tilgen.

Deshalb kann man nicht erwarten, dass die Zusicherungen des Abfindungsfonds durch die geplante Reform eingehalten werden können. Der Fonds muss als ein nicht pfändbares Recht der Arbeiter*innen unter staatliche Garantie gestellt werden und bei seiner Auflösung sind die Beiträge an die Arbeiter*innen auszus zahlen. Alle anderen Vorschläge dienen lediglich dazu, die Beschlagnahme der Fondsmittel durch den Staat zu verschleiern.

Arbeitsmorde in den letzten fünf Jahren

*Nach Angaben der Versammlung der Arbeitergesundheit und Arbeitssicherheit Istanbul verloren im Zeitraum 2015 – Juli 2020 mindestens 10.463 Arbeiter*innen bei Arbeitsmorden ihr Leben.*

Zahl der Toten durch Arbeitsunfälle

Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020*	gesamt
Tote	1.730	1.970	2.006	1.923	1.736	1.098	10.463

Quelle: Versammlung der Arbeitergesundheit und Arbeitssicherheit Istanbul

* Die Angaben für 2020 umfasst die ersten sieben Monate

Der Umbau der Justiz in der Türkei und die Rechtsanwälte

Gülşah Kaya

Wenn man die Politik und die Rechtspraxis berücksichtigt, dürfte die folgende Feststellung nicht überzogen sein: In ihrer gesamten Geschichte war die Türkei niemals ein Rechtsstaat! Allerdings war man von den universellen Rechtsgrundsätzen noch nie so weit entfernt. Insbesondere die Rechtspraxis, die auf den nach dem versuchten Militärputsch verhängten Ausnahmezustand von 2016 sowie auf die Einführung des Präsidialsystems folgte, stellt das Land vor diese objektive Realität. Wenn wir den tiefgreifenden Umbau berücksichtigen, der in den letzten Jahren in den Verfassungsgremien vollzogen wurde, kann man die heutige Staats- und Rechtsordnung getrost als „Ein-Mann-Ordnung“ bezeichnen. Um diesen Prozess des Umbaus und des Wandels zu verstehen, muss man den gegenwärtigen Zustand genauer betrachten.

Wenige Tage nach dem Militärputschversuch vom 15. Juli 2016, nämlich am 20. Juli 2016, verhängte das Kabinett den Ausnahmezustand, der 730 Tage dauern sollte. In dieser Zeit wurde das Land per über Nacht erlassene Dekrete mit Gesetzeskraft (Türkisch: Kanun Hükmünde Kararnameler – KHK) regiert. Mit diesen KHKs wurden zum einen verschiedene Gesetze geändert und zum anderen Hunderttausende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes suspendiert.

Die ersten Änderungen trafen die Strafprozessordnung (CMK). Die CMK wurde insgesamt viermal geändert. Demnach wurde die Dauer der Festnahme von vier auf 15 Tage erhöht. Die Maximaldauer der Untersuchungshaft wurde von drei auf fünf Jahre angehoben. Und die zulässige Höchstdauer für die technische Überwachung von Verdächtigen wurde von zwei auf vier Monate verlängert. Den Anwalt*innen wurde verboten, ihre festgenommenen Mandant*innen zu besuchen. Die Mandantenbesuche von Inhaftierten wurden eingeschränkt oder dürfen nur noch unter Videoaufzeichnung oder in Anwesenheit von Gefängniswärter*innen stattfinden, was sämtlichen Grundsätzen der modernen Strafverfolgung widerspricht. Darüber hinaus wurde durch neue Regelungen das Recht auf Verteidigung eingeschränkt. So darf Rechtsanwalt*innen, gegen die ein Ermittlungsverfahren läuft, in Verfahren mit Terrorismusbezug das Mandat entzogen werden. Angeklagte dürfen sich von maximal drei Anwalt*innen verteidigen lassen. Sind die Rechtsanwalt*innen verhindert, darf der Prozess fortgeführt und ein Urteil gefällt werden.

Auch in der Prozessordnung der regionalen Berufungsgerichte und des Kassationshofes als höchstinstanzliches Berufungsgericht wurden tiefgreifende Änderungen vorgenommen. So darf das Fehlen einer Begründung nicht mehr zur Aufhebung eines Urteils führen. Die Entscheidung darüber, in welchen Fällen vor dem Kassationshof ein Berufungsverfahren zu eröffnen ist, liegt nunmehr im Ermessen des höchsten Berufungsgerichts. Davor war gesetzlich geregelt, in welchen Fällen ein Berufungsverfahren erforderlich ist.

In dieser Zeit wurden zahlreiche Richter*innen und Staatsanwalt*innen, denen eine Mitgliedschaft in der FETÖ¹ vorgeworfen wurde, aus dem öffentlichen Dienst entlassen, verhaftet und ihr Vermögen wurde konfisziert. Einige Richter*innen, denen keine FETÖ-Mitgliedschaft nachgewiesen werden konnte, die allerdings bekannt für ihre oppositionelle Haltung waren, wurden strafversetzt oder zwangsverrentet. Wegen der Entlassungs- und Verrentungswelle ging die Zahl der Jus-

¹ zu Deutsch „Fethullahistische Terrororganisation“

tizangehörigen merklich zurück, was notgedrungen zu Änderungen der Einstellungsvoraussetzungen von Richter*innen und Staatsanwält*innen führte. Sechs Monate nach der Verhängung des Ausnahmezustands wurde per KHK die Mindestpunktzahl abgeschafft, die die Richter- und Staatsanwaltsanwärter*innen bei der Einstellungsprüfung erreichen mussten. Fast alle Prüfungsteilnehmer*innen wurde zur anschließenden mündlichen Prüfung zugelassen. Die Früchte dieser Änderungen konnte man innerhalb kürzester Zeit ernten. Es stellte sich heraus, dass fast alle neu zugelassenen Richter*innen und Staatsanwält*innen Mitglied der Regierungspartei AKP sind.

Nach diesen Änderungen wurde ein Verfassungsreferendum abgehalten, das auch die Einführung des Präsidialsystems beinhaltete. Der Staatspräsident, der nach dem Putschversuch mithilfe der Dekrete im Ausnahmezustand mit sämtlicher rechtswidriger Kompetenz ausgestattet worden war, konnte am 18. Juni seine „Ein-Mann-Herrschaft“ auf eine Gesetzesgrundlage stellen. Die de facto abgeschaffte Gewaltenteilung verschwand somit auch in rechtlicher Hinsicht. Vor der Einführung des Präsidialsystems war es dem Staatspräsidenten verboten, Mitglied einer Partei zu sein, was seine Unabhängigkeit und Unparteilichkeit symbolisierte. Diese Regelung gehörte nun der Vergangenheit an und es wurde die Ära des „Präsidenten mit Parteibuch“ eingeläutet. Kurz nach dem Referendum trat der Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan der „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) bei. Diese Veränderung gilt als eines der Symbole eines neuen Zeitalters. Mit dem Referendum erhielt der Präsident wichtige Befugnisse. Zusammengefasst kann man sagen, dass der Präsident sämtliche Befugnisse des Staates in seinen Händen hält.

Das neue System beinhaltete nicht nur eine Änderung der Staatsform, sondern auch die Umgestaltung des Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte (HSYK), aus dem der Rat der Richter und Staatsanwälte (HSK) hervorging. Sieben der insgesamt 13 HSK-Mitglieder werden von der Großen Türkischen Nationalversammlung gewählt. Der Justizminister und sein Staatssekretär sind ebenso Mitglied im HSK. Die restlichen vier

Mitglieder werden vom Staatspräsidenten ernannt. In Anbetracht der Zusammensetzung des türkischen Parlaments, wo die Mehrheit der Abgeordneten ebenso wie der Staatspräsident Mitglieder der AKP sind, wird der gesamte HSK praktisch von der Regierungspartei bestimmt. Es zeigte sich bei der ersten Wahl, dass sämtliche Kandidat*innen der AKP bzw. ihrer Koalitionspartnerin MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) angehörten. Eine Woche zuvor stellte sich bei der Ernennung der Richter*innen heraus, dass sie allesamt der Regierungspartei angehörten.

Die in dieser Zeit sukzessive vorgenommenen Veränderungen bildeten die letzten Bausteine für den Umbau des Rechtssystems. In diesem Prozess wurden die Befugnisse der Legislative, der Exekutive und der Judikative dem Präsidenten übertragen und somit das Prinzip der Gewaltenteilung und die Rechtsstaatlichkeit formal aufgelöst. Infolge dieser Politisierung wurde die Unabhängigkeit der Justiz ad acta gelegt und es traten sämtliche Rechtswidrigkeiten ans Tageslicht.

Die Praxis in der Ära der neuen Justiz

Die Auswirkungen der neuen Ära in der Justiz wurden insbesondere in politischen Verfahren deutlich sichtbar. Die Praxis der Justiz überschattete ihre Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, die nunmehr zu einem Instrument der Bestrafung von Oppositionellen umfunktioniert wurde. Warf man in früheren Zeiten Richter*innen und Staatsanwält*innen vor, auf rechtswidrigem Wege Beweismittel zu beschaffen oder zu erfinden, so traten nun Richter*innen und Staatsanwält*innen ihren Platz an, die ohne ein einziges Beweismittel und auf Anweisung Urteile fällten. Man erachtete es nicht mal mehr für nötig, die Urteile im Rahmen einer Befehlskette zu erlassen. Regierungsnahe Medien berichteten von Urteilen, schon bevor sie gefällt wurden. Richter*innen, die gegen den Willen der Regierung urteilten, wurden suspendiert, im Rang heruntergestuft oder strafversetzt. Wer sich bei seinen Urteilen dem Regierungswillen beugte, wurde durch Beförderung an höhere Gerichte belohnt. Der Grundsatz einer gerechten Prozessführung wurde komplett aus dem türkischen Justizsystem gestrichen.

Die heutige Praxis blendet die Grundsätze der modernen Strafprozessordnung völlig aus und erinnert an die mittelalterlichen Inquisitionsverfahren. Statt zunächst die Beweismittel festzustellen, um dann auf deren Grundlage eine Anklage zu erheben, geht man den umgekehrten Weg. Die Gerichte suchen sich zunächst die Verdächtigen aus und gehen dann auf die Suche nach Beweismitteln, die man ihnen zur Last legen kann. Oppositionelle bleiben ohne eine Klageschrift monatelang in Haft. In den Haftanstalten sind sie willkürlich in Einzelzellen und unter schweren Haftbedingungen untergebracht. Jede politische Aktivität von Oppositionellen, gegen die verdeckt ermittelt wurde, wird zum „Terrorismus“ erklärt. Tausende Menschen wurden ausschließlich wegen der Kritik, die sie in den sozialen Medien äußerten, zu langen Freiheitsstrafen verurteilt. Eine Lehrerin wurde verurteilt, weil sie in einer TV-Sendung das Ende der Morde an Kindern gefordert hatte. Akademiker*innen wurden entlassen, weil sie für den Frieden eingetreten waren.

Ob Rechtsanwalt*innen mit Verteidigungsmandat oder Journalist*innen mit regierungskritischer Berichterstattung, ob Arbeiter*innen, die gegen die Arbeitsbedingungen protestieren oder Frauen, die sich gegen die Gewalt wenden oder Studierende mit Forderungen nach unabhängigen Hochschulen – alle opponierenden Gesellschaftsgruppen wurden vor Gericht gezerrt. Gerichtsverfahren, in denen jedoch Oppositionelle als Kläger*innen auftraten, sorgten nicht für Recht. Verfahren um Gewalt durch Sicherheitskräfte des Staates wurden eingestellt und die Täter*innen kamen ungestraft davon.

Rechtsanwält*innen als letzte Bastion der Opposition

Wir müssen zugestehen, dass die AKP es in ihrer 18-jährigen Regierungszeit schaffte, fast sämtliche staatlichen Behörden und Einrichtungen zu ihren Gunsten umzuformen. Die Besetzung der Führungsebenen durch eigene Führungskräfte hatte sich insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit bemerkbar gemacht, im Bereich der Justiz jedoch setzte die Veränderung in dieser Deutlichkeit erst mit der hier geschilderten Ära ein. Wie es der AKP-Vorsitzende und Präsident

Erdogan ausdrückte, war der Putschversuch „ein Geschenk des Himmels“. So konnte er nicht nur in der Armee, die bis dahin ein Gegengewicht zur Regierung darstellte, sondern in allen Bereichen die Führung übernehmen und deren Besetzung mit eigenen Funktionären beschleunigen.

Dieser oben zusammengefasste Prozess führte schließlich dazu, dass zwei der drei Grundpfeiler der Justiz, nämlich Richterschaft und Staatsanwaltschaft, explizit unter die Regierungskontrolle gestellt wurden. Die letzte Bastion, die sich gegen diese rechtswidrige Praxis stellte, bildeten die Rechtsanwält*innen. Denn fast alle Normen, die durch die Dekrete in Gesetzesform gegossen wurden, bedeuteten zugleich Menschenrechtsverletzungen und es waren stets die Rechtsanwält*innen, die sich in ihrer praktischen Arbeit dagegenstellen mussten. Sie versuchten ihre Arbeit fortzuführen, ohne sich an die neuen rechtswidrigen Regelungen zu halten. Deshalb mussten sie einen beruflichen und politischen Kampf führen. Und das machte sie zur Zielscheibe für Übergriffe.

Die Berufsverbände und Anwaltskammern wurden wegen ihrer allgemeinen oppositionellen Haltung und ihres politischen Einflusses, insbesondere nach den Gezi-Park-Protesten 2013, zur Zielscheibe. Gegen fast alle Organisationen wurden Sanktionen verhängt. Nicht nur ihre allgemeine oppositionelle Haltung, sondern ihr Widerstand gegen den Umbau des Justizsystems machten die Kammern zu einem „Erzfeind“ der Regierung, den es zu bekämpfen galt. Denn kaum eine der insgesamt 80 Anwaltskammern wird von AKP-nahen Kräften geführt und sie stellen eine ständige Opposition gegen die Rechtspolitik der AKP dar.

Es war kein Geheimnis, dass die AKP seit langer Zeit Pläne schmiedete, um die Anwält*innen „in die Knie zu zwingen“ und die Kammern zu spalten. Als der Präsident der Religionsbehörde „Diyanet“, Mehmet Görmez, LGBTI²-Menschen die Verbreitung von Krankheiten vorwarf und daraufhin von der Anwaltskammer Ankara scharf kritisiert wurde, nahm das die Regierung zum willkommenen Anlass, um ihre lang ge-

² Abkürzung LSBTTI steht für lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle Menschen

hegten Pläne in die Tat umzusetzen. Ihre Teile-und-herrsche-Taktik, die überall dort zum Tragen kommt, wo sie nicht die Führung übernehmen konnte, setzte die AKP nun auch in den Anwaltskammern um.

Alle 80 Kammern, die der Union der Anwaltskammern in der Türkei (TBB) angehören, gingen gegen das neue Rechtssystem auf die Barrikaden. Sie zeigten auf, wie das geplante System den Berufsstand der Anwalt*innen spalten und sie überwachen wird. Mit ihrem Hinweis darauf, dass die Entscheidungen der regionalen Berufungsgerichte unter den Einfluss der politischen Ausrichtung einzelner Kammern geraten könnten, deckten sie die Gefahren des neuen Systems auf. Diese Kritik, die teilweise auch von AKP-nahen Jurist*innen geteilt wurde, übergang man und legte einen Gesetzesentwurf vor. Die Rechtsanwält*innen setzten ihre Proteste in ihren Städten fort und die Kammerpräsident*innen begannen gleichzeitig mit ihrem Marsch nach Ankara, wo sie vor den Toren der Stadt von der Polizei gestoppt wurden. Dort wurden sie tagelang mittels Polizeibelagerung und -gewalt festgehalten. In dieser Zeit stellte sich der TBB-Präsident Metin Feyzioğlu leider gegen die Rechtsanwält*innen und auf die Seite der Regierung. Er versuchte die Kammern zu spalten und wurde von Rechtsanwält*innen und den Vorsitzenden der örtlichen Anwaltskammern stark kritisiert.

Trotz der Proteste wurde das neue Gesetz im Parlament verabschiedet. So konnte die AKP der ganzen Welt zeigen, dass sie die Macht zur Umsetzung jeglicher rechtswidriger Vorhaben“ hat. Allerdings stellte sich im Laufe der Zeit auch heraus, dass eine Spaltung der Kammern nicht leicht sein wird. Bis heute waren die Verfechter*innen des neuen Systems nicht in der Lage, die für die Gründung einer neuen Anwaltskammer notwendige Mindestunterschriftenzahl zu sammeln und eine neue Kammer zu gründen. Allerdings hat man die Attacken gegen die Rechtsanwält*innen nicht eingestellt und debattiert nun über den Abschluss aus der Rechtsanwaltschaft.

Man hat also versucht, den Einfluss der Rechtsanwält*innen, die sich als einziges Element dem Druck widersetzt haben, aus diesem Prozess in der Justiz herauszuhalten. Mit Verfügungen in einzelnen Verfahren

wurden sie ihres Rechts auf Akteneinsicht beraubt. Gebäudeteile, in denen die für Terrorverfahren zuständigen Richter*innen und Staatsanwälte*innen ihre Büros haben, dürfen sie nur noch mit einer Sondergenehmigung betreten. Viele wurden wegen ihrer Aussagen des Gerichtssaals verwiesen. Jegliche Protestaktion von Anwälte*innen für die Einhaltung von Menschenrechten wurde mit Polizeigewalt aufgelöst. Der Versuch, die Ausübung ihres Berufs strafrechtlich zu verfolgen, bildet derzeit den Gipfel der Repressionen. Gegen viele Rechtsanwälte*innen wurden Ermittlungen und Gerichtsverfahren eröffnet, zahlreiche Anwälte*innen wurde verhaftet und ihre Büros und Wohnungen zum Ziel von Polizeirazzien.

Zuletzt wurden bei einer Polizeioperation in den Räumen der Anwaltsgemeinschaftskanzlei „Halkın Hukuk Bürosu“ fast alle anwesenden Rechtsanwälte*innen verhaftet. Obwohl sie am ersten Verhandlungstag freigesprochen wurden, wurde der Freispruch rechtswidrig aufgehoben und die Richter*innen in diesem Verfahren ausgetauscht. Nach ihrer erneuten Verhaftung wurden sie von den neu eingesetzten Richter*innen in Windeseile verurteilt. Zwei der inhaftierten Rechtsanwälte*innen, Ebru Timtik und Aytaç Ünsal, traten daraufhin in einen Hungerstreik und forderten ein faires Gerichtsverfahren. Menschenrechtsorganisationen und Parteien versuchten mit ihren Aktionen einen schnellen Abschluss in ihrem Berufungsverfahren vor dem Kassationshof zu erreichen. Das oberste Berufungsgericht wies ihre Forderung zurück, so dass Ebru Timtik am 238. Tag des Hungerstreiks ihr Leben verlor. Der Rechtsanwalt wurde nach dem Tod von Ebru Timtik am 212. Tag seines Hungerstreiks freigelassen.

Ihre Kollegen verabschiedeten sich von Ebru Timtik mit einer Trauerfeier vor dem Sitz der Istanbuler Anwaltskammer. Dabei wurde ein großes Poster von ihr an die Fassade des Kammersitzes angebracht. Dies nahm der Innenminister Süleyman Soylu zum Anlass, um wiederholt gegen die Kammern zu hetzen. Und der Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan wiederholte seine Forderung nach dem Ausschluss von „Rechtsanwälten mit terroristischen Aktivitäten“ aus dem Berufsstand

und gab somit den Startschuss für entsprechende Gesetzesänderungen durch die AKP. Wie auch dieser letzte Zug erneut verdeutlicht, bilden die Rechtsanwält*innen das stärkste Hindernis für den Umbau der Justiz.

Entwicklung und aktuelle Situation des ökologischen Kampfes

Özer Akdemir

Die ökologischen Kämpfe in der Türkei hatten phasenweise sicherlich ihre Hochs und Tiefs. Hauptsächlich orientierten sie sich bei ihrer Entwicklung allerdings an den Regierungsmaßnahmen, die die Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt zur Folge hatten. Und angesichts der sich rasant ändernden Agenda des Landes konnten sie in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen werden von der politischen Prioritätensetzung einer Regierung gestaltet, die in den weltweiten Kapitalismus integriert ist. Auch die ökologischen Dimensionen dieser Entwicklungen werden immer sichtbarer. Die von der AKP-Regierung verfolgte Wirtschaftspolitik, die Verschmutzung von Lebensräumen, von Wasser und Boden, die Enteignung, die nicht landwirtschaftliche Nutzung von Landwirtschaftsflächen, die Überlassung natürlicher Ressourcen dem Kapital u.v.m. führten zugleich zu einer Zunahme lokaler ökologischer Kämpfe.

Einige dieser Kämpfe wurden durch Justizverfahren aufgehalten. Andere mündeten in lokale, legale Widerstandsaktionen zum Schutz der Umwelt, die man in der Türkei als „Mahnwachen fürs Leben“ bezeichnet.

Teilweise lösten sich auch die Aktionen nach vorüberbegehenden Erfolgen oder Niederlagen wieder auf. Andere wiederum brachten neue Bewegungen hervor und gingen in neue Kämpfe an anderen Orten über.

Diese lokalen Kämpfe, die mit anderen gesellschaftlichen Kämpfen verknüpft sind, konnten dann ausdauernd fortgeführt werden, wenn sie eine breite Unterstützung in der Bevölkerung erfuhren.

Die 19-jährige Amtszeit der AKP-Regierungen ist nicht nur gekennzeichnet von tiefgreifenden Problemen in den Bereichen Demokratie, Arbeiterbewegung, der kurdischen Frage, Menschenrechte, Pressefreiheit, Frauenrechte, Studierendenbewegung, Wirtschaft etc. Diese 19 Jahre stehen auch für Zerstörung und Ausbeutung der Natur.

Das waren 19 Jahre, in denen die Kämpfe um Demokratie, Rechte von Arbeiter*innen, Freiheit und Ökologie immer wieder auf den Prüfstand gestellt wurden.

Es ist inzwischen eine wissenschaftliche Tatsache, dass die von der Erderwärmung angestoßene Klimakrise unseren Planeten, also die Heimat aller Lebewesen, an den Rand einer unumkehrbaren Zerstörung treibt. Die türkische Regierung überhört aber die Alarmzeichen, die das weltweit zerstörte ökologische Gleichgewicht sendet und erhöht jährlich den CO₂-Ausstoß und verfolgt mit dem Bau neuer Heizkraftwerke beharrlich eine Politik, die im Widerspruch mit der Realität des Klimawandels steht.

Privatunternehmen mit ihren Wasserkraftwerken unterstützt von einer Politik, die Wasser zu einer Handelsware macht, nehmen uns das Wasser weg. Es gibt im ganzen Land kaum einen Fluss, auf dem man nicht ein neues Dammprojekt für Wasserkraftwerke geplant hätte. Während auf diesem Wege die Flüsse trockengelegt werden, werden nicht nur die Lebewesen in diesen Gewässern ihres Lebensraums beraubt, sondern auch das Ökosystem sowie die soziale und kulturelle Struktur einer ganzen Region zerstört.¹

Mithilfe von neuen Gesetzen wirft man ganze Wälder privaten Unternehmen zum „Fraß“ vor. Eine Gesamtfläche von 205,6 Hektar, die als staatliches Forstgebiet ausgewiesen war, wurde in den Jahren 2012-2018 zur Nutzung für nicht forstwirtschaftliche Zwecke freigegeben.

¹ <https://onedio.com/haber/hes-lerin-can-suyu-olmadigini-gosteren-15-madde-317904>

Für 65,9 Hektar davon wurde eine Tagebaugenehmigung erteilt. Wie groß das Wald- bzw. das Buschökosystem ist, das im Zuge dieser Genehmigungen Schaden erlitt, ist nicht bekannt.

Unternehmen, die mit Wildwestmethoden Gold und Nickel abbauen, sowie Kohle-, Geothermal- und Windkraftwerke, Fischzuchtanlagen und falsche Agrarpraktiken verschmutzen und zerstören die Wasserreserven, die Luft und die Meere des Landes.

Große historische, kulturelle und volkskundliche Schätze Anatoliens, der Wiege der Zivilisationen seit tausenden von Jahren, sind unmittelbar gefährdet.

Allianoi, Hasankeyf, die Bogenbrücke von Çine, und ähnliche Bauwerke werden von Wasserdämmen verschluckt. Andere Schätze wie Kyme, Klaros, Parion, Priapos gehen unter Industrieanlagen verloren ...

In Aydın, Aliğa, Dilovası, Soma – Yırca, Gazimir, Söke Kisir Köyü, Köprübaşı und vielen anderen Orten des Landes kämpfen die Menschen gegen eine rasante Zunahme von Krebserkrankungen als Folge von Umweltverschmutzungen.

Mit dem Bau eines Atomkraftwerks hofft man, endlich in der Lage zu sein, Nuklearwaffen bauen zu können. Dabei war die Türkei eines der Länder, die kein eigenes Atomkraftwerk besitzen und trotzdem dem Problem von atomarem und radioaktivem Müll ausgesetzt sind. Der Ursprung von nuklearen Brennstäben, die im Garten einer Batteriefabrik in Gazimir gefunden wurden, konnte seit Jahren nicht herausgefunden werden.

Während man insbesondere nach der Katastrophe von Fukushima weltweit der Atomkraft den Rücken gekehrt hat, verfolgt die AKP eine entgegengesetzte Politik und lässt für den Bau von AKWs in Mersin-Akkuyu und in Sinop Hunderttausende Bäume fallen. Auch der Umweltbericht für die Bauplanung des AKWs in Sinop wurde im vergangenen September veröffentlicht.

Die Öffentlichkeit wird mit Falschinformationen über angebliche Energiedefizite irreführt. Regierungsnahe Unternehmen verdienen sich mit zahlreichen unkontrollierten und planlosen Investitionen im Energiesektor eine goldene Nase. Dabei legte ein Präsidialbericht offen,

dass die Türkei im Jahr 2017 einen Energieüberschuss von 31 % hatte und für das Jahr 2019 ein Überschuss von 32 % geschätzt wird.²

Landwirtschaftliche Flächen werden für diverse Projekte in den Bereichen Energie, Wohnungsbau, Bergbau, Energieproduktionsanlagen etc. als Bauland ausgewiesen.

Im Bereich der Nahrungsmittelproduktion ist der Anbau von genetisch veränderten Produkten und die Verwendung von Hybridsaatgut nach wie vor gängige Praxis. Erst kürzlich wurde eine Verordnung herausgebracht, wonach die Produktion von lokalem Saatgut auf Privatunternehmen übertragen wird. So soll unser Land zu einem neuen Stützpunkt für Saatgutproduzenten werden, die aus Europa vertrieben wurden.

In den Arbeitervierteln der Städte werden keine Kommunaldienste angeboten, die das Leben dort erleichtern würden. Ganz im Gegenteil werden die Einwohner unter dem Namen „städtebauliche Umwandlung“ aus diesen Orten vertrieben und die Baugrundstücke an neue Eigentümer vergeben. So werden ganze Stadtteile zum Objekt höchstprofitabler Investitionen.

Auch Megabauprojekte wie die 3. Brücke über den Bosphorus, der Flughafen und der Kanal Istanbul dienen den Kapitalgruppen als neue Profitquellen, während sie die Natur zerstören. Sie gefährden die Waldgebiete und Seen im Norden von Istanbul, was eine unmittelbare Bedrohung der Wasserversorgung der Stadt zur Folge haben wird. Für die 3. Brücke und den Flughafen, die inzwischen fertiggebaut sind, wurden Millionen Bäume gefällt und große Wasserreservoirs vernichtet. Das Projekt „Kanal Istanbul“ wird, um den Oberbürgermeister von Istanbul Ekrem İmamoğlu zu zitieren, „zum größten Verrat und einem geplanten Mord an der Stadt“ werden.³ Längst hat man die nicht erschlossenen Flächen auf dem geplanten Baugrundstück an AKP-nahe Kapitalgruppen und an einige Länder wie den Katar verkauft.⁴ Durch den Kanal, der

² <https://enerji.mmo.org.tr/wp-content/uploads/2019/04/MMO-TEG-2019-Sunumu-Mart-2019.pdf>

³ <https://www.ibb.istanbul/News/Detail/36257>

⁴ <https://www.sozcu.com.tr/2019/gundem/kanal-istanbul-guzergahinda-en-buyuk-araziler-3-arap-sirketine-ait-5530096/>

den europäischen Teil Istanbuls in der Mitte teilen soll, wird der abgeschnittene Teil zu einer Insel. Warnungen von Wissenschaftlern, die auf katastrophale Auswirkungen des Kanals auf das Meeresökosystem hinweisen, werden in den Wind geschlagen.

Gegen all diese Übergriffe formieren sich spontane Widerstandsbewegungen. Das Volk versucht mit seinen Kämpfen diese Übergriffe abzuwehren und seinen Lebensraum zu schützen.

Der ökologische Kampf wurde inzwischen buchstäblich zu einem Kampf ums Überleben. Denn wie in anderen Bereichen kommt man auch im Bereich der Ökologie auf dem Rechtsweg nicht weiter. Die jahrzehntelangen Bemühungen und Gerichtsverfahren, die Spendensammlungen zur Deckung steigender Gerichtskosten und selbst gewonnene Rechtsverfahren führen kaum zum Erfolg. Die AKP-Regierung hat sämtliche rechtlichen Hürden abgebaut und mit neuen Gesetzen wie beispielsweise dem Bergbaugesetz, dem Gesetz zum Schutze von Natur und Biodiversität, neuen Rechtsvorschriften zur Regelung ausgewiesener Naturschutzgebiete, dem Forstwirtschaftsgesetz u.v.m. den Weg für das Kapital freigemacht.

All diese Entwicklungen zeigen eines deutlich: Man kann von der Justiz kaum noch Entscheidungen zum Schutz von Lebensräumen erwarten. Selbst wenn ein Gericht mal ein Urteil zum Schutz der Umwelt fällt, kennen die Unternehmen und Regierungsbehörden Möglichkeiten, dieses zu umgehen. In einer Zeit, in der der Rechtsweg wegen der hohen Kosten für Gerichtsverfahren und Gutachten versperrt ist, wird es der armen Bevölkerung und den Bauern erschwert, einen juristischen Kampf zum Schutz ihrer Lebensräume zu führen.

Wegen der versperrten Rechtswege bleibt ihnen nur noch der Weg des Widerstands. Die von der Militärjunta vom 12. September 1980 ausgearbeitete Verfassung, die in vieler Hinsicht zu kritisieren ist, verpflichtet in Artikel 56 nicht nur den Staat, sondern auch die Bevölkerung, die Umwelt zu schützen.

Im Kampf zur Verteidigung des Lebens wurden in den letzten Jahren zahlreiche Umweltorganisationen gegründet. Die Menschen gründeten

ihre lokalen Widerstandsgruppen, die vor Ort zu einer zentralen Anlaufstelle für Berufsverbände, interessierte Gewerkschaften, Vereine und verschiedene Bündnisse wurden, an denen sich in einigen Regionen auch politische Parteien beteiligen.

Diese Bündnisse werden in der Regel von interessierten Menschen aus der Mittelschicht und unterschiedlichen Berufsgruppen geschmiedet. Sie arbeiten allerdings meistens nicht stetig und flammen dann auf, wenn der allgemeine Kampf stärker wird. In manchen Fällen übernehmen sie bei diesen Kämpfen die Führungsrolle. Einige dieser Bündnisse haben es sich zur Aufgabe gemacht, die lokalen zerstreuten Kämpfe unter dem Dach einer zentralen Organisation zusammenzuführen und sie mit technischen und rechtlichen Mitteln zu unterstützen. Allerdings sehen sie sich als straffe Kaderorganisation, die nicht das Ziel verfolgt, den Kampf möglichst breit zu organisieren. Dies wiederum trägt zur Einengung der Ökologiebewegung bei.

Jedoch kann kein Kampf zum Erfolg führen, wenn die lokale Bevölkerung nicht die Führung übernimmt und sich nicht mehrheitlich aktiv daran beteiligt und entschlossen für den Schutz ihres Lebensraums eintritt.

Dabei war der Widerstand der Landbevölkerung in der Stadt Bergama⁵ sehr lehrreich. Es handelte sich dabei um eine Umweltbewegung von Bauern, die Mitte der 1990er bis Mitte der 2000er Jahre andauerte und auch heute noch bei verschiedenen Anlässen aufflackert. Die Dorfbewohner in der Region hatten Komitees gegründet, die den Widerstand von mehreren Tausend Bauern gegen ein internationales Unternehmen organisierten, das unter Einsatz von Zyankali Gold abbauen wollte. Mit ihren zahlreichen und verschiedenen Kämpfen hatten sie nicht nur die lokale Bevölkerung, sondern Menschen aus allen Landesteilen mobilisiert.⁶

Die Ökologie-Union hatte ihre Gründungsveranstaltung, zu der elf landesweit tätige Umweltorganisationen eingeladen hatten, im Novem-

⁵ Anm. d. Übers.: Die Gegend um das antike Pergamon

⁶ https://www.researchgate.net/publication/279444753_Bergama_mucadelesi_dogusu_gelisimi_ve_sonuc_lari

ber 2017 in Bergama durchgeführt. Ihr Gründungsziel war die Zusammenführung von örtlichen ökologischen Widerstandsbewegungen sowie die Schaffung einer Grundlage, auf der sich Bündnisse zusammenschließen können.

Ihre Gründungsresolution veröffentlichte die Ökologie-Union nach einer Veranstaltung im März 2019 in Eskişehir: „Wir möchten uns nicht mehr in den engen Grenzen unserer örtlichen Kämpfe bewegen. Wir möchten unseren Widerstand zur Verteidigung des Lebens im Schulterschluss ausbauen und eine landesweite Grundlage schaffen, auf der sich die Gruppen solidarisieren und organisieren können.“ Die Ökologie-Union hat inzwischen 80 lokale Umweltorganisationen aus dem ganzen Land unter ihrem Dach vereint.

Die Verteidiger*innen des Lebens in der Türkei wissen heute, dass es keinen ökologischen Kampf geben kann, der sich von der politischen Agenda des Landes losgelöst hat. Die Menschen, die sich dafür einsetzen, den künftigen Generationen eine saubere Erde zu hinterlassen, wissen aus eigener Erfahrung, dass es in einer Welt ohne Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Freiheit, Autonomie und Vorherrschaft der Wissenschaft, Recht auf menschliche Städte, Befreiung der Arbeiter*innen auch kein menschenwürdiges Leben im Einklang mit der Natur geben kann.

Frauen in der Türkei der AKP-Ära:

Keine Gleichberechtigung, viel Gewalt, großer Kampf!

Sevda Karaca

In den letzten 18 Jahren waren die Frauen in der Türkei schweren Übergriffen ausgesetzt, die ihre in 100 Jahren erkämpften Errungenschaften im Visier hatten. In diesen 100 Jahren hatte der Kampf der Frauen die Gesetze und Voraussetzungen ihrer gesellschaftlichen Existenz verändert. Allerdings sorgte die AKP-Regierung mit ihrer Praxis und Rhetorik dafür, dass selbst Rechte, die in ihrer Amtszeit verabschiedet wurden, nicht in Anspruch genommen werden können. So wurden beispielsweise die Gesetze so geändert, dass die Hinweise auf Gleichberechtigung wegfielen. Viele Vorschriften, die die ohnehin defizitäre Gleichberechtigung regelten, wurden in der Ära der AKP in eine Grundlage für sexistische Praxis umgewandelt. Die Frauen verloren ihren Status als Individuen und gleichberechtigte Bürgerinnen und wurden in „Familien“ eingesperrt. Die Frauenpolitik wurde auf die Politik von Sozialhilfe reduziert und sexistische Stigmatisierungen wurden mithilfe der Regierung gefestigt.

AKP-Sprecher*innen schwadronieren offen davon, dass Frauen und Männer nicht gleich seien, dass vor allem ihre „Natur“ verschieden sei, dass das Gleichheitsideal ein „importierter“, „nicht-nationaler“ und „westlicher“ Begriff sei. Wichtig sei vor allem die „Gerechtigkeit“. Sie treten für eine „Geschlechtergerechtigkeit“ ein, die nicht durch Gleich-

berechtigung, sondern dadurch zu erreichen sei, dass Frauen und Männer ihre religiös begründeten traditionellen Rollen einnehmen.

Die neoliberal-islamistische Politik, die die Regierung seit dem ersten Tag ihrer Amtszeit verfolgt, führt dazu, dass die Frauen aus dem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschlossen werden. Sie werden zu einer „Gebärmaschine“ degradiert und für diesen Zweck wurden ihre Rechte auf Fortpflanzung, vor allem das Recht auf Abtreibung beschnitten. Man zwingt ihnen einen Status auf, der für sie lediglich die Rolle einer „Ehefrau und Mutter in der Familie“ vorsieht. Diese Politik ist auch für den Anstieg und die zunehmende Brutalisierung von Gewalt verantwortlich. Begleitet wird diese Entwicklung von einer massiven Verarmung und finanziellen Unsicherheit innerhalb der Mehrheit der Bevölkerung. Der neoliberale Umbau des Arbeitslebens in den letzten 18 Jahren verursachte insbesondere für Frauen große Probleme und den Verlust von Rechten. Die Frauen werden in flexible, informelle Beschäftigungsverhältnisse mit langen Arbeitszeiten unter schwersten Bedingungen und ohne soziale Sicherung gedrängt. Die Privatisierungswelle im Bildungs- und Gesundheitswesen traf vor allem die Frauen hart. Die Ungleichheiten im Arbeitsleben nahmen zu. Frauen mussten die Kinderbetreuung und Krankenpflege übernehmen und wurden vor die Wahl gestellt, flexible und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu akzeptieren oder ihre Arbeit aufzugeben. Von ihnen erwartete man, sich für die niedrige Sozialhilfe zu entscheiden und im Gegenzug auf sämtliche Individual- und Bürgerrechte zu verzichten. Sie sollten ihre Familie irgendwie über die Runden bringen und dankbar für die Hilfe sein. Die langen Arbeitszeiten und fehlende Arbeitsschutzmaßnahmen führten zu tödlichen Arbeitsunfällen mit jährlich steigenden Opferzahlen.

Ab 2015 wurde das Land unter die „Ein-Mann-Herrschaft“ gestellt und damit der Boden für die Abschaffung sämtlicher universeller Rechte wie Demokratie, Frauenrechte, Recht auf freie Meinungsäußerung und Vereinigung, Laizismus, Frieden etc. bereitet. Das hatte insbesondere für Frauen schwerwiegende Folgen und ihre bestehenden Probleme wuchsen.

Während Frauen in allen Lebensbereichen Gewalt, Diskriminierung und Sexismus ausgesetzt waren, wurden selbst die auf dem Papier existierenden Gesetze zu ihrem Schutz nicht angewendet und Diskussionen über internationale Abkommen angefacht, die auch die Türkei unterzeichnet hat. Einige der Gesetze zum Schutz der Rechte der Frauen wurden von Sekten und religiösen Gemeinden attackiert. Die Diskussionen und Angriffe wurden mit dem Argument auf die gesellschaftliche Agenda gesetzt, dass „diese Rechte den familiären Zusammenhalt schaden, die Frauen verhätscheln und die Rechte des Mannes als Familienoberhaupt beschneiden“ würden. Dieser übertriebene Schutz würde von Frauen missbraucht. Auch wenn sie zunächst in Debatten marginaler Kreise ausgesprochen wurden, werden diese Ansichten seit zwei Jahren auch von Regierungssprecher*innen vertreten. Die Türkei rühmte sich lange Zeit damit, als erstes Land die Istanbul-Konvention ratifiziert zu haben, die ein wichtiges Dokument für die Verhütung von Gewalt gegen Frauen darstellt und dem Staat verschiedene Pflichten auferlegt. Nun steht sie unter Beschuss. Regierungsvertreter*innen ermutigen die Gegner der Konvention mit ihren Rückzugsplänen, die sie damit begründen, dass sie „den Frauen übertriebene Rechte einräume, Familien torpediere und die LGBTI-Community fördere“.

Dabei wurden bisher weder die Istanbul-Konvention, noch das zu ihrer Umsetzung verabschiedete nationale Gesetz mit der Nummer 6284 zum Schutz der Familie und zur Unterbindung von Gewalt an Frauen tatsächlich angewendet. Seit der Ratifizierung der Konvention wurde keine einzige der darin vorgesehenen Regelungen umgesetzt.

Ganz im Gegenteil bietet sich uns ein gegensätzliches Bild bezüglich der Gewalt gegen Frauen. Bei der Verfolgung von Verbrechen an Frauen und Kindern werden Tag für Tag neue erschreckende Gerichtsentscheidungen bekannt. Täglich berichten Frauen in den sozialen Medien von der Gewalt und den Tätern, die von Sicherheitskräften und der Justiz in Schutz genommen werden. Sie fordern die Öffentlichkeit auf, Druck auszuüben, damit die Täter bestraft werden. Und tatsächlich wird nur dann Recht gesprochen, wenn es einen öffentlichen Druck gibt. Meistens

wird in den Verfahren das Recht ausgehebelt und die Frauen werden quasi ein zweites Mal der Gewalt des Staates ausgesetzt. Diese Politik der Straffreiheit fördert die Gewalt. Die Gewalttäter werden brutaler, wie die Statistik belegt.

Zweifellos stellte die Gewalt gegen Frauen auch in der Vergangenheit ein großes Problem dar. Allerdings erreichten die Morde und Formen der Gewalt an Frauen in der Regierungszeit der AKP qualitativ und quantitativ eine neue Dimension. Selbst angesichts bedeutender Ereignisse, die die Agenda des Landes beherrschten, geriet die Gewalt gegen Frauen nicht in den Hintergrund. Allerdings lag die Ursache dafür nicht nur in der hohen Zahl und der großen Brutalität der Gewalt, sondern auch im ununterbrochenen Kampf der Frauen.

Auch die AKP-Regierung ist sich dessen bewusst. Sie sieht in den Frauen die wichtigste Kraft, die dafür sorgen kann, dass ein neoliberaler Konservatismus die Gesellschaft durchdringt. Seit ihrer Gründung ist die AKP bestrebt, die Frauen, also die Hälfte der Bevölkerung zu ihren Funktionärinnen, sprich politischen Agentinnen umzufunktionieren. Frauen, die sie nicht kontrollieren konnte, erklärte sie zu ihren Feindinnen, die eine marginale Kraft darstellen würden. Diese Frauenpolitik verfolgt das Ziel, die gesamte Gesellschaft, also auch die Kinder und Männer zu kontrollieren. Um diese für die AKP äußerst wichtige gesellschaftlich Umformung zu erreichen, wurden auf Anordnung von Präsident Recep Tayyip Erdogan Stiftungen und Vereine gegründet und gefördert. Sein Sohn Bilal Erdogan wurde Chef von TÜRGEV (Türkiye Gençlik ve Eğitim Hizmet Vakfı – Stiftung für den Dienst an der Jugend in der Türkei), die das Bildungssystem umbauen soll. Seine Tochter Sümeyye Erdogan setzte er an die Spitze von KADEM (Kadın ve Demokrasi Derneği – Frauen- und Demokrativerein), dessen Auftrag die Leitung der Umstrukturierung im Bereich Frauen ist. Die Regierung gründete viele Frauenvereine, die in der Frauenpolitik die offizielle Linie unterstützten. So konnte die AKP bei jedem Schritt auf vermeintliche „Frauenverbände, die die Regierungsvorhaben unterstützen“, verweisen und sich eine angebliche gesellschaftliche Legitimität verschaffen. In sämt-

lichen Bereichen ging sie Kooperationen mit diesen Organisationen ein und bereicherte sie mit unbegrenzten Fördermitteln. Viele Kommunen, in denen die kurdische Bewegung die Wahlen gewonnen hatte, wurden unter Zwangsverwaltung gestellt. Die erste Amtshandlung der eingesetzten Treuhänder war in den meisten Fällen die Auflösung der kommunalen Fraueneinrichtungen und -häuser. Diese Beratungsstellen und Frauenhäuser wurden in Standesämter, Koranschulen oder Räume für Mutterschaftskurse umgewandelt. Die Schließung von vielen Fraueneinrichtungen führte zu einem spürbaren Anstieg von sexueller Belästigung, Missbrauch, Selbstmorden, Prostitution und Drogensucht. Wegen der Abschaffung von Präventions- und Rehabilitationsmaßnahmen verschärft sich die Situation der Frauen immer mehr. Seit 2015 wurden viele Frauenvereine durch Dekrete über Nacht geschlossen und ihr Vermögen auf regierungsnahe Frauenorganisationen übertragen. In dieser Zeit wurden auch Medien verboten, die ausführlich über Gewalt gegen Frauen berichteten. Dies engte die bestehenden spärlichen Möglichkeiten der Frauen weiter ein, von ihrem Kampf zu berichten und ihre Meinung zu frauenpolitischen Themen zu äußern. Die Folgen der Einschnitte in die Meinungs- und Pressefreiheit waren für Frauen mit ihren eingeschränkten Möglichkeiten noch schwerwiegender. Mit den jüngsten geplanten Gesetzesverschärfungen und dem erhöhten Druck auf die sozialen Medien sollen sie ihrer letzten Plattform beraubt werden, auf der sie Gerechtigkeit einfordern und die Öffentlichkeit informieren können.

Die Türkei gehört zu den Ländern, in denen neben der Gewalt gegen Frauen auch der Kindesmissbrauch stets bittere Realität ist. Die offizielle Statistik belegt beim Missbrauch von Kindern in den letzten Jahren einen starken Anstieg. Nach Angaben der Polizei ist jede dritte Ehe eine Zwangsverheiratung im Kindesalter. Jedes dritte verheiratete Mädchen kommt als die zweite Ehefrau in die Familie. Ein Drittel der jährlichen 300.000 Ehen werden mit Mädchen geschlossen. Das Heiratsalter geht bis auf 12 Jahre herunter. Bei Kinderehen steht die Türkei weltweit in der Rangliste der ersten zehn. Die Regierung geht nicht dagegen vor,

sondern fällt mit einer Politik auf, die diesen Kindesmissbrauch fördert. Mit den Änderungen im Bildungswesen ebnete sie den Weg dafür, dass Mädchen von Regelschulen genommen und in „Fernschulen“ gesteckt werden können. Mit einer Verordnung des Nationalen Bildungsministeriums wurde so z.B. die Verlobung von Schülerinnen an Gymnasien und Realschulen erlaubt. Und die Regierung bringt seit 2016 immer wieder einen Gesetzentwurf ins Gespräch, der Straffreiheit für den Fall vorsieht, dass die Täter ihre minderjährigen Opfer heiraten. Dieses Gesetz konnte zwar wegen der Proteste der Öffentlichkeit und der Frauenverbände noch nicht durchgesetzt werden, die Gefahr ist aber noch nicht gebannt.

Die Pandemie erschwerte die Situation der Frauen. Mehrheitlich arbeiten die Frauen in der Türkei in der Nahrungsmittelindustrie, der Landwirtschaft und im Dienstleistungssektor. Die große Mehrheit der eine Millionen in Heimarbeit tätigen Frauen sind informell, befristet und unversichert beschäftigt. In der Pandemie stieg die Zahl der arbeitslosen Frauen um zwei Millionen. Viele wurden zwangsweise in unbezahlten Urlaub, d.h. nach Hause geschickt, wo sie Armut, Hunger und Gewalt schutzlos ausgesetzt sind. Wer noch arbeitet, muss die gesundheitsschädigenden und schweren Arbeitsbedingungen sowie die permanenten Kündigungsdrohungen ertragen. Auch am Arbeitsplatz nahmen Gewalt, Unterdrückung und sexistische Praktiken zu. Unter dem Druck von Vorarbeitern werden Arbeiterinnen nicht nur in der Produktion eingesetzt, sondern müssen auch die Reinigungsarbeiten im Betrieb übernehmen. Mit der steigenden Angst vor dem Arbeitsplatzverlust stiegen auch die Fälle von Belästigung und menschenunwürdiger Behandlung. Frauen stellen 70 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitssektor und deshalb sind sie von der hohen Arbeitslast und den pandemiebedingten Gefahren stärker betroffen. Im Gesundheitssektor beschäftigte Frauen stehen wegen der steigenden Arbeitsbelastung in Krankenhäusern, der Gefahr sich oder ihre Familienangehörigen zu infizieren, und wegen der fehlenden Schutzmaßnahmen unter großem Druck. Auch die Leiharbeiterinnen, die als Reinigungskraft in Kranken-

häusern und als Kantinenmitarbeiterinnen eingesetzt werden, beklagen sich über Ungleichbehandlung und fehlenden Schutz. Das Kapital brachte „isolierte Arbeitslager“ ins Spiel, was in einem Betrieb mit 1.000 Mitarbeiterinnen beispielhaft umgesetzt wurde. Weil die große Mehrheit der Beschäftigten sich mit COVID-19 infizierte, wurden die Mitarbeiterinnen nach Feierabend in Gemeinschaftsunterkünften eingesperrt und mussten tagsüber weiterarbeiten. So sahen ihre „Maßnahmen“ aus.

Nicht nur Maßnahmen, die vor der Pandemie schützen sollten, sondern auch Maßnahmen gegen Gewalt fehlen. Wie Studien zeigen, nahm in der Pandemie die körperliche Gewalt um 80 und die seelische Gewalt um 93 Prozent zu. Die Zahl von Frauen, die in Frauenhäusern Schutz suchten, stieg um 78 Prozent. Auch die Fälle von Gewalt gegen Frauen, bei denen ihnen rechtliche Unterstützung verwehrt wurde, stieg um 96 Prozent.

Die aktuellen Bedingungen führten nicht nur zu einem Anstieg von Gewalt und Frauenmorden, von Kindesmissbrauch sowie von Armut und Rechteabbau. In vielen Fällen waren sie auch der berühmte letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Vielerorts riss den Frauen der Geduldsfaden und sie wurden buchstäblich dazu genötigt, ihre Stimme zu erheben, sich für einen gemeinsamen Kampf zusammenzutun und den Zusammenhang zwischen ihren persönlichen und den gesellschaftlichen Problemen zu erkennen. Bei vielen Frauen ist heute die Bereitschaft zur Teilnahme am Kampf zur Verbesserung der eigenen Lebenssituation und der gesellschaftlichen Situation größer denn je. Bei vielen Arbeiterbewegungen und gesellschaftlichen Widerständen stehen Frauen, insbesondere junge Frauen an vorderster Front. Auch wenn ihre Wut und ihre Proteste größer werden, ist der Organisationsgrad noch sehr niedrig, was ihren gemeinsamen Kampf in der Pandemie hemmte. Insbesondere der niedrige gewerkschaftliche Organisationsgrad hält sie in vielen Fällen vom Kampf für Arbeiterinnenrechte ab. Sicherlich liegt der Grund dafür nicht nur in der repressiven Politik der Ein-Mann-Herrschaft, sondern auch in der Führung der Gewerkschaften, die die frauenspezifischen Forderungen nicht ausreichend berücksichtigen.

Frauenbewegung in der Türkei: Forderungen, Errungenschaften und Lage

Die Frauenbewegung in der Türkei setzte sich auch in der Regierungszeit der AKP dafür ein, erkämpfte Rechte zu verteidigen. Den höchsten Preis für den gesellschaftlichen Umbau mussten die Frauen zahlen. Zum Schutz ihrer Errungenschaft gründeten sie Informationsnetzwerke und Aktionsbündnisse und organisierten Proteste. Mit Informationsveranstaltungen versuchten sie, Manipulationen in regierungsnahen Medien entgegenzuwirken.

Dafür nutzten sie trotz vielfältiger Repressionen alle zur Verfügung stehenden Mittel und organisierten Straßenaktionen, Medienkampfs, lokale Treffen und Foren, Versammlungen und Pressekonferenzen, Stadtteilarbeit. Sie übten auch Druck auf Abgeordnete aus, auch wenn das Parlament heute viele seiner früheren Funktionen verloren hat.

Die Frauenbewegung in der Türkei war stets die „treibende Kraft“ im Hintergrund, wenn es vereinzelt zu Gesetzesänderungen zu ihren Gunsten kam.

Die Streichung des § 438 aus dem türkischen Strafgesetzbuch in den 1990er Jahren, der eine Strafmilderung bei Vergewaltigung von Prostituierten vorsah, war genauso der Frauenbewegung zu verdanken wie die Änderung des § 159, Türkisches Zivilgesetzbuch, die vorsah, dass Frauen zusätzlich zum Nachnamen des Ehemannes auch ihren eigenen Namen beibehalten dürfen oder dass Bezeichnungen wie „Jungfrau“, „Witwe“ und „Geschieden“ aus dem Personalausweis gestrichen werden. Dank ihres Einsatzes ist außerehelicher Sex kein Straftatbestand mehr und wird der „Ehemann“ nicht mehr als das „Familienoberhaupt in einer ehelichen Gemeinschaft“ geführt.

Die von der Frauenbewegung bestimmte gesellschaftliche Agenda oder ihre erreichte Institutionalisierung blieb nicht ohne Wirkung auf den Staat. So wurde beispielsweise 1990 die Generaldirektion für die Probleme der Stellung der Frau (KSSGM) ins Leben gerufen. Die Frauenbewegung setzt sich seit den 2000er Jahren für gemeinsame Aktionsbündnisse ein, um erkämpfte Errungenschaften auch gesetzlich zu

verankern. Dank dieses Einsatzes wurde 2001 das Türkische Zivilgesetzbuch, 2004 das Strafgesetzbuch und mehrmals die Verfassung geändert. Diese Bündnisse waren federführend bei diversen Gesetzesänderungen wie bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen und zum Schutz von Familie oder bei Änderungen im Familiengerichtsgesetz.

Auch die Streichung der sexuellen Diskriminierung aus den betreffenden Gesetzen und das Widerspruchsrecht gegen mögliche Diskriminierung wurden in diesem Rahmen erreicht. Frauenbündnisse gegen Gewalt an Frauen setzten sich auch für die gleichberechtigte Repräsentation von Frauen in der Politik ein.

Die in den 1980er und 1990er Jahren gesammelten Erfahrungen führten schließlich in den 2000er Jahren zu Änderungen im Zivil- und Strafgesetzbuch. Zu den damit erreichten Errungenschaften zählen u.a. Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe, die Abschaffung der Strafbefreiung bei Vergewaltigungen bei anschließender Heirat mit dem Opfer und die Definition von Belästigung am Arbeitsplatz als Straftat. Darüber hinaus wurden Änderungen im Arbeitsrecht durchgesetzt und die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz verboten sowie der Mutterschutz auf 16 Wochen angehoben.

Die Türkei setzte diese Gesetzesänderungen nicht nur aufgrund des Drucks der Frauenbewegung und ihrer Errungenschaften durch. Auch die Verpflichtungen aus internationalen Verträgen und dem EU-Beitrittsprozess leisteten ihren Beitrag dazu, dass die Regierungen in dieser Zeit die genannten Änderungen nicht ablehnen konnten.

Ein beispielhafter Arbeitskampf deckte eine der größten Schwächen der Frauenbewegung auf, nämlich die Tatsache, dass sie sich nicht ausreichend den Fragen von Arbeiterinnen widmete. In dem konkreten Fall waren die Arbeiterinnen von Novamed, einem in der Freihandelszone in Antalya tätigen Betrieb, in den Streik getreten, was eine landesweite Solidaritätswelle auslöste und dazu führte, dass die Frauenbewegung sich stärker mit den Forderungen von Arbeiterinnen auseinandersetzte. In dieser Zeit hatte die AKP-Regierung gerade einen

weiteren Anlauf genommen, um das Sozialsicherungssystem umzuformen und erkämpfte Rechte im Sozialsicherungs- und Rentensystem zurückzunehmen. In Zuge dessen wurde mit einer Gesetzesänderung die Sozial- und Krankenversicherung umgestaltet. Die Frauenbewegung brachte die diskriminierenden Folgen des neuen Systems für Arbeiterinnen auf die Agenda, entfachte eine breite gesellschaftliche Debatte darüber und startete Protestaktionen dagegen. Grundlegende Forderungen von damals, wie menschenwürdige und gesicherte Beschäftigungsverhältnisse, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Kinderbetreuung in Betrieben und Stadtteilen, damit die Frauen nicht die Hauptlast bei der Kindererziehung tragen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen u. s. w., gehören heute zum Forderungskatalog von Frauen, auch wenn sie nicht den Schwerpunkt der Frauenbewegung bilden. Das ist natürlich nicht zuletzt auch auf die Schwächen der Gewerkschaftsbewegung und den niedrigen Organisationsgrad der Arbeiter*innen zurückzuführen. Eine weitere Ursache liegt darin, dass Mittelschichtsangehörige den kämpferischsten Teil der Frauenbewegung bilden und der Frauenbewegung maßgeblich ihren Klassencharakter aufdrücken.

Mit ihrem unermüdlichen Kampf konnte die Frauenbewegung erreichen, dass die Istanbul-Konvention ratifiziert, Gesetze zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen verabschiedet und entsprechende institutionelle Mechanismen aufgebaut werden.

In den 2010er Jahren setzte die AKP die neoliberale Politik in die Praxis um, deren Grundstein ihre Vorgänger in den 1990er Jahren gelegt hatten. Ganz oben auf der Tagesordnung von Frauen bzw. Frauenbewegung standen in dieser Zeit Themen wie die Stellung von Frauen in der Familie, die Anpreisung von flexibler Arbeit als Allheilmittel für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Verbote von Abtreibung und Kaiserschnittgeburten, die von Erdogan gebetsmühlenartig wiederholte Forderung nach drei Kindern in jeder Familie. Diese Forderung hatte der damalige Ministerpräsident Erdogan am 8. März 2008 zum ersten Mal aufgestellt und damit begründet, dass das Land eine „junge und dynamische Bevölkerung“ brauche. 2011 sagte

er: „Abtreibung ist Mord“ und verglich jede Abtreibung mit der Ermordung von 34 kurdischen Bauern in Uludere. Auch die „Geburt per Kaiserschnitt“ wurde zum „Bestandteil von Verschwörungen zur Ausrottung der Türken“ erklärt.

Zusammenfassend kann man die Politik der 2010er Jahre als Versuch beschreiben, unmittelbar in das Leben und die körperliche Selbstbestimmung der Frau einzugreifen, nicht die Frauen, sondern die Familie zu stärken und die von der Frauenbewegung erkämpften Rechte abzuerkennen. Sie schlug sich beispielsweise in der Umbenennung des „Staatsministeriums für Frauen und Familie“ in das „Ministerium für Familien- und Sozialpolitik“ im Jahre 2011 nieder. Die Bezeichnung „Frau“ wurde aus allen Ebenen der Staatsführung getilgt und durch „Familie“ ersetzt. Der Ausdruck „Geschlechtergleichstellung“ wurde aus sämtlichen offiziellen Schriften gestrichen.

Die Frauenbewegung antwortete auf das Abtreibungsverbot, das in den 2010er Jahren eines der wichtigsten frauenpolitischen Themen war, mit Losungen wie: „Nicht die gesetzliche, sondern die verbotene Abtreibung tötet!“, oder „Abtreibung ist ein Recht, die Entscheidung darüber gehört den Frauen“, und „Mein Körper, meine Entscheidung!“. Überall im Land entstanden Frauenbündnisse, die Protestaktionen organisierten. Dank ihres Kampfes für die Beibehaltung der bestehenden Regelung, wonach Abtreibungen bis zur 10. Schwangerschaftswoche erlaubt sind, musste die Regierung ihren Gesetzentwurf zurückziehen. Auch wenn die Kürzung dieser 10-Wochen-Frist gesetzlich nicht verankert werden konnte, wird das Verbot angewendet. In vielen öffentlichen Krankenhäusern werden Abtreibungen nur bis zur 8. Schwangerschaftswoche durchgeführt. Darüber hinaus wird inzwischen vielerorts die Inanspruchnahme von Verhütungsmitteln behindert.

Frauen wurden in den 2010ern mit ihrem zornigen Widerstand, den sie gegen die autoritäre Einmischung in ihr Selbstbestimmungsrecht an den Tag legten, zu einer bedeutenden Kraft der Gezi-Park-Proteste. Zu den wichtigsten Gründen, die die Frauen während der Gezi-Proteste mobilisiert hatten, gehörten der Versuch der Regierung, Abtreibungen

zu verbieten und auch die Rhetorik, mit der sie das angestrebte Ziel begründete.

Ein Schlüsselereignis, das die Frauen fast zwei Jahre nach den Gezi-Protesten zu neuen Protesten veranlasste, war der Tod der 19-jährigen Özgecan Aslan. Sie wurde am 11. Februar 2015 in Tarsus in der Provinz Mersin ermordet, weil sie sich gegen eine versuchte Vergewaltigung gewehrt hatte. Ihre Ermordung trat eine breite Protestwelle gegen die Gewalt an Frauen und gegen sexuelle Belästigung los. Sie richtete sich aber auch gegen die AKP, weil sie die erforderlichen Maßnahmen nicht getroffen hatte.

Ein im Jahr 2016 gegründeter Parlamentsausschuss legte offen, worin das frauenpolitische „Programm“ der AKP besteht. Als Auftrag des Ausschusses wurde die „Erforschung von Scheidungsgründen“ aufgeführt. Er sollte entsprechende politische Maßnahmen ausarbeiten, damit „Scheidungen verhindert werden können“. Deshalb wurde der Ausschuss von der Frauenbewegung in „Ausschuss zur Verhinderung von Scheidungen“ umbenannt. Der von ihm veröffentlichte Bericht brachte auf den Punkt, welches Ziel die Frauenpolitik der Regierung und im Umkehrschluss die Frauenpolitik verfolgt.

Der Bericht legte offen, dass es der AKP-Regierung um die „Stärkung der Familie“ um jeden Preis geht. Diesem Ziel sollte alles andere untergeordnet werden. Und „um die familiäre Einheit zu schützen, sollte jede Art von Gewalt und Unrecht, die die Frauen in der Familie erleiden, ignoriert werden“.

Frauenverbände kämpften vor allem gegen folgende Vorschläge im Bericht:

- In Scheidungs- und Antigewaltverfahren sollten obligatorische Beratungs- und Vermittlungsgespräche vorgeschrieben werden.
- Der Geschlechtsverkehr mit Kindern sollte straffrei bleiben, wenn Einvernehmlichkeit festgestellt wird und der Täter das Opfer heiratet.
- In Gewaltschutzfällen sollte das Näherungsverbot auf 15 Tage befristet werden, (um eine Benachteiligung von Männern zu verhindern, so das offizielle Argument).

- Alle Verfahren, einschließlich der Verfahren zum Gewaltschutz, sollten unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, um die „Einheit der Familie“ zu schützen. Damit würden dann auch Frauenverbände ausgeschlossen und Frauen allein gelassen.
- Der Anspruch der Frauen auf Unterhalt sollte der Dauer der Ehe entsprechend begrenzt werden.
- Mitarbeiter der Religionsanstalt „Diyanet“ sollten Aufgaben in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens übernehmen. So sollten sie als „Beauftragter zum Schutz der Familie“ u.a. mit ihrer „Überzeugungsarbeit“ Frauen von der Scheidungsidee abbringen, in den Frauenhäusern die Opfer häuslicher Gewalt unterstützen und auch als Kiezsozialarbeiter Zutritt in die Wohnungen erhalten.

Heute steht der frauenfeindliche Plan der Regierung, sich aus der Istanbul-Konvention zurückzuziehen, im Fokus des Kampfes der Frauenbewegung. Dieser Plan gilt zugleich als Symbol für ihren großangelegten Kampf gegen Frauenrechte.

Gegenwärtig sind in vielen Provinzen der Türkei lokale Frauenbündnisse aktiv. Darüber hinaus wurden landesweite Plattformen gegründet, die die Basis für gemeinsame Kämpfe von Frauen gegen die oben genannten Regierungsvorschläge bilden.

Für die folgenden zehn Hauptforderungen setzt sich die Frauenbewegung aktuell ein:

1. Die Geschlechtergleichstellung und die Abschaffung von Diskriminierung auf Grundlage des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und der Identität müssen gewährleistet werden. In allen Bereichen des Lebens müssen zur Sicherstellung der Gleichberechtigung von Frauen konkrete Schritte unternommen werden. Für die Umsetzung der Geschlechtergleichstellung muss ein Frauenministerium für Gleichberechtigung eingerichtet werden.
2. Debatten um Einschnitte beim Unterhaltsgeld, Einsetzung von Vermittlungsstellen in Scheidungsverfahren, Amnestie für Verheiratung von Kindern dienen neuen Angriffen auf erkämpfte Rechte von

Frauen und Mädchen und müssen sofort eingestellt werden. Das Gesetz mit der Nummer 6284 über die Unterbindung von Gewalt an Frauen muss vollständig umgesetzt werden. Darüber hinaus ist ein nationaler Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen auszuarbeiten. Im Anschluss an Scheidungen müssen Beschäftigungs-, Unterkunfts- und Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen geschaffen werden. Wir brauchen eine Politik, die Frauen gegen Gewalt stärkt. Um die fehlende strafrechtliche Verfolgung von Straftaten zu verhindern, ist die Istanbul-Konvention effektiv anzuwenden.

3. Es muss eine separate, kostenlose und mehrsprachige Hotline für Frauen eingerichtet werden, die rund um die Uhr Hilfe anbietet. Darüber hinaus sind in ausreichender Zahl Beratungszentren für Frauen sowie Frauenhäuser einzurichten.
4. Es muss eine unabhängige Stelle eingerichtet werden, die die statistischen Daten über Gewalt an Frauen und Mädchen erfasst und regelmäßig die Öffentlichkeit darüber informiert.
5. Im Zusammenhang mit Abtreibung müssen elementare Gesundheitsdienste angeboten werden, die Frauen rechtzeitig und kostenlos erreichen können.
6. Es muss ein Koordinierungszentrum und ein Krisenstab zur Bekämpfung von sexualisierter Gewalt eingerichtet werden. Cybergewalt und Stalking müssen als neue Straftaten in die Gesetze aufgenommen und entsprechende Strafmaße definiert werden.
7. Das derzeitige Bildungssystem – bestehend aus jeweils vier Jahren Grundschule, Realschule und Oberstufe – ist abzuschaffen. Denn es schließt insbesondere Mädchen aus dem Bildungssystem aus und ebnet den Weg für Verheiratung von Kindern sowie für Kinderarbeit. Wir fordern den Übergang zu einem zwölfjährigen kostenfreien Schulsystem. Die Geschlechtergleichstellung ist an Schulen in sämtlichen Jahrgängen als Unterrichtsfach einzuführen. Das „Dokument für die Geschlechtergleichstellung an Hochschulen“ muss vollständig umgesetzt werden. Wie auch in der Istanbul Konvention festgehalten, müssen alle in unserem Land lebenden Frauen und Mädchen mit

Flucht- und Migrationsbiografie vor Gewalt geschützt werden. Dafür brauchen wir klare Rechtsvorschriften.

9. In jedem Stadtteil und jedem Betrieb müssen kostenlose und hoch qualifizierte Kitas, Horte und Kinderbetreuungsstätten eingerichtet werden, die rund um die Uhr zur Verfügung stehen.
10. Um der sexualisierten Gewalt und Diskriminierung in Betrieben vorzubeugen und um Gleichberechtigung zu erreichen, brauchen wir eine effektive Politik, die die Hindernisse zum Recht auf Organisation abschafft. Die Gewerkschaften müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und in allen Bereichen eine Gleichberechtigung von Arbeiterinnen erreichen, ihre Rechte schützen und durchsetzen.

Frauen aus allen gesellschaftlichen Klassen und Schichten schließen sich für diese zehn dringlichen Forderungen zusammen. Sie handeln nach dem Motto, weder auf ihre Rechte, noch auf ihr Leben verzichten zu wollen. Sie werden ihren Kampf bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen fortführen.

Quellen:

<https://ekmekvegul.net/dergi/vahsilesen-siddetin-arkasinda-ne-var-onune-nasil-gecebiliriz>

<https://www.ekmekvegul.net/sectiklerimiz/gunun-rakami-cinsel-istismar-ve-saldirilarda-yuzde-37-artis-yasandi>

<https://www.dailymotion.com/video/x7vmj0w>

<https://www.evrensel.net/yazi/85495/cocuk-istismarina-evlilikle-af-adim-adim-nasil-buraya-geldik>

<https://t24.com.tr/haber/18-yilda-en-az-7-bin-500-kadin-olduruldu,887271>

<https://tr.boell.org/tr/isyan-direnis-kazanim-turkiyede-kadin-hareketi>

Die ‚kulturelle Macht‘ Erdoğan's und die Machtkultur

Hakkı Özdal

Die Türkei wird heute immer wieder in zwei verschiedene „kulturelle“ Debatten getrieben, die beide unmittelbar von einer politischen Riege, die seit 18 Jahren das Land anführt, aufrechterhalten werden.

In der ersten Debatte geht es um den Mythos vom „Konflikt zwischen den Identitäten bzw. Kulturen“. Sie ist mit dem Makel behaftet, die gesellschaftlichen Spannungen im Land ausschließlich anhand von Erscheinungen an der Oberfläche zu beschreiben. So sei die Gesellschaft in der Türkei nicht nur aktuell, sondern auch geschichtlich in zwei verschiedene kulturelle und soziologische Lager gespalten. Auf der einen Seite der Spaltung stünden die Führungseliten und die zivile bzw. militärische Bürokratie, die seit 200 Jahren das Projekt der „Verwestlichung“ leiteten, sowie staatlich gestützte Kapitalgruppen. Auf der anderen Seite stünde jedoch die große Mehrheit der Gesellschaft, darunter die „gläubige“ Bevölkerung, Bauern und Geschäftsleute Anatoliens ...

Die zweite Debatte handelt von einem „subjektiven“ Problem, über das sich die Hauptfigur der seit 18 Jahren herrschenden Führungsmacht, nämlich Präsident Tayyip Erdoğan, immer wieder beklagt. In regelmäßigen Abständen sagt er sinngemäß: „Wir haben zwar die politische Macht, die kulturelle/ideelle Macht vermochten wir aber nicht zu erlangen ...“.

In diesem kurzen Text werde ich beide Debatten miteinander verknüpfen. Ich werde aufzeigen, dass die Mär von dem angenommenen „kulturellen Konflikt“ einerseits und das rhetorische Bedenken der neo-islamistischen Machthaber von der „fehlenden kulturellen Machtübernahme“ andererseits sich von einer gemeinsamen Basis ableiten lässt und dass ihre Sekundärfunktionen noch effektiver sind.

* * *

Zunächst die erste Debatte: Eine der politischen Säulen, die die AKP an die Macht brachte und dafür sorgte, dass sie sich so lange dort stabil halten kann, war die Hypothese, es gebe in der Türkei einen historischen Konflikt bzw. Spannungen zwischen dem „gläubigen und frommen Volk“ und den „laizistischen und fortschrittlichen“ Eliten. Diese Hypothese, die von verschiedensten Kreisen unterstützt wurde, besagte: In dem Prozess, der von den Reformbewegungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eingeleitet wurde und 1923 zur Gründung der Republik führte, wurde der Bevölkerung eine künstliche Modernisierung und Verwestlichung übergestülpt. Sie war von oben „aufgezwungen“ und dabei wurden der Glaube und die kulturellen Werte des Volkes nicht berücksichtigt. Diese reduzierte Betrachtung zeugt vom fehlenden Verständnis für die späte Ära des Osmanischen Reiches. Sie berücksichtigt weder ihre inneren Dynamiken und Entwicklungen, noch die Wechselwirkungen mit dem internationalen System. Diese Betrachtung war es auch, die die Basis für die Mär von einem „unterdrückten und gläubigen Volk“ schuf und die Geschichtsthese einer islamistischen und nationalistischen Strömung hauptsächlich bestimmte. Diese Perspektive war es auch, die gelegentlich auch unter laizistischen und linken Intellektuellen zur Verbreitung von einem verzerrten Geschichtsbild führte. Es handelt sich hierbei um einen Ansatz, der die Veränderungen der türkischen Gesellschaft und der Führung im 19. Jahrhundert, aber auch die sie begleitenden bürokratischen Interventionen nicht im Rahmen der objektiven Gesellschaft betrachtete und auf die einfache Dualität

von „Volk und Eliten“ reduzierte. Es war ein „pragmatistischer“ Ansatz, der die ganzen Spannungen außerhalb der bestehenden ökonomischen und sozialen Grundlage, der Produktionsverhältnisse und der darauf beruhenden Konflikte betrachtete. Die türkische – oder allgemeiner ausgedrückt – muslimische Bevölkerung der Gesellschaft des späten Osmanischen Reiches, in dem sich der Kapitalismus (wenn auch allmählich) durchsetzte und die auf Landwirtschaft beruhende Wirtschaft zusammenfiel, wurde zugunsten eines Teils der Gesellschaft instrumentalisiert, der das zerfallende System beherrschte. Und das war der Punkt, in dem der „pragmatische Nutzen“ steckte. Mit den Tanzimat-Reformen von 1839, die einen Wendepunkt im Bestreben nach einer Verfassung für das Osmanische Reich darstellten, hatten einige Klassen ihre Privilegien verloren. Zu ihnen gehörte zum einen die steuerlich privilegierte „Reichselite“, der der Boden gehörte und die das Steuersystem des Reiches am Laufen hielt. Zum anderen hatte auch die Klasse der Geistlichen, die die gesellschaftliche Legitimität der Herrscherschicht auf eine religiöse (ideologische) Grundlage stellte, den Verlust von Privilegien zu beklagen. In diesem Prozess waren ihnen also Privilegien abhandengekommen, die ihnen die Aneignung des durch die Landbevölkerung geschaffenen Mehrwerts ermöglichten. Dies wiederum führte insbesondere in den ländlichen Regionen zu einem Machtwechsel und stattete andere Kräfte mit neuen Einflussmöglichkeiten aus, was zu klassenmäßigen Spannungen zwischen den ehemaligen und neuen Eliten führte. Dass dieser Kampf neue „Begierden“ weckte, war unumgänglich. Denn schließlich wurde im Zuge dieser Veränderungen die auf die Landwirtschaft von Kleinbauern basierende Wirtschaft aufgelöst, und es taten sich neue externe Märkte auf, die es in das neue Wirtschaftsleben zu integrieren galt. Elemente der früheren Ordnung, die sich durch den verspäteten Aufbau des Kapitalismus im Osmanischen Reich in Auslösung befanden, lehnten die Verwaltungs- und Rechtsreformen ab, die sie ihre Privilegien gekostet hatten, und begründeten ihre Kritik daran aus der religiösen Perspektive. Sie stellten die Reformen in der Gesellschafts- und Staatsordnung des Reiches als „Gottlosigkeit“

dar. Dabei waren sie nicht nur gegenüber den nichtmuslimischen Händlern (mehrheitlich Griechen und Armenier), die im Zuge der Reformen die Gleichberechtigung erlangt hatten, feindselig eingestellt. Ihr Klassenhass galt auch den muslimischen Intellektuellen und Beamten der Tanzimat-Epoche. Ihre religiös getarnte Rhetorik erleichterte ihnen die Kontaktaufnahme zu der armen und ungebildeten Bevölkerung und diente dazu, ihre ureigenen Interessen unter einem „kulturellen“ Deckmantel zu verstecken. Die „kulturelle Spaltung“, die heute in der Türkei insbesondere von der islamistischen Tradition immer wieder gern ins Spiel gebracht wird, war also eigentlich der platonische Schatten dieses anhaltenden Interessenkonfliktes, dessen Ursprünge in diesem ökonomischen Wandel liegen. Ob im Ersten Weltkrieg, als die nationalistischen Kräfte ihr Heil an der Seite Deutschlands suchten oder in der Zeit der Republik, als die laizistische Bürokratie sich anschickte, vermeintlich eine neue Gesellschaft aufzubauen – dieser kulturell-ideologische Stachel war stets ein motivierendes Element für die Kräfte, die die „alte Ordnung“ vertraten. Auch wenn die Steuereintreiber als Klasse nicht mehr weiterexistierten, wurde ihr gemeinsam mit den Geistlichen aufgebautes ideologisches Erbe von verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen am Leben gehalten. In der Geschichte gingen sie abwechselnde Bündnisse mit unterschiedlichen Klassen ein. Diese ideologisch-kulturelle Grundlage wurde nach der Gründung der Republik für Großgrundbesitzer und kleinstädtische Händler genauso zur gemeinsamen Basis wie für Sekten und Religionsgemeinden, die sich gegen die wiederholten Auflösungsversuche wehrten.

Die Arbeiterbewegung und die politische Linke in der Türkei hatten sich in den 1970er Jahren fest etabliert und wurden mit dem Ziel, die neoliberale Politik umzusetzen, vom Militärputsch vom 12. September 1980 zerschlagen, was zu Unruhen in der Gesellschaft führte. Die politischen Islamisten wussten dieses Potenzial angesichts der fehlenden Linken als Antrieb für sich zu nutzen. Sowohl in den 1990er Jahren, als sie im Konflikt mit den laizistischen Generälen standen, als auch in ihrer Regierungszeit seit 2002 schufen sie ein Zerrbild und verbreiteten

die Ansicht, dass das Problem des Landes ein „kulturelles Problem“ sei. Große Bevölkerungsgruppen in Armut, die allgemein und gewerkschaftlich unorganisierte Arbeiterklasse, die Arbeitslosen bzw. Beschäftigten in informellen und prekären Arbeitsverhältnissen, die im Rahmen der Landflucht nach dem Ende der Landwirtschaft in die Städte gestürmt waren, waren die Empfänger dieser Botschaft. Die politischen Islamisten verstanden es auch, die tiefgreifenden Konflikte, die der neoliberalistisch ausgerichtete Kapitalismus in der Türkei nach 1980 hervorgerufen hatte, als eine Spannung zwischen laizistischen Bevölkerungsgruppen und der gläubigen Bevölkerung darzustellen und von den wahren Konfliktparteien abzulenken. Zugegebenermaßen waren sie dabei ziemlich erfolgreich. Wenn heute die führenden Funktionäre, allen voran Erdogan einen vermeintlichen „kulturellen Konflikt“ predigen, versuchen sie immer wieder diesen Geist aus früheren Zeiten heraufzubeschwören.

* * *

Die zweite Problematik steht unter der Überschrift „Misserfolg bei der Übernahme der kulturellen Macht“, die Erdogan permanent beklagt. Er hat in der Tat recht. Dieses Problem ist darauf zurückzuführen, dass man die Gesellschaft nicht dazu bringen konnte, eine umfassende, einheitliche islamistisch-ideologische Hegemonie zu übernehmen. Die türkische Gesellschaft bekam in der 18-jährigen Regierungszeit der islamistischen Kader kein in ihren Augen annehmbares kulturelles-ideologisches Angebot. Ganz im Gegenteil machte sich ihres Erachtens in allen gesellschaftlichen Bereichen, vom Alltag über Medien und Bildung bis hin zum kulturellen Leben, ein vielschichtiger kultureller Verfall bemerkbar. Die islamistisch-konservativen Funktionäre (seit Neuestem auch die nationalistischen „Grauen Wölfe“ als ihre Koalitionspartner) wurden einerseits mit ihrem eigenen Erbe zum zentralen Akteur dieses Verfalls. Andererseits stellte sich heraus, dass sie trotz der enormen staatlichen Möglichkeiten nicht vorankommen konnten und auch über kein eigenes Potenzial in diesem Bereich verfügten. Sie führten zu am

Glauben orientierten Ratschlägen für den Alltag, zu ins Unermessliche gestiegener Gewalt an Frauen, zu Kindesmissbrauch und Gewalt in regierungsnahen Einrichtungen, zu Korruption in Führungsebenen und deren Legitimierung sowie zu Lügen, Manipulation und Hinterhältigkeit als zulässige Mittel. Die Konservativen, die sich darüber beklagten, Jahrzehnte lang von der Macht ausgeschlossen worden zu sein, führten mit ihrer Machtübernahme quasi das Gesetz des Stärkeren ein und schlossen ihrerseits alle anderen von der Macht aus. Inzwischen beschränken sich ihre oberflächlichen Beziehungen ausschließlich auf solche, in denen sich das Gegenüber ihnen unterordnet. Das Verdienst der Erdogan-Regierung für das Land besteht darin, dass sie die Vetternwirtschaft, deren generischer Code aus der türkischen Rechten stammt, sowie die patrimonialen Neigungen für alle sichtbar in den Umlauf brachten. Dieser Verfall hat sich als eine Kultur der Macht etabliert, die sich nicht auf die politisch-staatlichen Kreise beschränkt, sondern ihren Einfluss immer mehr auch auf die Gesellschaft ausweitete. Das AKP-/Erdogan-Regime vermochte es also nicht, sich qualitativ zu produzieren und tatsächlich ihre – im positiven Wortsinn – „kulturelle Macht“ zu installieren. Allerdings war sie erfolgreicher als ihre Vorgänger, wenn es darum ging, eine negative „Kultur“ zu schaffen und diese der Gesellschaft einzuimpfen.

Die Strömung "Türkisch-Islamische Synthese" in der türkischen Politik

Prof. Dr. Taner Timur

Seit langem geht ein Gespenst um im politischen Leben der Türkei: „Die türkisch-islamische Synthese!“ Dabei geht es um eine widersprüchliche Formel, mit der man einen unrealistischen Wunsch äußert. Es kann keine Synthese von Religionen und Nationen geben. Denn während die Ersteren sich universell öffnen, sind die Letzteren spezifische Gemeinschaften.

Natürlich schließen sich religiöse Ideologie und Nationalismus nicht grundsätzlich gegenseitig aus. Sie lebten und leben seit Jahrhunderten zusammen. Allerdings stellt ihre Beziehung zueinander nicht eine „Synthese“, sondern einen eklektischen Zustand, also eine Partnerschaft dar. Das Konzept der „türkisch-islamischen Synthese“ tauchte in der politischen Sprache der Türkei in den 1970er Jahren, also zur Zeit einer besonderen politischen Konjunktur auf.

Die Türken konvertierten erst im 10. Jahrhundert massenhaft zum Islam und identifizierten sich bis Ende des 19. Jahrhunderts ausschließlich als „Dynastiestaat“ mit Bezug zum Islam. Begleitet von Debatten um Fragen wie „Wie wird man Türke?“, „Wie wird man Moslem?“ trat der

türkische Nationalismus zum ersten Mal Anfang des 20. Jahrhundert auf. Angeführt wurden diese Debatten von Ziya Gökalp.

Ziya Gökalp hatte ein Nationalismusverständnis entwickelt, bei dem der Türkismus alle Bereiche des Gemeinschaftslebens erfasste. Im religionsbezogenen Teil seines Programms erkannte er unverändert den „realen Islam“ im gesellschaftlichen Leben an und verstand unter „Türkismus in der Religion“ lediglich, dass „Predigten auf Türkisch gehalten werden“. (*Die Grundlagen des Türkismus*, 1923)

Eigentlich hatte sich auch die kemalistische Republik an diesen Grundsatz gehalten. Sie führte keine Diskussionen über die Interpretation des Korans oder die Theologie. Vielmehr vollzog sie mit einer laizistischen Haltung die radikale Trennung von Staat und Religion. Sie schloss Koran-Schulen und Kloster. Die 1924 gegründete staatliche Religionsanstalt Diyanet bekam den Auftrag, unzeitgemäße und konterrevolutionäre Praktiken unter Kontrolle zu halten und ein „aufklärerisches“ Islamverständnis durchzusetzen.

Allerdings hielten breite Volksmassen an ihrem unzeitgemäßen Glauben feste und ein Großteil von ihnen erlebte diese Transformation eher als Unterdrückung und „Religionsfeindlichkeit“. Diese Frage wurde beim Übergang zum Mehrparteiensystem im Jahre 1946 von den neu gegründeten Parteien zum Hauptthema gemacht. Selbst die Demokratische Partei (DP), die von vier abtrünnigen Abgeordneten der kemalistischen Regierungspartei CHP (Republikanische Volkspartei) gegründet worden war, schreckte nicht vor zurück, diesen Trumpf einzusetzen, und übernahm bei der Parlamentswahl von 1950 die Regierung. Sie konnte sich erst einige Jahre später, nämlich als integralistische Kräfte mit ihren zerstörerischen Aktionen begannen, zur Verteidigung des Laizismus-Grundsatzes durchringen.

Während dieser Entwicklungen gab es nie eine Strömung namens „Türkisch-islamische Synthese“. Trotzdem wurden Türkentum und Islam als Ganzes betrachtet und Nichtmuslime nicht als Türken angesehen. Das Bild änderte sich erst mit dem Putsch im Mai 1960.

Mit diesem Putsch, für den junge Offiziere außerhalb der Hierarchie der Streitkräfte verantwortlich zeichneten, wurden in der türkischen Politik neue Themen gesetzt. Proteste gegen den Algerien- und den Vietnam-Krieg, eine erstarkende Linke, der Antiimperialismus waren damals die Strömungen, die der internationalen Konjunktur ihren Stempel aufdrückten. Sie wurden auch in der Türkei mitverfolgt und beeindruckten die Intellektuellen. So keimte im Lande das zarte Pflänzchen einer linken antiimperialistischen Sensitivität auf. Dieser Internationalismus richtete sich gegen den religiösen Fanatismus ebenso wie gegen ethnisch-rassistische Vorurteile und die diskriminierende Trennung von Aleviten und Sunniten.

Das war etwas Neues. Und genau dieses Neue machte den herrschenden Klassen Angst. Diese universalistische Strömung, die sich außerhalb ihres Nationalismus und Islamismus entwickelte, konnten sie nicht tolerieren. Es ist interessant, dass der „Aydınlar Kulübü“ (Club der Intellektuellen), der mit seiner Arbeit die Grundlage für die in den Folgejahren auftretende „türkisch-islamische-Synthese“ schuf, im Jahre 1962 gegründet wurde. Der „Gründervater“ des Clubs war der islamistische Philosoph Necip Fazıl Kısakürek, der einen großen Einfluss auf den heutigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan hatte.

Der Club bestand aus islamistischen und nationalistischen Autoren, Akademikern und Politikern. Seine Hauptaktivität war die Durchführung von Seminaren. Er hatte auch einen gewissen Einfluss auf Jugendliche und radikalisierte sich weiter, als rechtsgerichtete Studierende 1965 die Führung der Nationalen Türkischen Studentenunion (MTTB) übernahmen. Das führte zugleich dazu, dass die MTTB immer mehr zur Zentrale von Aktionen wurde, was bis 1970 anhielt.

1970 wurde der „Aydınlar Kulübü“ unter dem Namen „Aydınlar Ocağı“ (Herd der Intellektuellen) reorganisiert. Es ist bezeichnend, dass der Vereinsvorsitzende İbrahim Kafesoğlu und andere führende Funktionäre

ihren Antrittsbesuch beim Staatspräsidenten Cevdet Sunay machten und sich dessen Unterstützung zusicherten. Sunay sagte zu ihnen: „Mein Vater war ein Hodscha, ich muss aber leider wegen etwaiger Kritik Freitagsgebete meiden.“ Er zeigte sich begeistert und wollte wissen, ob es an türkischen Hochschulen mehr solche Lehrer wie sie gäbe. Diese Unterstützung Sunays, der nach dem Militärputsch vom 12. März 1971 der inoffiziellen „Vereinigung der Türkischen Streitkräfte“ – eine Organisation, die die Vormundschaft der Militärs über die Regierung verteidigte – vorsah, war von großer Bedeutung.

In den 1970er Jahren fand die Opposition immer mehr außerhalb des Parlaments statt und die sozialistische Linke galt als illegal. Bewaffnete Konflikte zwischen Rechten und Linken drückten dem politischen Leben der Türkei ihren Stempel auf. Diese Entwicklung wirkte sich auch auf den „Aydınlar Ocağı“ aus. Zwischen religionsfernen Nationalist*innen und den Islamist*innen traten erste Diskrepanzen auf. Der Vorsitzende İbrahim Kafesoğlu lud daraufhin den in den USA forschenden Medizinprofessor Süleyman Yalçın in die Türkei ein. Yalçın übernahm nach seiner Rückkehr den Vorsitz und sollte die internen Konflikte beenden. Die Debatte um die Frage „Sind wir zuerst Muslime oder Türken?“ hoffte er mit dem Konzept der „türkisch-islamischen Synthese“ zu beenden und entwarf folgende Definition für Türken: „Ein Türke ist ein türkischsprachiger Muslim.“

Wie unschwer zu erkennen ist, schließt diese Definition aus, dass Nicht-Muslime Türken sein können. Sie vertritt einen Nationalismus auf ethnischer Grundlage. Allerdings ging indes der Kampf zwischen den Islamist*innen und Nationalist*innen um den Führungsanspruch in der rechten Bewegung weiter. Allerdings wurde durch den von der CIA unterstützten Militärputsch vom 12. September 1980 im türkischen politischen Leben ein neues Kapitel aufgeschlagen, indem die faschistische Junta die linken Strömungen zum Hauptfeind erklärte.

Nach Ansicht der Putschisten könnten die religiösen Gefühle des Volkes das stärkste Bollwerk gegen linke Strömungen bilden. Der Junta-Chef Kenan Evren kam aus einer frommen Familie und hatte schon Mekka besucht. Auch wenn man sich in den offiziellen Erklärungen auf Atatürk bezog, wurde der Islamismus nicht zuletzt mithilfe der USA zum tatsächlich aufsteigenden Trend. So geht die Einführung von Religion als Pflichtfach an Schulen auf die Junta zurück.

Obwohl zur Zeit der Junta alle politischen Vereine verboten wurden, blieb der „Aydınlar Ocağı“ davon ausgenommen und konnte seinen ideellen Einfluss weiter ausbauen. Die ausführlichste Darstellung der „türkisch-islamischen Synthese“ wurde in der Özal-Ära geschaffen, die die zivile Fortsetzung der Junta war. Und der erste Vorsitzende des „Aydınlar Ocağı“, İ. Kafesoğlu, tat sich mit seinem 1985 veröffentlichten Werk als Theoretiker der „türkisch-islamischen Synthese“ hervor und beschrieb diese These, die er vom „Pragmatismus“ der griechischen Antike und vom „semitisch-persisch-hinduistischen Glauben an Wunder“ bereinigt hatte, zusammenfassend wie folgt: „Die Entwicklung einer islamischen Denkweise, die den Willen in den Vordergrund stellt und göttliche Gebote im Lichte des Verstands und der Beweise begreift, erforderte eine Rechtsordnung, die die zeitlichen und räumlichen Bedingungen beachtet. Dazu wurden ferner das Staatsverständnis, die Gewissensfreiheit und die militärischen Traditionen, wie wir sie von Türken der Steppe und ihren früheren politischen Gebilden kennen, mit dem Islam kombiniert. Dies ließ in allen Bereichen des Lebens, von der Politik über die Wissenschaft bis hin zur Kunst, ein Islamverständnis und eine islamische Praxis türkischer Ausprägung entstehen. Das vorliegende Buch fasst den historischen Prozess dieser Synthese zusammen.“ (İ. Kafesoğlu; *Türkisch-islamische Synthese*; 1985)

Allerdings wog in der Bewegung, die nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 im Namen der „türkisch-islamischen Synthese“ geführt wurde, der Islam schwerer und auch die Idealisten-Nationalisten¹, die wegen ihrer terroristischen Taten unter den Putschisten leiden mussten, stützten sich immer mehr auf die Religion. Nunmehr begannen die idealistischen Militanten ihre Straßenproteste nicht mehr mit ihren mittelasiatischen Graue-Wölfe-Schlachtrufen, sondern mit den „Allah-u Ekber“-Rufen. Dies setzte sich in den späteren Jahren fort. Die Koalitionsregierungen nach der Özal-Ära und die darauffolgende Wirtschaftskrise brachte die islamistische Bewegung an die Regierung.

Inzwischen war nicht mehr die Rede von der „türkisch-islamischen Synthese“. Selbst die islamistische AKP suchte nach ihrem Wahlsieg von 2002 ihre Verbündeten nicht in den Reihen der Nationalisten, sondern bei den Liberalen und den gülenistischen Muslimen. Die Entwicklungen, die die nationalistische Bewegung erneut zum Bündnispartner machten, waren eher darin begründet, dass die kurdische Bewegung stärker wurde, während die Regierungspartei immer mehr an Macht verlor. Ein weiterer Faktor war der starke Prestigeverlust im Ausland, weshalb man sich zu einer Mobilmachung „gegen äußere Feinde“ gezwungen sah. Mit dem „Bündnis des Volkes“ von AKP und MHP, das eine informelle Koalition darstellt, wurde dieses Ziel zunächst erreicht. Und hierbei handelt es sich nicht um eine erzwungene „Synthese“ von Islam und Türkentum, sondern eher um eine Hilfestellung des Nationalismus für den islamistischen Autoritarismus mit geringem Handlungsspielraum für den Ersteren. Allerdings ist diese Partnerschaft, bestehend aus zwei Strömungen mit unterschiedlichen und zum Teil einander widersprechenden Entstehungsgründen bzw. Entwicklungen, die sich in jüngster Vergangenheit beschimpften, höchst fragil. Und die Partner halten sich alle Optionen für ein Ende ihrer Beziehung offen.

¹ Anm. d. Übers.: In Europa besser bekannt unter dem Namen „Graue Wölfe“)

Der Versuch, in Europa eine "Klein-Türkei" aufzubauen

Eine Polarisierungspolitik, mit der die türkeistämmigen Migrant*innen instrumentalisiert werden

Tonguç Karahan

Die Türkei ist eines der Länder, aus denen die Industriestaaten Europas, vor allem die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere ab den 1950er Jahren ihren Bedarf an billigen Arbeitskräften deckten. Die Arbeitsmigration aus der Türkei nach Deutschland und in die anderen europäischen Länder begann in den 1960er Jahren und die Zahl Arbeitsmigrant*innen stieg innerhalb kurzer Zeit auf mehrere Millionen.

So leben heute allein in Deutschland rund 3,5 Mio. Menschen, die ihre Wurzeln in der Türkei haben, darunter auch viele, die inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. In Europa wird die Gesamtzahl auf knapp sechs Millionen geschätzt.

So überrascht es nicht, dass diese große Gemeinschaft, deren Gesamtzahl die Einwohnerzahl vieler europäischer Länder übertrifft, sowohl beim türkischen Staat, als auch bei den vielfältigen politischen Strömungen seit über 50 Jahren wirtschaftliche und politische Begehrlichkeiten weckt.

Ökonomischer Missbrauch

Die Migration in den 1960er und 70er Jahren bot für die türkischen Regierungen aus zweierlei Gründen Grund zur Freude: Einerseits ver-

zeichneten sie damit einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen, andererseits stellten die Arbeitsmigrant*innen eine neue Devisenquelle dar, die für eine Entspannung in der schwierigen ökonomischen Lage sorgten.

Um dieses Potenzial zu nutzen und die Ersparnisse der Migrant*innen ins Land zu locken, haben sie immer wieder Förderprogramme aufgelegt. Und auf dieses Mittel greift man auch heute noch zurück.

So wurde beispielsweise die Gründung von Unternehmen – so genannten „Gastarbeiter-Fabriken“ – oder Genossenschaften gefördert, die durch die Ersparnisse von „in der Fremde lebenden“ türkischen Arbeiter*innen finanziert wurden und im Regelfall binnen weniger Jahre Konkurs gingen, in vielen Fällen noch bevor sie in Betrieb genommen wurden. In anderen Fällen bot man ihnen die Möglichkeit an, durch Nachentrichtung von Beiträgen Rentenansprüche in der Türkei zu erwerben oder durch Eröffnung von besonderen Sparkonten bei der Türkischen Zentralbank vermeintlich hohe Zinsgewinne zu erzielen.

Neben diesen staatlichen Programmen versuchten auch so genannte „islamische Unternehmen“ und „islamische Vereine“ an die Ersparnisse der Migrant*innen zu kommen, beispielsweise Mithilfe von so genannten Gewinnbeteiligungsgesellschaften, die angeblich im Einklang mit den Geboten des Islams standen. Eine andere Methode bestand in den unzähligen Hilfs- und Spendenkampagnen, mit denen sie um mehrere Milliarden betrogen wurden.

Die Regierungen, die Religionsgemeinden oder die nationalistisch-religiösen politischen Strömungen, die die Migrant*innen als „Dukatenesel“ ansahen, lieferten sich einen erbitterten Wettkampf um dieses Potenzial. Die Propaganda, die diesen ökonomischen Missbrauch begleitete, hatte offensichtliche ideologische und politische Züge: „Unterstützung für das türkische Vaterland, die türkische Nation und die islamische Sache!“ Viele islamistische Gemeinden und religiöse-nationalistische Organisationen, darunter auch die AKP, nutzten und nutzen die türkeistämmigen Migrant*innen als wichtige Finanzquelle aus.

Politischer Missbrauch

Der größte Schaden für sie entstand jedoch im ideologisch-politischen Bereich. Hinter diesen Interventionen steckten einerseits die türkischen Regierungen und andererseits jene politischen Strömungen, die für ihre Politik ihren Glauben und ihre ethnische Herkunft instrumentalisierten. Diese Politik beruhte also auf zwei Grundpfeilern: Glaube und Nationalismus!

Politische Machthaber, aber auch die religiös-nationalistischen Organisationen bedienten sich dieser beiden sensiblen Themen, wobei sie sich bei ihren systematischen Bemühungen immer stärker darauf bezogen.

Schuld der Migrationspolitik

Die Migrant*innen, die in einem unbekannten Land ein neues Leben aufbauen mussten und mit Ängsten, Bedürfnissen und Problemen zu kämpfen hatten, waren empfänglich für äußere Einflüsse. Für die Ausländerpolitik des deutschen Staates und der Bundesregierungen hingegen waren sie lediglich „Arbeitskräfte“, die im Dienste der deutschen Industrie standen. Man hatte ihre soziale und kulturelle Existenz völlig ausgeblendet. Das bedeutete im Gegenzug, dass man die Migrant*innen von Anfang an in die Arme von religiösen und nationalistischen Strömungen trieb.

Staatliche Stellen und religiös-politische Strömungen nutzten die von dieser Migrationspolitik verursachten Schäden bis zum Äußersten aus und gründeten Moscheen und Vereine, „damit die türkeistämmigen Migrant*innen ihre Sprache, Religion, nationale Identität und Kultur nicht verlieren“.

So stark ihre Bemühungen und Interventionen waren, so derb war die Integrations- und Migrationspolitik der Bundesregierungen, dass in den 70er und 80er Jahren sämtliche in der Türkei vertretenen politischen Bewegungen, vor allem die religiösen und nationalistischen Strömungen auch in Deutschland Fuß fassten. Auch wenn die türkeistämmigen Migrant*innen sich hier niedergelassen hatten und längst zu einem festen Bestandteil der Gesellschaft wurden, spielten diese Grup-

pen und die politische Agenda in der Türkei eine entscheidende Rolle in ihrem Leben. So entstand in Deutschland in politischer und kultureller Hinsicht quasi eine „Klein-Türkei“.

In der 60-jährigen Geschichte der Migration durchlebten die türkeistämmigen Migrant*innen zweifellos auch einen natürlichen Wandel. Aus Gästen wurden Festansässige, ihre Beziehungen zu der Aufnahmegesellschaft wurden stärker und vielfältiger. Andererseits führten die Interventionen mittels Instrumentalisierung nationaler-religiöser Werte zu einer Verstärkung ihrer Ängste, Vorurteile und Abschottung. Sie spielten stets eine Rolle, die den Prozess der Integration in die Aufnahmegesellschaft hemmte und zur Entstehung von „Parallelgesellschaften“ und „Neuartigen Ghettos“ beitrug.

Die Diaspora-Politik der AKP

Natürlich war es nicht die AKP, die zum ersten Mal türkeistämmige Migrant*innen mit einer islamisch und nationalistisch motivierten Propaganda zu organisieren versuchte. Diese Bestrebungen waren von Anfang an Teil der Staatspolitik und der Arbeit von politischen Parteien und Religionsgemeinden.

Diese Interventionen wurden aber mit der Regierungsübernahme durch die AKP im Jahre 2002 professioneller, dreister und auch effizienter. Unter Einsatz sämtlicher Mittel, die ihr als Regierungspartei zur Verfügung standen, wurde die AKP aggressiver und intervenierte in das religiöse, politische und kulturelle Leben der türkeistämmigen Migrant*innen. Unter dem Vorwand, sich für ihre Belange einzusetzen, verstärkte sie ihre Einflussmöglichkeiten in den Moscheegemeinden. Mit diesem verstärkten Einfluss versuchte die AKP, sie für ihre politische Lobbyarbeit zu instrumentalisieren und als Druckmittel gegen die Regierungen der jeweiligen Länder auszuspielen. Diesen Versuchen, die zuvor auf staatlich-institutioneller Ebene unternommen worden waren, wurde in der AKP-Zeit ein ziviler politischer Inhalt verliehen.

Die Türkisch-Islamische Union der Religionsbehörde Diyanet (DITIB), die 1984 von der Militärjunta gegründet worden war, wurde von der

AKP zu einem aktiveren politischen Akteur ausgebaut. Auch verschiedene Sekten und Gemeinden wusste sie für ihre Ziele zu instrumentalisieren. So gründete sie im Jahre 2010 das „Präsidium für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften“, das auf dieses Thema fokussiert ist und eine besondere Diaspora-Politik entwickelt hat.

Parallel zu ihren aggressiveren und ungezügelteren Interventionen in das Leben der türkeistämmigen Migrant*innen exportierte die AKP ihre Polarisierungspolitik nach Europa. Mithilfe der neuen Kommunikationsmittel war sie in der Lage, die politischen Themen und Konflikte in der Türkei stärker auf ihre Agenda zu setzen. Die AKP spaltete die türkeistämmigen Migrant*innen in Europa nach ihrem Glauben, ihrer Konfession und ihrer ethnischen Herkunft. Ihre Propaganda stellte sie unter das Motto: „Angesichts der Probleme, die ihr infolge von Rassismus, Islamophobie oder eurer Herkunft habt, könnt ihr auf uns zählen!“ Diese Propaganda verstärkte die Abschottung und Vorurteile unter den Migrant*innen. Dank der in europäischen Städten aufgestellten Wahlurnen nahmen bis zu eine Million Migranten mit türkischem Pass an türkischen Wahlen teil – zehnmal mehr als bei den früheren Wahlen und natürlich mit großen Wahlkampfveranstaltungen und langen politischen Debatten.

Warum hat die AKP einen grossen Einfluss?

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die AKP in ihrer 18-jährigen Regierungszeit ihren Einfluss unter den türkeistämmigen Migrant*innen mithilfe einer islamistischen Politik und der ihr zur Verfügung stehenden Mittel als Regierungspartei verstärken konnte. Die Öffentlichkeit in Deutschland und den anderen Ländern konnte die Gründe für diesen Zuspruch nicht nachvollziehen, für den sie hauptsächlich nur Kritik und Schuldzuweisung übrig hatte. Aus Sicht weiter Teile der Gesellschaft ist die folgende Frage auch heute noch unbeantwortet: „Wie kann es sein, dass sie eine undemokratische Figur wie Erdogan und die AKP unterstützen, obwohl sie in einem demokratischen Land geboren und aufgewachsen sind?“

Die Antwort darauf steckt in den folgenden Erklärungsversuchen, die auch die vielseitige Instrumentalisierungs- und Polarisierungspolitik zusammenfassend wiedergeben:

1. Die Migrationspolitik Deutschlands und anderer Einwanderungsländer in Europa diene nicht dazu, die Aufnahmegesellschaft und Migrant*innen zusammenzubringen. Ganz im Gegenteil hatte sie eine spaltende Wirkung, die bei den Migrant*innen das Gefühl des Nicht-Willkommen-Seins bestärkte. Sie machte die türkeistämmigen Migrant*innen empfänglich für die Politik der AKP und trieb sie quasi in deren Arme.
2. Die rassistischen, nationalistischen und rechtspopulistischen Strömungen, die in Europa an Fahrt gewannen, förderte unter ihnen das Gefühl der Diskriminierung und des Nicht-Willkommen-Seins und verstärkte ihre Zukunftsängste, die eigentlich auf ihre Zugehörigkeit zu den untersten Gesellschaftsschichten zurückzuführen waren. Die Einschätzung, sie würden benachteiligt, weil sie türkisch und Muslim*innen seien, verstärkte ihre Sympathie mit Politikern und Organisationen, die angeblich diese Haltung vertraten.
3. Entwicklungen wie die Zunahme des globalen ökonomischen Wettbewerbs, ökonomisch-politische Konflikte, Arbeitslosigkeit, die Ausweitung des Niedriglohnsektors, Sozialabbau und die Verschlechterung der ökonomischen Situation der Arbeiter*innen verstärkten in Europa und auf der ganzen Welt den Zulauf zum Rechtspopulismus und Nationalismus. Davon profitierte auch die AKP. Ihre Propaganda, der Westen wolle eine starke Türkei verhindern, die AKP werde jedoch das Land zu einer Weltmacht ausbauen, blieb unter den Migrant*innen aus der Türkei nicht ohne Wirkung.
4. Diese Bedingungen spielten Erdogan in die Karten, der bei seinen Auftritten den „Führern der westlichen Welt die Leviten las“ und den Migrant*innen Schutz versprach. So beeindruckte z.B. seine harte Haltung bei dem Flüchtlingsdeal die Migrant*innen. Die großspurige Propaganda lieferte einfache Erklärungsmuster, wonach die ethnische Herkunft und Religionszugehörigkeit die Ursache der jahrzehntelangen Diskriminierung darstellten.

5. Wegen der ökonomischen und politischen Interessen in der Türkei und im Nahen Osten sowie der wechselnden internationalen Gleichgewichte gingen Deutschland und andere europäische Länder zeitweise Kompromisse mit Erdogan und seiner AKP ein, unterstützten ihre Politik. Bei Bedarf gingen sie auf Konfrontation zu ihnen, um ihnen die Grenzen aufzuzeigen. Diese widersprüchliche Haltung förderte bei den Migrant*innen aus der Türkei das Misstrauen in die europäischen Länder und lösten bei ihnen einen „Beschützerreflex“ zugunsten der Türkei aus.
6. Auch die allgemeinen soziologisch-kulturellen Merkmale der Migrant*innen aus der Türkei spielten eine Rolle, auch wenn diese sich von Generation zu Generation ändern. Wie bei jedem anderen Migrationsprozess führten die daraus entstehenden Probleme, Befindlichkeiten und Bedürfnisse auch bei den aus der Türkei stammenden Migrant*innen zu einer Angst vor „Identitätsverlust“ und „Assimilation“. Die Furcht, die religiöse und nationale Identität, die Zugehörigkeit zum Vaterland, die Kultur und Traditionen zu verlieren, machte sie empfänglich für konservative politische Strömungen. Darüber hinaus sorgte diese Furcht dafür, dass sie an Bekanntem festhielten und dabei hinter den kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen in ihrem Herkunftsland zurückblieben. So lag unter ihnen der Anteil der Wähler von rechten Parteien, die ihre Politik auf Religion und ethnische Herkunft stützen, im Vergleich zu den Wählern in der Türkei stets um zehn Prozent höher. Erdogan und seine AKP bedienen sich nicht zuletzt dieses Erbes.

Kein Ende der Instrumentalisierung in Sicht?

Die Migrationserfahrung in jedem Land zeigt, dass Integration ein langwieriger Prozess ist. In diesem Prozess kann es jederzeit zu Rückschlägen oder externen Hemmnissen kommen. Allerdings entwickelt er sich im Laufe der Zeit stets in eine Richtung, an deren Ende die „Verschmelzung mit der Aufnahmegesellschaft“ steht. Dass dieser Prozess in den Bereichen Religion und Kultur länger dauern wird, liegt auf der Hand.

Allerdings sind die Abschottung, Polarisierung und Spaltung, die infolge von vorübergehenden politischen Einflüssen über das „Normalmaß“ hinausgehen, nicht das Hauptmerkmal und das unvermeidbare Los dieses Prozesses.

Auch die Interventionen der AKP, die diesen Prozess erschweren und hemmen, haben eine begrenzte Lebensdauer. Sie ins Leere laufen zu lassen, hängt eng damit zusammen, ob sich ein anderer politisch-gesellschaftlicher Akteur einschaltet.

An diesem Punkt stellt sich die Frage, wie stark und schnell die Schritte sein werden, mithilfe derer die türkeistämmigen Migrant*innen, die ja zum größten Teil aus Arbeitern*innen und Werktätigen bestehen, sowie die einheimische Arbeiterklasse erkennen werden, dass sie Teil ein und derselben Klasse sind. Im selben Betrieb zu arbeiten, im selben Stadtteil zu wohnen, wird von alleine nicht dafür sorgen, dass sie es erkennen. Es wird eher davon abhängen, wie stark die politischen Initiativen sind, die ihnen bewusst machen, dass sie einer gemeinsamen Klasse angehören und dieselben Interessen, dasselbe Schicksal teilen.

Es wird auch darauf ankommen, wie stark der Widerstand der Aufnahmegesellschaft gegen Rassismus, Diskriminierung und Rechtspopulismus ist. Das stärkste Gegenmittel gegen die Einflüsse von nationalistischen und spalterischen Strömungen wie z.B. der AKP ist das Gefühl des Willkommen-Seins, das solch ein Widerstand signalisieren wird. Denn diese Strömungen nähern sich hauptsächlich aus dem Gefühl des Nicht-Willkommen-Seins.

Der dritte Faktor, der die Spaltung und den starken Einfluss der rechten und konservativen türkischen Parteien und Strömungen zurückdrängen kann, hängt davon ab, ob die Aufnahmegesellschaft und die migrantische Gemeinde stärker in sozialen Bewegungen zusammenkommen, die sich anlässlich gesellschaftlicher Probleme und Agenden ergeben.

Je stärker sie in der Umweltbewegung, den sozialen Bewegungen zusammenkommen, die sich den Problemen im Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungsbereich, dem Kampf für Frieden und Demokratie widmen, umso stärker wird das gegenseitige Verständnis. Folglich kann dieser

Konsens einen umso wichtigeren Beitrag dazu leisten, den Einfluss von religiösen und nationalistischen Strömungen aus der Türkei zurückzudrängen. In diesem Sinne gewinnen auch die Schritte eine Bedeutung, die nicht die Polarisierung entlang der politischen Agenda der Türkei fördern, sondern die Entwicklung einer politischen Haltung gegenüber der politischen Agenda und den Problemen in Deutschland unterstützen.

In dem Maße, in dem dieses Ziel erreicht wird, werden auch die Partnerschaft zwischen den türkeistämmigen Migrant*innen und der Aufnahmegesellschaft sowie ihre Gemeinsamkeiten gestärkt. Und in diesem Maße werden die Polarisierung und Lagerbildung unter den türkeistämmigen Migrant*innen zurückgedrängt, die sich auf ihre ethnische und religiöse Herkunft sowie auf die politischen Entwicklungen in der Türkei stützen. Denn es ist kein Geheimnis: Die heute herrschenden Polarisierungen, die sich der Spaltung in Türk*innen und Kurd*innen, Alevit*innen und Sunnit*innen, Laizist*innen und Gläubigen etc. bedienen, übertreffen in ihrer Schärfe und ihren Folgen zeitweise die Polarisierung zwischen Deutschen und Türk*innen.

Die Autor*innen



Özlem Alev Demirel
Mitglied im Europäischen
Parlament



Sinan Birdal
Akademiker
(Internationale
Beziehungen), Journalist
und Autor



Gökhan Durmuş
Vorsitzender des
Journalistenverbandes
der Türkei



Yusuf Karataş
Journalist und Autor



Ercüment Akdeniz
Journalist und Autor



Bülent Falakaoğlu
Wirtschaftswissen-
schaftler und Kolumnist



Seyit Aslan
Gida-Is-Vorsitzender und
DISK-Vorstandsmitglied



Dr. Murat Özveri
Anwalt für Arbeitsrecht



Gülşah Kaya
Rechtsanwältin (Anwältin
für Demokratie)



Özer Akdemir
Journalist und Autor



Sevda Karaca
Journalistin und Autorin



Hakkı Özdal
Journalist und Autor



Prof. Dr. Taner Timur
Historiker und Autor



Tonguç Karahan
Journalist

Den Blick auf die Türkei zu erweitern und zu vertiefen, dazu sollen die hier veröffentlichten Aufsätze beitragen. Fragen der Menschenrechte, der freien Meinungsäußerung, der Pressefreiheit in der Türkei werden immer wieder thematisiert, oft aber nur oberflächlich.

Doch die Einschränkung von Grundrechten ist eine Reaktion auch auf ökonomische und soziale Fragen und Auseinandersetzungen, die das politische Leben in der Türkei bestimmen, in der Wahrnehmung aber oft nicht präsent sind.

Die strukturellen Defizite der türkischen Wirtschaft, die Situation der Frauen, der Umweltbewegung, der Arbeiter*innen- und Gewerkschaftsbewegung, der in der Türkei lebenden Geflüchteten, der Kultur u.v.m. werden hier betrachtet, beschrieben, analysiert.

Die in diesem Band versammelten fortschrittlichen Stimmen und Einschätzungen zu diesen Themen und zum Stand der Auseinandersetzungen geben Einblick in eine Türkei, die sich in einem spannenden Umbruch befindet.